

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr.30 · 25. Juli 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Warten auf den Durchbruch

Steht der Ukrainekrieg im Sommer 2025 eher vor einem baldigen Ende – oder einer weiteren Eskalation? Fragen an General Harald Kujat Seite 3



Pogrom Vor 80 Jahren wurden die Deutschen aus Aussig vertrieben Seite 11



Olympia Neue Anläufe, die Spiele nach Deutschland zu holen Seite 23

VON RENÉ NEHRING

Die Empörung ist groß in europäischen Ländern. Grund ist der Entwurf der EU-Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union (EU) für die Jahre 2028 bis 2034.

Ein zentraler Kritikpunkt an dem geplanten Haushalt ist dessen Umfang. In Zeiten, in denen die Mitgliedstaaten immer neue Engpässe zu bewältigen haben, strebt Brüssel unter der Ägide der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ein Budget von zwei Billionen Euro über sieben Jahre an – und damit über 700 Milliarden Euro mehr als für den bisherigen Sieben-Jahres-Zeitraum. Neben der Höhe wird auch die geplante Einführung neuer Eigenmittel für Brüssel, allen voran eine Abgabe für Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 100 Millionen Euro, kritisiert. Kanzler Merz erklärte dazu, er könne „für Deutschland ausschließen, dass wir einen solchen Weg mitgehen“.

Auch am Rauchen will die EU künftig mitverdienen. Geplant ist eine Beteiligung an den Tabaksteuereinnahmen, womit verständlich wird, warum die Kommission erst unlängst die Erhöhung der nationalen Steuern auf Tabak, E-Zigaretten und andere Nikotinprodukte forderte (siehe PAZ 26/2025, 7. Juni). Hatte es seinerzeit geheißt, dass dadurch mehr Raucher von ihrem Laster abgehalten und vor schweren Erkrankungen bewahrt werden sollten, wird nun offenbar, dass das Ansinnen Brüssels eher dem finanziellen Wohl der EU-Institutionen galt.

Angriff auf die Souveränität der Mitgliedstaaten

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass der MFR in Kombination mit anderen Reformvorschlägen der Kommission einen Angriff auf die föderalen Strukturen der EU darstelle. So sehen von der Leyens Pläne eine zentralisierte Verteilung der finanziellen Mittel vor. Haushaltsexperten bemän-

geln, dass dadurch etwa die deutschen Bundesländer ihren direkten Zugriff auf den EU-Regionalfonds verlieren könnten, was die Autonomie der europäischen Regionen untergrabe, die bislang direkt mit der Union zusammenarbeiteten.

Darüber hinaus sehen Kritiker durch die verstärkte Zentralisierung von Entscheidungsbefugnissen in Brüssel auch die Souveränität der Mitgliedstaaten bedroht. So plant die EU-Kommission, die Vielzahl der Förderprogramme zu reduzieren, um angeblich Finanzmittel flexibler verteilen zu können. Was nach mehr Effizienz klingt, böte nach Meinung der Kritiker der Kommission künftig bessere Möglichkeiten, aufmüpfige nationale Regierungen auf Linie zu bringen.

In diesem Zusammenhang wird auch eine verstärkte Ausrichtung des EU-Haushalts auf einzelne politische Aufgaben bemängelt. Vor allem die Fokussierung auf den „Klimaschutz“ und die Verteidigungsbereitschaft wirft Fragen auf, denn für beides hat die EU kein Mandat. Dennoch wurde unter von der Leyen insbesondere die Vergabe von Fördergeldern für den „Klimaschutz“ zu einem Hebel entwickelt, sowohl unternehmerische als auch politische Entscheidungen im Sinne des von ihr verfolgten „Green New Deal“ zu steuern.

In Sachen Verteidigungsbereitschaft ist anzumerken, dass Brüssel nicht nur kein Mandat dazu hat, sondern die meisten EU-Mitgliedstaaten ihre nationale Verteidi-

FINANZPLANUNG

Brüssel legt die Axt an die Wurzeln der Union

Mit ihrem Haushaltsentwurf plant die EU-Kommission eine gewaltige Erweiterung ihrer Finanzmittel – ohne die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen

gung seit Jahrzehnten im Rahmen der NATO organisieren. Wenn Brüssel hier dennoch Ausgaben plant, steht zu befürchten, dass von der Leyen beabsichtigt, das Geld für außerordentliche Zwecke – wie die Ukrainehilfen – auszugeben. Wer weiß, dass in der NATO alle Verbündeten in sämtlichen Entscheidungen ihre volle Souveränität behalten und selbst im Falle eines äußeren Angriffs individuell entscheiden können, inwiefern sie ihrer Beistandspflicht nachkommen, kann in dem geplanten Budget der EU zur „Verteidigungsbereitschaft“ durchaus den Versuch sehen, noch mehr Macht nach Brüssel zu verlagern. Interessant ist in diesem Kontext, dass die EU-Kommission noch nicht einmal einen Kommissar für Verteidigung hat.

Zweifel am Daseinszweck

Kritisch zu hinterfragen ist in diesem Zusammenhang auch die Dauerbehauptung, dass mit dem Anwachsen der EU-Behörden „ein stärkeres Europa“ geschaffen werde. Tatsächlich fällt Europa laut der OECD-Herbstprognose vom Oktober 2024 beim Wirtschaftswachstum hinter den USA, Kanada, China und weiteren asiatischen Ländern kontinuierlich zurück. Als Hauptgrund dafür machen Experten ausgerechnet die „chronische Überregulierung“ in der EU aus.

Auch in den Großkrisen der vergangenen Jahre leistete Brüssel keinen relevanten Beitrag zur Problembewältigung. Beim

Thema Zuwanderung war die Kommission nicht in der Lage, eine „europäische Lösung“ zu vermitteln, während unterschiedenes nationales Handeln – wie zuletzt durch den deutschen Innenminister Dobrindt im Zusammenspiel mit Nachbarländern wie Polen – binnen weniger Tage Resultate schuf. Bei der Corona-Pandemie strebte von der Leyen nicht etwa danach, durch schnelle Koordinierung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten eine Ausbreitung des Virus zu verhindern, sondern setzte auf den Ausbau der Brüsseler Bürokratie, etwa durch Schaffung der EU-Behörde für die Krisenvorsorge und Krisenreaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA). Zudem schloss sie mit dem Pharmariesen Pfizer einen intransparenten Impfstoff-Deal ab, der das Vertrauen in die EU-Institutionen weiter erschütterte. Und im Ukrainekrieg spielt Europa bei der Lösung des Konflikts keine Rolle, obwohl die EU zu den größten Finanziers der Ukraine gehört.

Sollte die EU-Kommission trotz alledem ihre horrenden Budget-Forderungen aufrechterhalten (wovon auszugehen ist) und trotz des bisherigen Widerstands in den Mitgliedstaaten am Ende damit durchkommen (was zu befürchten ist), könnte sich dies schnell als Pyrrhussieg erweisen. Eine Organisation, die immer mehr Geld verschlingt, jedoch die ihr gestellten Aufgaben nicht erfüllt, stellt sich selbst mehr infrage als dies Kritiker von außen jemals könnten.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Wie die Bundesregierung beim Thema Bürgergeld Augenwischerei betreibt Seite 4

Kultur

Von Adenauer bis Merz – wie hielten es die deutschen Kanzler mit der Kultur? Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Musik in der St.-Barbara-Kirche – ein Festival in Powunden Seite 13

Lebensstil

Im Juli feiert Kyoto das zum UNESCO-Welterbe zählende Festival Gion-Matsuri Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 304401 30
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Ukrainische Kampfschwimmer führen kluge, effektive Sprengstoff-Attentate aus – Schrottreife Tanker und strategische Ziele im Visier – Moskau reagiert und setzt ab sofort eigene Kämpfer im Unterwasserkrieg ein

Die Ukraine taucht ab

Der Krieg unter Wasser tobt immer heftiger, um Putins Schattenflotte auszuschalten

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Ukraine besitzt drei Geheimdienste: den Auslandsgeheimdienst SSRU, den Inlandsgeheimdienst SBU und den militärischen Geheimdienst HUR. In der Vergangenheit haben die beiden Letzteren von mehrfach offiziell bestätigt, dass sie gegnerische Militärs, Wissenschaftler und Propagandisten eliminieren und Sabotageaktionen außerhalb des eigenen Machtbereiches durchführen. Dabei kamen unter anderem auch Kampfschwimmer zum Einsatz. Dies beispielsweise im Rahmen von Anschlägen auf die Brücke über die Straße von Kertsch, die das russische Festland mit der russisch besetzten Krim-Halbinsel verbindet. Zuletzt detonierten am 3. Juni rund 1000 Kilogramm Sprengstoff im Unterwasserbereich eines Stützpfilers des Bauwerkes – heimlich platziert von Agenten des SBU. Parallel dazu mehren sich seit einigen Monaten Sprengstoff-Angriffe gegen Schiffe der sogenannten Schattenflotte Russlands.

Diese besteht aus Hunderten, oftmals nahezu schrottreifen Tankern und Frachtern, die allesamt unter ausländischer Flagge fahren und die Moskau gechartert hat, um so die westlichen Sanktionen zu umgehen. Hierbei dreht sich das Hauptgeschäft rund um den Transport von russischem Rohöl hin zu Moskaus befreundeten Abnehmern wie China und Indien.

Die erste Attacke gegen Putins Schattenflotte erfolgte in der Nacht vom 17. auf den 18. Januar und galt dem Rohöltanker „Sea Charm“, der unter der Flagge der Marshall-Inseln fährt und im türkischen Erdöl-Verladehafen Ceyhan ankerte. Durch eine Unterwasserexplosion entstand ein gewaltiges Loch im Rumpf des Tankers, der anschließend zehn Tage lang auf der griechischen Werft Skaramangas repariert werden musste.

Als nächstes traf es am 9. Februar den liberianischen Tanker „Koala“, der im Ostseehafen Ust-Luga nahe der Grenze zu Estland lag, wo sich ein russisches Rohöl-Exportterminal befindet. Dort wurde er von mehreren Explosionen erschüttert, die den Tanker seeuntüchtig machten.

Am 15. Februar wiederum detonierten zwei Sprengsätze an der Außenhaut des Tankers „Sea Jewel“, der die panamaische Flagge führt. Das Schrottschiff fuhr da-

mals die ligurische Küste entlang und stand kurz vor Savona. Italienische Taucher fanden anschließend ein 70 mal 120 Zentimeter großes Loch im Rumpf des 245 Meter langen Schiffes, das eindeutig für die Explosion einer gezielt angebrachten Sprengladung sprach.

Ebenfalls im Februar gab es vor der libyschen Küste eine Explosion am Rumpf des liberianischen Tankers „Grace Ferum“. Das zwölf Jahre alte Schiff, das aus Ust-Luga kam, musste anschließend nach Malta geschleppt werden.

Sprengladungen mit Zeitzählern

Erst am 27. Juni ereignete sich im selben Seegebiet eine heftige Explosion direkt im Maschinenraum des Tankers „Vilamoura“ unter der Flagge der Marshall-Inseln. Der hatte im russischen Schwarzmeerhafen Noworossijsk, in dem ebenfalls eine Öl-Pipeline endet, 140.000 Tonnen Rohöl geladen. Aufgrund der erlittenen Schäden waren wiederum Reparaturen in Griechenland nötig.

Und schließlich detonierte Anfang Juli auch noch eine Bombe am Rumpf des Tankers „Eco Wizard“ von den Marshall-Inseln, als der in Ust-Luga lag.

Sämtliche Anschläge folgten also weitgehend dem gleichen Muster: Die wahrscheinlich mit Zeitzählern versehenen Sprengladungen explodierten bis auf eine Ausnahme an der Außenhaut der Schiffe und wurden somit wohl im Regelfall von Tauchern angebracht. Außerdem fanden die Explosionen stets im Bereich des Maschinenraums statt, wo sie theoretisch den größten Schaden anrichten, ohne aber die Öltanks aufzureißen. Dadurch gab es dann auch keine nennenswerte Umweltverschmutzung. Angesichts der gegebenen Umstände kamen Versicherungsunternehmen wie Lloyd's und auf maritime Sicherheit spezialisierte Firmen wie Dryad Global zu dem eindeutigen Schluss, dass die Attacken gegen den russischen Öllexport gerichtet seien.

Der Ukraine geht es natürlich darum, die Hauptschwachstelle von Putins Schat-

tenflotte auszunutzen: Die zum Erhalt von Einlaufgenehmigungen nötigen Versicherungen für die maroden Schiffe sind bereits jetzt extrem teuer, und durch die wiederholten Explosionen – selbst wenn diese nicht gleich zu Versenkungen führen – steigen die Prämien immer weiter. Das schmälert wiederum den Gewinn aus den Ölverkäufen, weil die Reedereien die Kosten auf Moskau abwälzen.

Gegenmaßnahmen eingeleitet

Von dort sollen nun Weisungen für Gegenmaßnahmen zur Neutralisierung der Bedrohung kommen. Dazu gehört die Verwendung von Unterwassersensoren und die Inspektion der Schiffe in russischen Häfen durch eigene Taucher.

Darüber hinaus dürfte wohl auch ein präventiver Einsatz von russischen Kampfschwimmern erfolgen, um die Saboteure noch vor dem Anbringen der Haftminen aufzuhalten. Insofern könnte eine neue Eskalation drohen: Kampf der Taucher im Krieg unter Wasser.



Kampfschwimmer gehören zu den härtesten Soldaten einer Armee, auch weil ihre Ausbildung extrem fordernd ist. In voller Kampfmontur, bewaffnet und mit speziellem Sprengstoff ausgerüstet geht es in den Unterwasser-Einsatz

MILITÄREINHEITEN

Drei Formationen, ein Ziel – Putin besiegen

Die ukrainischen Kampfschwimmer lassen sich weder von Geldmangel noch von Todesangst aufhalten

Bis heute ist unklar, wer den Anschlag auf die Nord-Stream-Pipeline vom 26. September 2022 ausgeführt hat. Unter anderen werden hier mehrere zivile ukrainische Tauchlehrer der Tat verdächtigt. Dabei verfügt die Ukraine aber auch über mindestens drei militärisch ausgebildete Kampfschwimmer-Formationen.

Da wäre einmal eine Gruppierung der Hauptverwaltung Aufklärung des Kiewer Verteidigungsministeriums (HUR), also des Militärgeschwaders der Ukraine, namens „Bataillon Schaman“. Dessen Angehörige sind im Umgang mit der modernen Tauchtechnik geschult und setzen ihre Fähigkeiten nach Berichten ukrainischer Medien ein, um „feindliche Infra-

strukturen zu zerstören, die für die militärischen Operationen des Kremls von entscheidender Bedeutung sind“.

Des Weiteren gehört zu den Seestreitkräften Kiews die 801. Marine-Spezialabteilung, deren Hauptquartier in Odessa liegt und die ebenfalls waghalsige Sondereinsätze unter Wasser durchführt. 2014 bestand diese Einheit aus 80 Mann – ihre derzeitige Mannschaftsstärke ist genauso geheim wie die Zahl der Männer im „Bataillon Schaman“. Auf jeden Fall sind die bestens trainierten und speziell ausgebildeten Kampfschwimmer der ukrainischen Marine auf offensive Aufgaben vorbereitet, wie eben effektive Attacken auf feindliche Objekte.

Und zu guter Letzt gibt es noch die Kampfschwimmer des 73. Regiments für maritime Spezialoperationen „Hetman Antin Holowaty“ im Verband der ukrainischen Spezialeinsatzkräfte (SSO). Diese Formation mit Sitz in Ochakiv, die derzeit unter dem Kommando des Kapitäns Ersten Ranges Oleksii Prykhodko steht, existiert seit 1992 und kann ebenfalls Unterwasser-Sabotageaktionen durchführen. Das Regiment, dessen Abzeichen ein Seepferdchen mit dem Schwert Swjatoslaw des Tapferen ist, verfügt nicht nur über ein großes Arsenal an Waffen aus sowjetischer Produktion für den Einsatz in der Tiefe, sondern auch über zwei Arten von Tauchfahrzeugen. Die Kleinst-U-Boote

„Für Angst habe ich keine Zeit!“

Wika, Rufname Sowa (die Eule)
Kampfschwimmerin der Ukraine

des Typs Triton-2M können bis zu sechs Kampfschwimmer an ihren Einsatzort bringen und die torpedoähnlichen Sirena-UM sind für den Transport von zwei Marinesoldaten ausgelegt.

Aufgrund fehlender finanzieller Mittel blieb die Ausbildung der ukrainischen Unterwasserkrieger lange Zeit mangelhaft. Das hatte zur Folge, dass sie ab 2014 vorrangig an Land eingesetzt wurden. Mittlerweile sorgten ausländische Militärhilfen aber für eine deutliche Steigerung der Kampfkraft. So lautete zumindest die Aussage des Kommandeurs einer militärischen ukrainischen Tauchereinheit im Interview mit der britischen Tageszeitung „The Times“.

KAMPFSCHWIMMER

Im Einsatz für die russischen Geheimdienste

In den Seestreitkräften Moskaus dienen seit Ende der 1930er Jahre Kampfschwimmer. Heute gehören sie zu den Spezialeinheiten der Marineinfanterie, welche dem russischen Militärgeschwader GRU unterstellt sind. Dabei existieren zwei große organisatorische Untergruppen.

Zur ersten zählen Einheiten der Marine-Sonderaufklärung (OMRP), von denen jede russische Flotte eine besitzt. Die Schwarzmeerflotte, welche gegen die Ukraine operiert, verfügt über die 388. Marine-Aufklärungstruppe in Sewastopol mit 120 bis 200 Mann.

Die zweite Untergruppe besteht aus 13 PDSS-Einheiten, die keine Aufklärungsarbeit leisten, sondern jeweils 50 bis 60 Kampfschwimmer in ihren Reihen haben, die sowohl für Angriffs- als auch für Abwehroperationen unter Wasser ausgebildet sind und in den vier Flottenbereichen zum Einsatz kommen. Die 102. PDSS der Schwarzmeerflotte hat ihr Hauptquartier ebenso in Sewastopol auf der Krim, während die 136. PDSS an der gegenüberliegenden Küste bei Noworossijsk stationiert ist.

Außerdem gibt es auch noch Kampfschwimmer in den Spezialeinheiten des Inlandsgeheimdienstes FSB namens Alpha und Wypmel.

Welche dieser Männer nun zum Schutz der russischen Schattenflotte aufboten werden, bleibt geheim. Allerdings verfügen die PDSS-Angehörigen grundsätzlich über die meiste Erfahrung beim Einsatz in fremden Gewässern wie dem Mittelmeer, wo sich Angriffe auf Tanker im Dienste Moskaus zuletzt gehäuft haben. Das resultiert unter anderem aus der Teilnahme an Operationen vor der syrischen Küste. Darüber hinaus haben die PDSS-Taucher die beste Ausrüstung. Zwar ist diese streckenweise mit jener der ukrainischen Kampfschwimmer identisch, dazu kommen aber noch neuentwickelte und deutlich leistungsfähigere Unterwasserfahrzeuge wie das Kleinst-U-Boot vom Typ Losos alias Piranha oder der Einmann-Taucherscooter Protei-5.

W.K.

„Trumps Agieren stimmt hoffnungsvoll“

Über die bisherigen Friedensbemühungen des US-Präsidenten im Ukrainekrieg, die Verhandlungsbereitschaft der einzelnen Akteure und Ansätze, die weit geeigneter sind, eine Einigung herbeizuführen als die Fortsetzung unnützer Wirtschaftssanktionen

IM GESPRÄCH MIT HARALD KUJAT

Seit Beginn des Ukrainekrieges führt die PAZ in unregelmäßigen Abständen Gespräche mit dem früheren Generalinspekteur der Bundeswehr über den Fortgang der Ereignisse. Wo steht der Krieg im Sommer 2025 – vor einem baldigen Ende oder einer Ausweitung? Festlegen mag sich auch der Experte nicht. Immerhin ist er sicher, dass die Lage zwar ernst, aber auch nicht aussichtslos ist.

Herr Kujat, seit unserem letzten Gespräch ist in Sachen Ukrainekrieg einiges geschehen. Es gab diverse Friedensbemühungen der US-Amerikaner, die bislang erfolglos blieben. Stattdessen gab es in den letzten Wochen eine starke Forcierung der russischen Angriffe. Wie sehen Sie die Situation? Nach dem Amtsantritt von US-Präsident Trump haben die Amerikaner vernünftig angefangen mit bilateralen Gesprächen zunächst mit der Ukraine und dann mit Russland, in denen sie versuchten, die Positionen der Kriegsparteien genauer zu verstehen, um Kompromissmöglichkeiten auszuloten.

Dann haben sie jedoch einen taktischen Fehler begangen, indem sie auf die ukrainische Forderung nach einem bedingungslosen Waffenstillstand eingegangen sind, bevor bilaterale Verhandlungen begonnen hatten und die Modalitäten für eine Feuerpause geklärt waren. Waffenstillstände funktionieren jedoch nur dann, wenn in Verhandlungen zwischen den beteiligten Kriegsparteien bereits eine gewisse Annäherung erfolgt ist.

Darum hat es bislang zwischen der Ukraine und Russland zwar einige kleinere Ergebnisse gegeben wie den Austausch von Gefangenen, aber wirkliche Verhandlungsschritte sind nicht erzielt worden.

Zuletzt zeigte sich Trump enttäuscht über den schleppenden Fortgang der Friedensbemühungen. Er setzte Russland sogar ein Ultimatum: Wenn der Krieg binnen 50 Tagen nicht beendet sei, werde es Wirtschaftssanktionen geben – und zwar weniger gegen Russland als vielmehr gegen Moskaus Verbündete. Zudem kündigte er massive Waffenlieferungen an die Ukraine an. Was folgt daraus?

Trump versucht immer, schnell eine Lösung zu finden. Und sicherlich ist er auch frustriert über die russische Haltung. Hinzu kommt, dass der US-Präsident bilateral ausgerichtet ist, immer auf einen Gegenüber bezogen. Doch die zu lösenden Probleme sind multilateral. Neben der Ukraine und Russland sind auch diejenigen Staaten beteiligt, gegen die Sekundärsanktionen verhängt werden sollen, falls sie weiter Öl und Gas von Russland kaufen. Das sind insbesondere China, Indien und Brasilien. Und natürlich sind auch die Europäer involviert.

Die Frage ist, ob Trump mit seinen jüngsten Ankündigungen eine Kehrtwendung in seiner Ukrainepolitik vollzogen hat. Das sehe ich nicht. Zwar versucht der US-Präsident mit veränderter Rhetorik, Druck aufzubauen. Aber letztlich ist sein Ziel noch immer, die Kriegsparteien an den Verhandlungstisch zu bringen.

Gegenüber der Ukraine bezieht Trump eine neutralere Position, indem die USA sich weitgehend aus der direkten Unterstützung des Landes zurückziehen. Die Europäer sollen zunächst amerikanische Waffen aus ihrem Bestand liefern, der dann in den nächsten Jahren durch Aufträge an die US-Rüstungsindustrie wieder aufgefüllt wird. Die Europäer nehmen somit für einen längeren Zeitraum eine Schwächung ihres Verteidigungsdispositivs in Kauf und finanzieren zugleich die Unterstützung der Ukraine. Das sei „logisch“, findet der NATO-Generalsekretär.



Wichtigste Spieler in einer komplexen Lage: Die Präsidenten der USA, der Ukraine, Russlands und Chinas

Mag sein, denn Europa will den Krieg ja unbedingt fortsetzen.

Wie realistisch sind die Chancen für einen echten Verhandlungsfortschritt?

Russland hat erklärt, für eine weitere Verhandlungsrunde bereitzustehen und lediglich auf die Ukraine zu warten. Daraufhin hat sich auch Präsident Selenskyj kurzfristig zu Verhandlungen bereit erklärt.

Natürlich spricht derzeit einiges dafür, dass Moskau versucht, das positive Momentum auf dem Gefechtsfeld zu nutzen. Doch im Grunde beharren beide Seiten auf ihren Maximalforderungen. Das aufzulösen ist der Sinn von Verhandlungen.

Für die Ukraine ist es schwer, die erlittenen Gebietsverluste zu akzeptieren. Allerdings hat sich die Lage des Landes seit seiner Absage einer bereits im April 2022 in Istanbul mit Russland getroffenen Einigung, deren Kern der Abzug der russischen Truppen im Gegenzug zur Neutralität der Ukraine war, nur verschlechtert. Und die Lage wird sich weiter verschlechtern, je länger der Krieg dauert. Die ukrainischen Streitkräfte sind stark geschwächt, die Verluste hoch, die Zahl der Desertionen ebenfalls, und die Moral ist auf einem Tiefpunkt. Auch die zugesagten Waffenlieferungen können die strategische Lage nicht zugunsten der Ukraine wenden.

Zudem befindet sich Selenskyj innenpolitisch in einer Legitimitätskrise und wird von Trump sehr kritisch gesehen. Der gewöhnlich gut informierte amerikanische Journalist Seymour Hersh schrieb kürzlich, Selenskyj stünde auf einer „short list“ für das Exil. Er könnte durch den ehemaligen ukrainischen Oberbefehlshaber Saluschnyj ersetzt werden.

Sie haben in unseren Gesprächen über den Krieg stets gesagt, dass die Ukraine diesen militärisch nicht gewinnen kann, weshalb es im ukrainischen Interesse ist, eine politische Lösung anzustreben, bevor Russland auf dem Schlachtfeld einen Punkt erreicht, bei dem es Verhandlungen nicht mehr nötig hat, weil es den Krieg ohnehin gewinnt. Ist dieser Punkt jetzt erreicht?

Ich denke, aus russischer Sicht ist dieser Punkt noch nicht erreicht. Die Frage ist ja, welche Ziele Moskau verfolgt. Ich bin stets davon ausgegangen, dass Russland danach strebt, die vier annektierten ukrainischen Regionen Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson in

ihren ursprünglichen Verwaltungsgrenzen zu erobern. Dies ist trotz großer Fortschritte gerade in den letzten beiden Monaten noch nicht vollständig erfolgt. Offen bleibt, ob Russland auch Odessa erobern will, womit es die Ukraine vom Schwarzen Meer abschneiden und den Schulterchluss mit seinen Truppen in Transnistrien herstellen würde.

Generell wird in punkto Geländegewinn verkannt, dass diese für die Russen nur ein Sekundärerfolg sind. In erster Linie geht es ihnen darum, die ukrainischen Streitkräfte in einem Abnutzungskrieg kampfunfähig zu machen. Sollte dies gelingen, hätte Russland freie Hand, seine strategischen Ziele zu realisieren.

Das ursprüngliche Ziel Russlands war ein Regimewechsel in der Ukraine. Ob Moskau diese Absicht noch verfolgt, ist gegenwärtig nicht erkennbar. Letztendlich glaube ich, dass Russland versuchen wird, seine strategischen Ziele bis September zu erreichen, wenn die 50-Tages-Frist von Trump ausläuft.

China hat sich in Sachen Ukrainekrieg bislang bedeckt gehalten. Zuletzt erklärte Präsident Xi Jinping jedoch, dass sein Land auf keinen Fall eine russische Niederlage akzeptieren würde. Und Außenminister Wang Yi erläuterte, dass China nicht wolle, dass die USA in Europa gewöhnen, um anschließend die Kräfte frei zu haben für ein stärkeres Engagement in Asien. Was bedeutet das für den Konflikt in Europa?

Die chinesischen Aussagen zeigen, wie komplex dieser Konflikt ist. Ich sprach eingangs davon, dass Trump immer bilaterale Lösungen sucht, obwohl die Probleme multilateral angelegt sind.

Eigentlich müssen wir neben China auch den Nahen und Mittleren Osten einbeziehen. Erst vor kurzem hat China eine Eisenbahnlinie nach Teheran eröffnet, die den Gütertransport in der Hälfte der Zeit ermöglicht, die Containerschiffe benötigen. Das zeigt, dass Peking neben dem Ukrainekrieg auch am Nahostkonflikt ein vitales Interesse hat.

Russland hat in der Kaukasus-Region an Einfluss verloren, sowohl gegenüber Armenien als auch dem östlichen Aserbaidschan. Auch hier kreuzen sich chinesische und russische Interessen mit denen des Westens, aber auch der Türkei. Wenn sich Aserbaidschan in den Konflikt gegen den Iran einschalten sollte, wären die Interessen Moskaus und Pekings sehr stark betroffen. Inso-

fern hat Russland ein massives Interesse daran, den Krieg in der Ukraine möglichst schnell zu beenden, um sich auch wieder anderen, aus russischer Perspektive ebenso bedeutsamen Regionen zuwenden zu können.

China hat gemeinsam mit Brasilien konstruktive Vorschläge für eine Beendigung des Ukrainekriegs gemacht. Es gibt aktuell Hinweise, dass Präsident Xi Jinping Trump und Putin für den 3. September nach Peking eingeladen hat. Zeitlich fällt dies etwa mit dem Ablauf des 50-Tage-Ultimatums Trumps zusammen. Ich halte diesen Dreiergipfel für einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem Ende des Krieges.

Das wäre doch ein Hebel, um Russland zu einer politischen Lösung im Ukrainekrieg zu bewegen.

Das wäre in der Tat ein Hebel – und zwar ein geeigneterer als etwa Wirtschaftssanktionen. Die EU hat gerade ihr sage und schreibe 18. Sanktionspaket gegen Russland beschlossen, obwohl keine der bisherigen Sanktionen die Russen zum Einlenken bewegt hat. Während Trump einen Verhandlungsfrieden anstrebt, setzen die Europäer diesen Weg unbeirrt fort, und ausgerechnet Deutschland ist bereit, der Ukraine weitreichende Waffensysteme zur Verfügung zu stellen – ohne ein sicherheitspolitisches und strategisches Konzept und angesichts der Eskalationsdominanz Russlands unter Inkaufnahme unabwägbarer Risiken.

Die Europäer sollten, nachdem sie den Krieg dreieinhalb Jahre mit genährt haben, endlich überlegen, welchen Beitrag sie selbst zu einem Frieden leisten können. Das Bedauerliche an der gegenwärtigen Situation ist, dass die Diplomatie noch immer keinen Platz hat. Im Gegenteil: EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen hat im vergangenen Jahr den ungarischen Ministerpräsidenten Orbán – damals immerhin EU-Ratspräsident – sogar scharf attackiert, als dieser nach Kiew, Moskau, Peking und Washington flog, um Möglichkeiten für eine Annäherung der verschiedenen Parteien zu erörtern.

In Deutschland ist an die Stelle des zögerlichen Bundeskanzlers Olaf Scholz der deutlich entschiedener Friedrich Merz getreten, der sogar die Verfassung dahingehend änderte, dass Verteidigungsausgaben nicht mehr von der Schuldenbremse betroffen sind. Wie beurteilen Sie das bisherige Handeln der neuen Regierung?

Ich möchte ungern einzelne Personen bewerten. Grundsätzlich finde ich es außerordentlich befremdlich, dass die Rhetorik einiger Politiker den Geist des Grundgesetzes, das eine Friedensverfassung ist, vermissen lässt. Etwa wenn leichtfertig davon gesprochen wird, dass „wir“ uns im Krieg mit Russland befänden, dass Russland „immer unser Feind bleibt“ oder dass „die Mittel der Diplomatie nicht geholfen hätten“ und „wir“ jetzt anderweitig Druck auf Russland ausüben müssten.

Die Sprache ist Ausdruck des Bewusstseins. Manch Entscheidungsträger befindet sich offensichtlich bereits mental im Krieg, ohne auch nur darüber nachzudenken, was ein Krieg für uns bedeuten würde.

Wenn Sie das hier Besprochene reflektieren – sind wir eher einem Frieden näher oder eher einer Eskalation?

Ehrlich gesagt, ich weiß es nicht. Hoffnungsvoll stimmt mich das Agieren des US-Präsidenten. Auch wenn Trump stets erratisch und großsprecherisch auftritt, habe ich doch den Eindruck, dass er sich letzten Endes den Realitäten beugt und sich der Risiken bewusst ist, die mit einer Eskalation verbunden wären. Auch die konstruktive Rolle Chinas könnte sich ab September positiv auswirken.

Das Interview führte René Nehring.

„Es gibt aktuell Hinweise, dass Präsident Xi Jinping Trump und Putin für den 3. September nach Peking eingeladen hat. Zeitlich fällt dies etwa mit dem Ablauf des 50-Tage-Ultimatums Trumps zusammen. Ich halte diesen Dreiergipfel für einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem Ende des Krieges“

Zur Person

● **General a. D. Harald Kujat** war unter anderem von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

● MELDUNGEN

Bund erhält Goebbels Villa

Berlin – Der Bund will sich drei Jahre Zeit nehmen, um eine Studie zu erstellen und Investoren für ein 16 Hektar großes Gelände am brandenburgischen Bogensee zu finden. Auf dem Areal in einem Waldgebiet nordöstlich von Berlin (Landkreis Barnim) befinden sich gleich zwei Gebäude, die unter Denkmalschutz stehen: Die ehemalige FDJ-Jugendhochschule und ein von NS-Propagandaminister Joseph Goebbels genutztes Wohnhaus samt Gästehaus, Wach- und Wirtschaftsgebäuden sowie drei Bunkern. Allein der Sanierungsbedarf an der früheren Goebbels-Villa wird auf 300 Millionen Euro geschätzt. Wie das Bundesbauministerium in einer Antwort an die Bundestagsabgeordnete Gennburg (Linke) erklärte, wird der Erhalt des geschichtsträchtigen Areals angestrebt, das durch zwei Diktaturen geprägt wurde. Das Land Berlin als bisheriger Eigentümer beziffert die jährlichen Bewirtschaftungskosten des Areals mit bis zu 300.000 Euro. H.M.

Waschbären sind Öko-Risiko

Wiesbaden – Biologen der Goethe-Universität Frankfurt fordern zum Schutz heimischer Tierarten eine intensivere Bejagung von Waschbären. Laut einer Studie des Senckenberg Biodiversität und Klima Forschungszentrums sowie der Goethe-Universität haben Waschbären in bestimmten Gebieten eine signifikante Auswirkung auf gefährdete Tierarten. Demnach nutzen sie auch Amphibien und Reptilien als Nahrungsquelle. Die Zahl der Waschbären in Zentraleuropa wird von Forschern mittlerweile auf bis zu zwei Millionen geschätzt. Hessen plant nun die drastische Verschärfung der Jagd auf Waschbären. Die Landesregierung kündigte an, die Schonzeit für Waschbären abzuschaffen. Dem Landwirtschaftsministerium zufolge gehen Schätzungen von mindestens 120.000 Waschbären in Hessen aus. Laut Landesjagdverband hat Kassel mit über 100 Waschbären pro 100 Hektar eine der „höchsten Raubwildichten Europas“. H.M.

Wohnen wird immer enger

München – Nachdem die Wohnfläche in Deutschland pro Kopf zwischen den Jahren 2011 und 2023 von 46,1 auf 47,5 Quadratmeter gestiegen war, hat sich der Trend nun ins Gegenteil gewandelt. Eine aktuelle Studie des Vergleichsportals Check24 ergab, dass die Durchschnittswohnfläche pro Person in Deutschland abnimmt. Das Vergleichsportale hat somit festgestellt, dass die Deutschen immer beengter wohnen. Parallel dazu wurde eine weitere Studie aufgelegt, die besagt, dass das 1,5-Grad-Ziel nur erreicht werden könne, wenn die Wohnfläche pro Kopf auf 41,2 Quadratmeter bis 2050 sinkt. Der Hauptgrund für die neue Enge beim Wohnen aber liegt weniger an der Klimahysterie, denn an den exorbitant gestiegenen Baukosten. Neubauwohnungen werden nämlich immer kleiner, weil größere Einheiten zu viel zu hohen Mieten führen würden, die für den Durchschnittsmieter als unbezahlbar gelten. J.E.



BILD: PICTURE ALLIANCE / DTS-AGENTUR

Arbeitsministerin Bärbel Bas: Freut sich diebisch, dass sie – statt zu sparen – beim Bürgergeld sogar noch zehn Prozent mehr ausgibt

HAUSHALTPOLITIK

Die Bürgergeld-Scheinreform

Mit buchhalterischen Tricksereien betreibt die Regierung Augenwischerei

VON PETER ENTINGER

Friedrich Merz preschte verbal weit nach vorn: Im Dezember hatte er als CDU-Vorsitzender angekündigt, das Bürgergeld grundlegend zu reformieren. Man werde das System „vom Kopf auf die Füße stellen“, und „zweistellige Milliardenbeträge“ ließen sich einsparen, so die markige und ebenso vielversprechende Botschaft in einem Wahlkampf, der sich nicht zuletzt an jene richtete, die sich von der Ampel-Politik sozialpolitisch entfremdet fühlten.

Gut ein halbes Jahr später entpuppt sich die Ankündigung mehr und mehr als leeres Versprechen. Der Haushaltsplan für 2025, den Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas vorgelegt hat, sieht für das Bürgergeld im Gegenteil sogar eine Rekordsumme von fast 52 Milliarden Euro vor – fast zehn Prozent mehr als 2024.

Was zunächst wie ein offener Widerspruch erscheint, wird von der Bundesregierung jetzt mit Worthülsen schöngeredet. Die schwarz-rote Koalition betont,

mittelfristig mit sinkenden Ausgaben zu rechnen. Faktisch aber steigen die Kosten in allen Bereichen des Bürgergelds erst einmal. Die reinen Regelleistungen belaufen sich auf 29,6 Milliarden Euro, hinzu kommen 13 Milliarden für Unterkunft und Heizung sowie 4,1 Milliarden für Eingliederungsmaßnahmen. Dass die Gesamtzahl der Leistungsbezieher mit rund 5,5 Millionen Menschen weiter auf einem historischen Hoch verharrt, liegt nicht zuletzt an der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt. 2,9 Millionen Menschen sind arbeitslos gemeldet, die Konjunktur stagniert, die Zahl der offenen Stellen liegt mit 630.000 auf dem niedrigsten Niveau seit der Corona-Pandemie. Viele Menschen kommen schlichtweg nicht in Beschäftigung – und selbst wenn, reicht das Einkommen häufig nicht zum Leben.

Ein besonderer Fokus liegt auf den ukrainischen Flüchtlingen, die seit 2022 bei einer Schutzgewährung unmittelbar Anspruch auf Bürgergeld haben. Das soll sich nach Willen der Bundesregierung künftig ändern: Wer nach dem 1. April 2025 ein-

geheist ist, soll nicht mehr unter die Bürgergeld-Regelung fallen, sondern dann Leistungen nach dem niedrigeren Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Eine formale Einsparung von rund 900 Millionen Euro sei so möglich, heißt es aus dem Bundesarbeitsministerium. Aber: Die Ausgaben verschwinden nicht, sie verlagern sich lediglich – auf Länder und Kommunen, die weiterhin für Unterkunft, medizinische Versorgung und soziale Betreuung aufkommen müssen. Dass der Bund diese Ausgaben wiederum kompensieren will, zeigt: Es handelt sich eher um eine buchhalterische Verschiebung als um echte Haushaltskonsolidierung.

Zu großer Mehraufwand

Zugleich wird deutlich: Die Versprechungen aus dem Unionslager sind mit den strukturellen Realitäten der Sozialpolitik kaum in Einklang zu bringen. CSU-Chef Markus Söder fordert ein „Update“, CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann einen „Paradigmenwechsel“. Wer zumutbare Arbeit wiederholt verweigert, dürfe

keine Unterstützung mehr erhalten, so Linnemann. Auch Kanzler Merz hat angekündigt, es werde künftig „vollständige Leistungskürzungen“ geben. Doch was sich martialisch anhört, stößt in der Praxis auf rechtliche sowie administrative Grenzen. Das Bundesverfassungsgericht hat 2019 deutlich gemacht, dass existenzsichernde Leistungen nur in sehr engen Ausnahmefällen gekürzt oder gestrichen werden dürfen. Und auch Jobcenter-Mitarbeiter warnen vor einem Mehraufwand, der mitunter in keinem Verhältnis zur eingesparten Summe stehe.

Denn in Wahrheit bewegt sich der Sanktionsrahmen in einem engen Korridor. Leistungsminderungen gibt es zwar – zuletzt rund 33.000 Fälle in einem Monat –, doch der maximale Kürzungsbetrag liegt meist bei zehn Prozent der Regelleistung. Auch der Leiter des Forschungsbereichs am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Enzo Weber, äußert sich skeptisch: Der verwaltungstechnische Aufwand für Sanktionen sei hoch, ihr disziplinierender Effekt hingegen fraglich. Vielmehr bestehe die Gefahr, dass Leistungsbezieher vorschnell in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt würden, die langfristig weder stabil noch integrationsfördernd seien.

Ideologische Gräben sind zu tief

Dennoch halten Union und SPD an der Grundsatzreform fest. Im Koalitionsvertrag ist eine „neue Grundsicherung“ angekündigt. Vermittlung in Arbeit soll Vorrang erhalten, die Anrechnung von Vermögen früher einsetzen, Sanktionen sollen verschärft werden. Doch aus Sicht vieler Kritiker ist das Bürgergeld längst zu einem Magnet für Menschen geworden, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen – eine Einschätzung, die auch AfD-Chefin Alice Weidel kürzlich im Bundestag betonte.

IAB-Forscher Weber plädiert für eine umfassendere Strategie: mehr Anreize zur Arbeitsaufnahme, konsequente Qualifizierung, verbindliche Regeln und eine aktive Wirtschaftspolitik zur Schaffung neuer Jobs. Nur so lasse sich ein relevanter Teil der Bürgergeld-Empfänger tatsächlich in Beschäftigung bringen. Doch der Weg dahin ist steinig – und ob die Große Koalition der Reformer, die Merz und Bas gleichermaßen beschwören, tatsächlich liefert, ist ziemlich ungewiss. Zu tief sind die ideologischen Gräben, zu unterschiedlich die politischen Ansätze beider Parteien, die in einem zweckdienlichen Machtbündnis verharren. Fest steht: Das Bürgergeld steht vor einer tiefgreifenden Reform. Doch ob diese am Ende tatsächlich die versprochenen Einsparungen bringt, oder ob nur ein Etikettenschwindel betrieben wird, ist noch offen.

RÜCKWANDERUNG

Immer mehr Polen kehren Deutschland den Rücken

Von allem Schlechten zu viel: Die Bundesrepublik verliert zunehmend an Attraktivität und Glanz

Erstmals seit 2008 registrierte das Statistische Bundesamt im Jahr 2024 weniger Zuzüge aus der EU als Fortzüge in andere EU-Staaten. Besonders auffällig ist die Entwicklung des Wanderungssaldos im Fall von Polen. Noch im Jahr 2023 waren etwa 15.000 Menschen mehr aus Polen zugewandert, als nach Polen gezogen sind. Im Vorjahr war nun das Ende eines jahrzehntelangen Trends zu beobachten: Es wanderten 90.807 Nicht-Deutsche nach Polen ab, während nur noch 82.082 aus Polen in die Bundesrepublik zuzogen.

Die Bundesrepublik, jahrzehntelang ein heiß begehrtes Hauptziel der Migration von Polen, hat offensichtlich an Attraktivität verloren. Auf der Suche nach Erklärungen nennen Medien unter anderem die erfolgreiche wirtschaftliche Aufholjagd Polens und die spürbar niedrige-

ren Lebenshaltungskosten im östlichen Nachbarland. Laut der Vergleichsplattform „Auslandsguru.com“ benötigt eine vierköpfige Familie, die in Deutschland mit 4012 Euro im Monat auskommt, für den gleichen Lebensstandard in Polen lediglich 2796 Euro. Lebensmittel sind im Schnitt um rund 30 Prozent günstiger als in Deutschland; die Mietpreise in polnischen Großstädten liegen sogar um bis zu 60 Prozent unter dem deutschen Niveau. Insgesamt schätzt „Auslandsguru“, dass die Lebenshaltungskosten in Polen im Schnitt gut 28 Prozent niedriger als in Deutschland sind.

In Polen ist schon seit einiger Zeit ein Stimmungsumschwung mit Blick auf das Leben in Deutschland zu beobachten. Der Mythos vom „goldenen Westen“ schwindet, dafür berichten Polen zunehmend

über schlechte Erfahrungen in Deutschland durch Massenmigration, Kriminalität, bröckelnde Infrastruktur, hohe Mieten und Bürokratie.

Erleichtert, endlich zu gehen

Viel Aufsehen hat im vergangenen Herbst ein Interview erregt, das Jacek Dehnel, einer der bekanntesten polnischen Gegenwartsautoren, anlässlich seines Fortzugs aus Berlin gegeben hat. Der beliebte Schriftsteller begründete seine Rückkehr nach Polen gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Newsweek Polska“ mit den Lebensumständen in der deutschen Hauptstadt. Dehnel sagte, viele Ausländer seien mit großen Erwartungen auf ein freies und erschwingliches Leben nach Berlin gekommen. Stattdessen hätten sie aber viele Enttäuschungen erlebt.

Der polnische Autor nutzte das Interview auch zu einer Generalabrechnung mit der deutschen Bürokratie. Mit Blick auf sein Leben in der Millionenstadt an der Spree sagte der 45-jährige Dehnel, er stehe ständig in irgendeinem bürokratischen Streit mit den Behörden, weil Dokumente verloren gehen oder nicht richtig bearbeitet werden. Solche Schwierigkeiten seien in Berlin an der Tagesordnung und würden den Alltag unnötig verkomplizieren: „Die einzige Sache, die einwandfrei funktioniert, ist das Finanzamt, das sich immer zu melden weiß“, so Dehnel. In den sozialen Medien kommentierte Dehnel seinen Weggang aus Deutschland ziemlich süffisant und enttäuscht: „Mit großer Erleichterung denke ich daran, dieses gefallene Land zu verlassen.“ Hagen Ritter

BRANDENBURG I

Wie viel Regierungsfrust verträgt das BSW

Die Partnerschaft mit der Woidke-SPD bekommt der Wagenknecht-Truppe ganz und gar nicht

VON HERMANN MÜLLER

Die ehemalige SPD-Ikone Franz Müntefering erklärte einst mit dem Brustton der Überzeugung: „Opposition ist Mist. Lasst das die anderen machen – wir wollen regieren“, als er sich 2004 um den SPD-Vorsitz bewarb. Beim Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) hingegen sind in letzter Zeit immer öfter Zweifel zu hören, ob das Mitregieren in Thüringen und Brandenburg für die Partei überhaupt von Nutzen ist. Bereits im Juni hatte Parteigründerin Wagenknecht in einem Interview erklärt, die Regierungsbeteiligungen in den beiden Bundesländern hätten der „Gesamtpartei geschadet“.

Ähnliche Töne waren nun vor Kurzem auch auf dem Landesparteitag des BSW-Brandenburg zu hören. Auf der Versammlung in Kleinmachnow ist Friederike Benda zur neuen Landesvorsitzenden gewählt worden. In ihrer Rede ging die 38-Jährige auf die Regierungsbeteiligungen des BSW ein. Sie sagte: „Aber wir dürfen auch nicht ignorieren, dass die Regierungsbeteiligungen in Brandenburg, aber vor allem in Thüringen, viele unserer Wählerinnen und Wähler enttäuscht haben, die von uns erwarten, dass wir keine Kompromisse eingehen.“

Benda setzte auf dem Parteitag noch weitere deutliche Signale. Die Juristin sprach sich etwa gegen Russland-Sanktionen aus, „die Wohlstand und Arbeitsplätze regelrecht vernichtet“ hätten. Zudem erteilte sie der Brandmauer gegen die AfD eine Absage: „Wir sind überzeugt, die sogenannte Brandmauer und die Verbotsdebatte machen die AfD erst richtig groß. Diese Strategien sind gescheitert.“

Mit ihren Ansichten scheint Benda die Stimmung in der Partei gut getroffen zu haben. Sie wurde mit 106 von 136 Stimmen gewählt. Benda wird dem Lager der Parteigründerin Wagenknecht zugerechnet. Die Wahl einer neuen Landesvorsitzenden galt als Richtungsentscheidung. Ministerpräsident Woidke muss damit rechnen, dass unter der neuen BSW-Landeschefin der Koalitionspartner künftig auch mal etwas kräftiger gegen die SPD austeilen wird. Anders als ihr Vorgänger, Finanzminister Robert Crumbach, ist Benda keiner Kabinettsdisziplin unterworfen. Durch die Doppelrolle von Benda



Brandenburgs neue gewählte BSW-Landeschefin Friederike Benda wird von ihrem Vorgänger Robert Crumbach innig geherzt

als Landesvorsitzende und stellvertretende Bundeschefin des BSW droht der Woidke-SPD zudem, dass Potsdam zur Bühne für Themen gemacht wird, die eigentlich in den Bundestag gehören. Nachdem das BSW im Februar knapp den Einzug in den Bundestag verpasst hat, dürfte diese Versuchung groß sein.

Keine Neuausrichtung

In Thüringen war es Wagenknecht im April nicht gelungen, ihre Widersacherin Katja Wolf als Landeschefin zu entmachten und durch eine von ihr favorisierte Kandidatin zu ersetzen. Wagenknechts Versuch, das BSW in Thüringen neu auszurichten, ist damit gescheitert.

Zumindest in Wahlumfragen hat das BSW weder in Thüringen noch in Brandenburg von den Regierungsbeteiligungen profitiert. In beiden Ländern sind die Umfragewerte mittlerweile wieder nur noch einstellig.

Laut dem letzten Brandenburg-Trend, den Infratest dimap im Auftrag des Senders rbb im Juni durchgeführt hat, zeigten

sich 54 Prozent der befragten Brandenburger mit der Arbeit der rot-lila Landesregierung unzufrieden – nur 40 Prozent waren zufrieden. Für das BSW besonders alarmierend: Mit der reinen Regierungsarbeit des BSW zeigten sich nur 19 Prozent der Befragten zufrieden. Bei der „Sonntagsfrage“ kam die SPD von Ministerpräsident Woidke allerdings auch nur noch auf 23 Prozent – im Vergleich zur letzten Umfrage vom Dezember 2024 war dies ein Minus von satten fünf Prozentpunkten. Die Wagenknecht-Partei erzielte sogar nur noch neun Prozent – ein Minus von drei Prozentpunkten gegenüber der Dezemberumfrage.

Gebrochene Wahlversprechen

Trotz der schlechten Umfragewerte bewertete Crumbach den Start der Landesregierung als gut. Tatsächlich hatte bereits die Wahl von Woidke zum Ministerpräsidenten erst im zweiten Anlauf geklappt. Es folgten schwierige Haushaltsverhandlungen, in deren Verlauf sich herausstellte, dass Wahlversprechen des

BSW nicht gehalten werden können. Mehr noch: Als Finanzminister fiel Crumbach die undankbare Rolle zu, begründen zu müssen, warum etwa für bessere Bildung kein Geld da ist und stattdessen gespart werden muss.

Gestärkter Verfassungsschutz

Inzwischen ist ein weiteres Thema in Sicht, das bei den Wählern des BSW für Verstimmung sorgen könnte. Auf der Tagesordnung steht nach der Sommerpause nämlich eine Änderung des Verfassungsschutzgesetzes. Rückendeckung, um dem Verfassungsschutz mehr Befugnisse zu geben, könnte die SPD von der oppositionellen CDU erhalten.

Der Koalitionspartner BSW hatte in seinem Wahlprogramm dagegen erklärt, die Aktivitäten des Verfassungsschutzes eher einschränken zu wollen. Auf ihrem Landesparteitag hat das BSW zudem einen Leitantrag beschlossen, in dem sie den Verfassungsschutz als mögliches „Mittel gegen unliebsame Meinungen“ einschätzte.

BRANDENBURG II

Preußen-Schlösser wirken als Wirtschaftsmagnet

Jeder zweite Besucher kommt wegen der schönen Gärten und berühmten Paläste

Angesichts einer schwierigen Haushaltslage haben die Potsdamer Stadtverordneten am 2. Juli die Zuschüsse für die Pflege der historischen Parks der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) zum Jahresende gekündigt. Der Zutritt in den Park Sanssouci, den Neuen Garten und den Park Babelsberg bleibt dennoch kostenfrei. Das Land Brandenburg wird ab 2026 die Lücke von 800.000 Euro füllen, die durch die Aufkündigung der städtischen Zuschüsse entsteht.

Kulturministerin Manja Schüle (SPD) erklärte: „Das machen wir, damit wir die Gärten und Parks so an künftige Generationen weiterreichen können, wie wir sie von Lenné und Pückler übernommen haben.“ Bereits seit 2020 stellen Brandenburg, Berlin und der Bund gemeinsam jedes Jahr zusätzlich 3,5 Millionen Euro bereit, um das Pflegedefizit in den einzig-

artigen historischen Gärten und Parks der Stiftung zu beheben.

Und die finanzielle Unterstützung scheint sich gesamtwirtschaftlich zu rechnen. Wie Ina Hänsel, Präsidentin der Industrie- und Handelskammer Potsdam, erklärt, ist die SPSG mit ihren Schlössern und Parks in Berlin und Brandenburg „weit mehr als ein kulturelles Aushängeschild für unsere Region – sie ist ein zentraler Wirtschaftsfaktor“.

Bereits im Februar hatte die IHK Potsdam eine Studie vorgestellt, die in ihrem Auftrag an der Universität Potsdam erstellt worden war. Laut der Untersuchung wird pro einem Euro, den das Land Brandenburg aus dem Haushalt für die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten bereitstellt, eine Wertschöpfung von 5,54 Euro generiert. IHK-Chefin Hänsel betont: „Mit einer mehr als fünffachen

Wertschöpfung pro investiertem Landes-Euro zeigt sich, wie eng Kultur und wirtschaftlicher Erfolg in Brandenburg verknüpft sind.“

Sogar Potsdams Umland profitiert

Vom Besucherstrom, den die Preußen-Schlösser anziehen, und den damit verbundenen Einnahmen, profitieren beispielsweise Gastgewerbe und Einzelhandel: Regionale Firmen haben 2023 allein für die Bewirtschaftung und den Erhalt der Brandenburger Anlagen der Stiftung 26 Millionen Euro in Rechnung gestellt.

Touristenmagnet ist insbesondere das Lieblingsschloss Friedrichs des Großen: Schloss Sanssouci. Die weltweit bekannte Residenz hat 2023 etwa 223.000 auswärtige Gäste angezogen. Viele von ihnen haben in Potsdam übernachtet und auch weitere Angebote in der Region genutzt.

Laut der IHK-Studie „SPSG als nachhaltiger Wirtschaftsfaktor: Welchen wirtschaftlichen Beitrag leistet die Stiftung in Brandenburg und Berlin?“ profitieren sogar ländliche Gemeinden vom Schlösser-Tourismus. Selbst Schloss Paretz und Schloss Rheinsberg ziehen Besucher an und stärken damit die Wertschöpfung in kleineren Kommunen.

Zudem ist die SPSG auch als Arbeitgeber wichtig. Mehr als 500 Beschäftigte arbeiten bei der Stiftung und noch einmal so viele bei ihrer Tochtergesellschaft, der Fridericus Servicegesellschaft mbH. Zum Eigentum der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg zählen neben fast 800 Hektar historischen Garten- und Parkflächen auch 30 für den Besuch regelmäßig geöffnete Museums-schlösser und weitere 300 denkmalgeschützte Gebäude. *Hagen Ritter*

KOLUMNE

Israelfahne provoziert Palästinenser

VON THEO MAASS

Die Linke will öffentliche Zeichen der Solidarität mit Israel in Berlin untersagen. Das fordert jedenfalls deren Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Mitte: „Das Bezirksamt soll sich beim Senat dafür einsetzen, dass die israelische Nationalflagge vor öffentlichen Gebäuden wie dem Roten Rathaus abgehängt wird.“ Die irreführende Forderung wird begründet mit „Rücksicht gegenüber palästinensischen Berliner*innen, für die dies ein belastendes Symbol der aktuellen Kriegsführung darstellt“ sowie „mit Solidarität mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen“. Für Palästinenser in Berlin könne die Flagge „ein belastender Trigger sein“, heißt es im Antrag. Diese Haltung steht im Zusammenhang mit der Massenzuwanderung von palästinensischen Asylsuchern und Studenten nach Berlin. Vor allem an den Berliner Hochschulen hat sich dieser stets gewaltbereite Personenkreis eingenistet. An der Freien Universität fand jetzt eine Veranstaltung unter dem Titel „Wie wir die Intifada globalisieren“ der Studenten der Hochschulgruppe „Waffen der Kritik“ statt. Hauptredner war Mo Alattar (36). Der Palästinenser kam 2015 aus dem Gazastreifen nach Deutschland, arbeitet jetzt am Hamburger Hafen. Laut „Berliner Zeitung“ soll er eine direkte Parallele zwischen dem Nationalsozialismus und Israel gezogen haben: „Ich sage zu allen Zionisten, ob die anwesend sind oder nicht: Ihr seid ekelhaft, ihr erinnert mich nur an die Nazis vor 80 Jahren, die den Holocaust rechtfertigen mit allen Argumenten.“ Wann ist endlich Schluss mit solchen Reden? Mit solchen Veranstaltungen. Es geht nicht nur darum, solche Hassredner aus dem Land zu bekommen, sondern sie dürfen gar nicht erst reingelassen werden. Solidarität mit Israel muss in Deutschland Vorrang haben – immer! Typen wie Mo Alattar können demonstrieren, wo sie wollen, aber nicht in Berlin und nicht in Deutschland.

MELDUNG

Grabsteine mit „Z“ beschmiert

Berlin – Unbekannte haben auf dem Zentralfriedhof in Lichtenberg über 100 Grabsteine mit einem „Z“ beschmiert. Es ist ein Propaganda-Symbol, das von russischen Streitkräften verwendet wird. Es gilt als Zeichen der Unterstützung für Russlands Überfall auf die Ukraine, für seine territorialen Ansprüche und ist in Deutschland verboten. „Z“ bedeutet „Sieg“ (Za Pobedu) oder „Marschrichtung“ (Zapad). „Wer in Deutschland das ‚Z‘-Symbol verwendet, macht sich wegen Billigung eines Angriffskriegs strafbar und muss mit Strafverfolgung rechnen!“, betont das Bundesministerium des Inneren. Relevant dafür ist der Paragraph 140, Nr. 2 Strafgesetzbuch (StGB), wonach die öffentliche Billigung von Straftaten mit Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren geahndet werden kann. Bereits im März waren auf demselben Friedhof diverse Grabplatten einiger dort beerdigter Kommunisten entwendet worden. *F.B.*

● MELDUNGEN

Empörung über Ausstellung

Danzig – Eine Ausstellung im Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig hat in der polnischen Politik eine heftige Debatte ausgelöst. Thema der Fotoausstellung ist die Geschichte von Bewohnern Danzig-Westpreußens, die während des Zweiten Weltkriegs in der Wehrmacht und in der Waffen-SS gedient haben. Übersetzt trägt die Ausstellung den Titel: „Unsere Jungs. Einwohner der Danziger Region, die in der Armee des Dritten Reichs dienten“. Kurz vor Ende seiner Amtszeit kritisierte Polens Staatspräsident Andrzej Duda die Ausstellung als „moralische Provokation“. Auch Wladyslaw Kosiniak-Kamysz (Polnische Volkspartei), amtierender Verteidigungsminister, und Ex-Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak (PiS) verurteilten die Ausstellung scharf. Sie werfen den Veranstalter vor, die Grenze zwischen nationalsozialistischen Tätern und polnischen Opfern zu verwischen. Regierungssprecher Adam Szlupka bezeichnete den Titel der Ausstellung als „absolut inakzeptabel“. Er betonte jedoch, dass das Schicksal der zwangsrekrutierten Männer nicht vergessen werden dürfe. H.M.

Russen wollen ins Ausland

Moskau – Die Nachfrage nach Inlandsreisen hat sich in Russland deutlich abgekühlt. Russen wollen lieber im Ausland Urlaub machen, doch der Weg in den Westen bleibt wegen des Ukrainekriegs versperrt. Auch Reisen in den Nahen Osten müssen aus Sicherheitsgründen oft storniert werden. Laut dem Branchenverband ATOR verloren Reiseveranstalter allein wegen Stornierungen für Reisen in den Nahen Osten drei Millionen Euro. Um die Branche zu entlasten, hat die russische Regierung eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Für Auslandsreisen senkte sie den Beitrag der Veranstalter für den Haftungsfonds von einen auf 0,75 Prozent. Um den Inlandstourismus zu stärken, stellte sie rund 165 Millionen Euro für 55 Regionen zum Bau von Hotels in Fertigbauweise zur Verfügung – auch in Sibirien und der Arktis. MRK

Athener Betrug mit Weideland

Athen – Die Europäische Staatsanwaltschaft und griechische Ermittler haben zahlreiche Betrugsfälle im Zusammenhang mit EU-Subventionen aufgedeckt. Nach offiziellen Angaben hat die griechische Landwirtschaftsbehörde OPEKEPE EU-Gelder in Millionenhöhe, unter anderem für nicht existierendes Weideland, ausgezahlt. Schätzungen zufolge wurden seit Mitte 2017 insgesamt 170 Millionen Euro an EU-Agrargeldern zu Unrecht ausgezahlt. In anderen Fällen soll OPEKEPE genehmigte Gelder – 87 Millionen Euro – nicht an Landwirte weitergeleitet haben. Die griechische Regierung hat die Behörde OPEKEPE nun aufgelöst und deren Aufgaben an die Steuerbehörde AADE übertragen. Auslöser waren Vorwürfe, dass Mitarbeiter von OPEKEPE die Zusammenarbeit mit der Europäischen Staatsanwaltschaft verweigerten und sich zum Teil sogar feindselig verhielten. H.M.

DEUTSCHLAND IN DER ZWICKMÜHLE

Europas Atomwaffen sind wirkungslos

Ob Frankreichs oder Großbritanniens Kernwaffenarsenale: Beide sind kein Schutz gegen Russland

VON WOLFGANG KAUFMANN

Anfang der 1960er Jahre bot der französische Staatspräsident Charles de Gaulle dem deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer an, den nuklearen Schutzschirm der Grande Nation auch über der Bundesrepublik auszubringen. Diese Initiative fiel allerdings beim „neuen deutschen Freund“ genauso wenig auf fruchtbaren Boden wie eine gleichlautende Offerte von Nicolas Sarkozy gegenüber Angela Merkel im Jahre 2007.

Die Ablehnungen resultierten stets aus der Gewissheit, dass die Sicherheit Deutschlands bereits durch die nukleare Supermacht USA garantiert wurde. Doch dann kam in Washington Donald Trump an die Macht, was in Europa Ängste vor einer Kehrtwende Amerikas beim Schutz der Verbündeten durch atomare Abschreckung auslöste. Vor diesem Hintergrund hielt der Präsident Frankreichs, Emmanuel Macron, im Februar 2020 eine Grundsatzausrede in der École de guerre in Paris, der wichtigsten Kadernschule des französischen Militärs. Darin regte er einen „strategischen Dialog“ über die künftige Rolle der eigenen Atomstreitmacht bei der Gewährleistung der kollektiven Si-

cherheit aller Staaten der Europäischen Union an.

Seit Trump ist US-Schutzschirm für Deutschland nicht sicher genug

Damals verhallte Macrons Ruf noch. Doch im März dieses Jahres stieß sein abermaliges Angebot, Europa unter den Schutz der Force de dissuasion nucléaire française zu stellen, um den möglichen Wegfall des US-Schirmes zu kompensieren, angesichts der Wiederwahl von Donald Trump und der unerwartet eher europakritischen Rhetorik Washingtons nicht mehr auf taube Ohren. Besonders aufgeschlossen reagierten dabei der polnische Präsident Andrzej Duda und der präsumtive deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz.

Der deutsche Regierungschef war der Ansicht, weil die Bundesrepublik aufgrund der Restriktionen des Zwei-plus-Vier-Vertrages und des Atomwaffensperrvertrages keine eigenen Kernwaffen besitzen dürfe, sei eine „Teilhabe“ an der französischen wie im Übrigen auch der britischen Atomstreitmacht „durchaus ein Thema, über das wir reden müssen“.

Dabei hatte Macron sehr deutlich signalisiert, welchen maßgeblichen Einschränkungen diese „Teilhabe“ unterliegen würde. Zum einen sei Frankreich im

Gegensatz zu den USA nicht bereit, seine Nuklearwaffen außerhalb des eigenen Territoriums zu stationieren; Ausnahmen könne man nur machen, wenn die Lagerorte der Sprengköpfe vom französischen Militär bewacht würden. Zum anderen müsse – „was auch immer geschieht“ – die absolute Entscheidungshoheit über den Einsatz der Waffen in den Händen des französischen Präsidenten liegen.

Damit läuft Macrons Angebot praktisch darauf hinaus, dass die Staaten, welche sich unter den französischen Schutzschirm begeben wollen, für den Erhalt beziehungsweise Ausbau der Nuklearstreitkräfte Frankreichs zahlen sollen, ohne im Gegenzug Mitsprache- oder gar Verfügungsrechte zu erhalten. Da fraglich ist, ob es überhaupt soweit kommt, sucht Paris nun den Schulterschluss mit London. Während des Staatsbesuches von Macron in Großbritannien bei Premierminister Keir Starmer Anfang Juli vereinbarten beide Länder „eine gemeinsame nukleare Abschreckung“.

Russlands Waffenarsenal ist beinahe zehn Mal so groß

Diese dürfte indes kaum ausreichen, um dem potentiellen Hauptgegner Russland Paroli zu bieten. Immerhin verfügt Mos-

kau über 5459 Kernsprengköpfe und mehr als 600 leistungsstarke Trägersysteme in Form von land- oder seegestützten Interkontinentalraketen und Langstreckenbombern. Ein wirksames Gegengewicht hierzu bietet nur die nukleare Triade der USA mit fast 900 Trägersystemen für 5177 Sprengköpfe. Dazu gehören zahlreiche Flugzeuge für den Abwurf von Atombomben, 14 strategische Raketen-U-Boote und rund 400 in unterirdischen Silos an Land stationierte Interkontinentalraketen. Im Vergleich hierzu mutet das atomare Potential Frankreichs und Großbritanniens ziemlich bescheiden an.

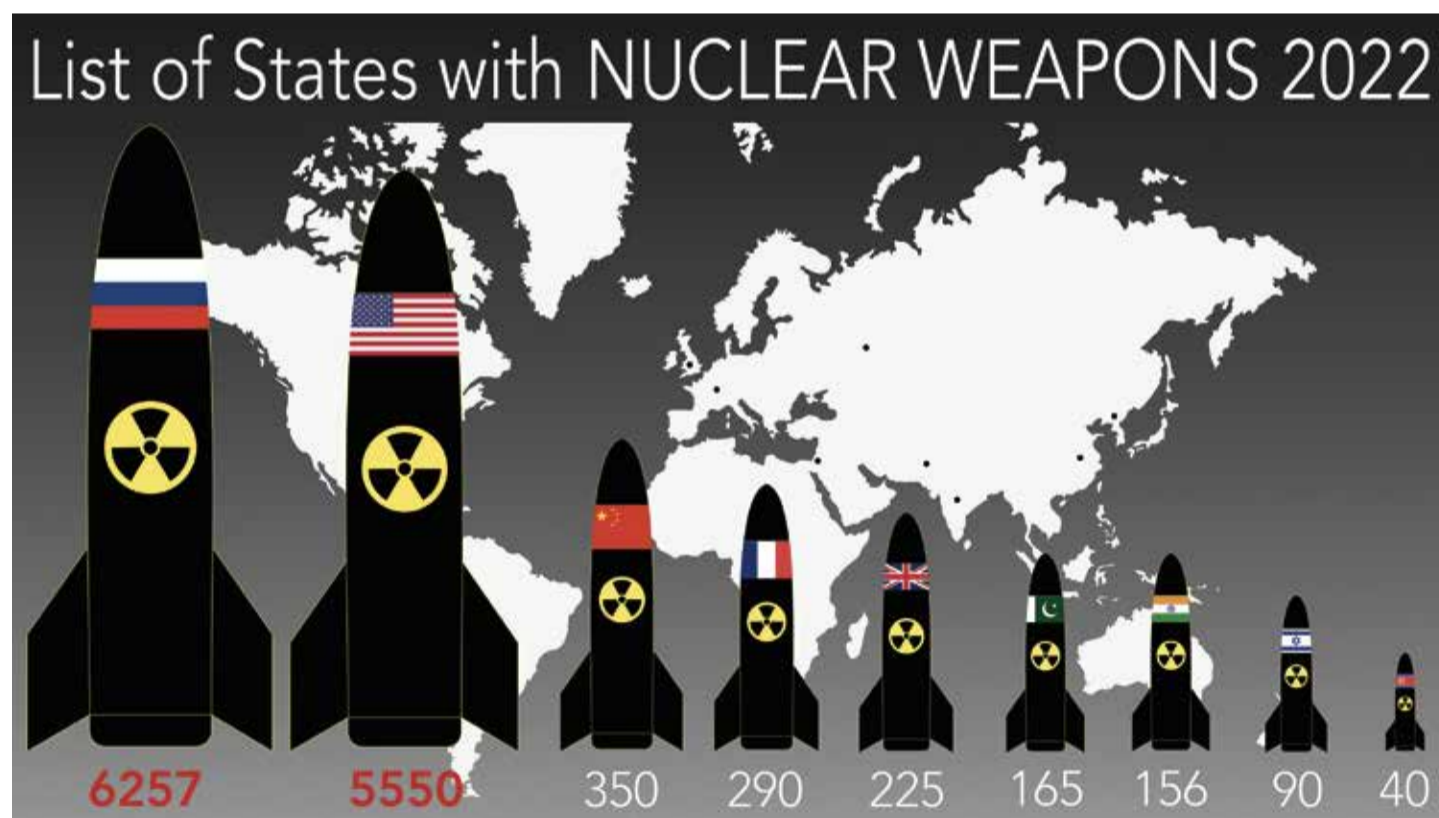
Selbst beide EU-Atomkräfte zusammen sind keine Alternative

Paris besitzt lediglich 290 Sprengköpfe, welche durch Rafale-Jagdbomber oder Raketen vom Typ M 51 ins Ziel getragen werden können. Letztere befinden sich an Bord der vier Atom-U-Boote „Le Triomphant“, „Le Téméraire“, „Le Vigilant“ und „Le Terrible“, von denen aber immer nur eines auf See patrouilliert und bis zu 16 M 51 mitführt. Die 18 landgestützten Mittelstreckenraketen SSBS 3 existieren hingegen nicht mehr, denn sie wurden bereits 1996 verschrottet.

Ähnlich sieht es in Großbritannien aus, wo die UK Nuclear Deterrent Forces aus einigen wenigen kernwaffentauglichen F-35-Mehrzweckkampfflugzeugen und den vier strategischen Atom-U-Booten „Vanguard“, „Victorious“, „Vigilance“ und „Vengeance“ bestehen. Diese sind derzeit mit jeweils acht US-amerikanischen Trident-II-D5-Raketen bestückt. Insgesamt wird die Zahl der britischen Nuklearsprengköpfe auf 225 geschätzt.

Allerdings fehlen der Atomstreitmacht Londons genauso wie der französischen Force de dissuasion nucléaire taktische Kernwaffen mit relativ geringer Sprengkraft. Solche sind nötig, um im Falle einer existentiellen Bedrohung letzte „Warnschüsse“ abzugeben.

Somit bliebe dann nur der Griff zu den strategischen Sprengköpfen, welcher sofort eine Spirale der gegenseitigen Vernichtung in Gang setzen würde, oder der Verzicht auf den Einsatz der Atomwaffen, die eigentlich als „Schutzschirm“ fungieren sollten. Auch deshalb bleibt die nukleare Abschreckung durch die USA deutlich glaubwürdiger.



WER ZÄHMT DAS MONSTER?

Im Rausch der Künstlichen Intelligenz

In den USA hat ein Wettlauf um das führende KI-Modell begonnen – nur Regeln gibt es keine

US-Milliardär und Facebook-Gründer Mark Zuckerberg will mit seinem Dackerkonzern Meta Milliarden an US-Dollar in den Bau neuer Rechenzentren investieren. Der Grund: Es geht um die technischen Grundlagen für den Ausbau Künstlicher Intelligenz in völlig neuem Umfang, dem Geschäftsmodell der Tech-Konzerne für die nächsten Jahre. Ziel ist vor allem die Werbung. Das erste Multi-Gigawatt-Rechenzentrum namens „Prometheus“ kündigte der Unternehmer für 2026 an. Und ein weiteres mit dem Namen „Hyperion“ sei ebenfalls in Planung.

Zu diesen Titan-Clustern gehören Rechenzentren so groß wie das Herz von Manhattan in New York, die sich binnen weniger Jahre zu einem Energieverbrauch von über fünf Gigawatt ausweiten ließen, so Zuckerberg. Das entspricht dem geschätzten Jahresverbrauch von vier Mil-

lionen US-Haushalten. Das erste Labor für KI über einem Gigawatt Leistung ist damit Nahziel des Tech-Konzerns. Der Ausbau kostet Meta extrem viel Geld. Die nötigen Investitionen will Zuckerberg auf 64 bis 72 Milliarden US-Dollar dieses Jahr steigern. Die Werbung finanziert größtenteils diesen Ausbau der KI.

Die Ethik im Bereich der KI wird künftig wohl keine Rolle spielen

Es ist zugleich ein Wettlauf um das führende KI-Modell, zwischen Meta und dessen stärksten Konkurrenten OpenAI und Google. Die Frage der Marktmacht im Segment der generativen KI steht im Raum, wer beherrscht das Geschäft um die Gunst der Verbraucher. Noch ist die Erstellung ganzer Werbekampagnen mit KI-Werkzeugen Neuland. Doch schon bald kann, ausgehend von genug Daten,

bei genug Verarbeitungsleistung alles vom Design über die Texte bis hin zu fotorealistischen Bildern und Videos vollständig aus den Riesenrechnern stammen. Meta will seine Marktpotenziale dabei über die Meta-KI-App und eigene Werbeanwendungen sichern. Konsequenterweise bündelte Meta im Juni seine KI-Aktivitäten in der neuen Abteilung „Superintelligence Labs“. Damit stehen wohl in Zukunft nicht mehr offene, sondern geschlossene KI-Modelle im Fokus. Der Einblick in die Programmierung und damit in Arbeitsweise und Ethik der KI ist Außenstehenden somit künftig verwehrt.

Bereits seit Monaten geht Zuckerberg auf Einkaufstour unter den Spitzenkräften der KI-Branche und wirbt Experten für seine Vision an. Aber auch Elon Musks KI-Firma xAI will viele Milliarden US-Dollar für gigantische Rechenzentren be-

reitstellen. Bei xAI wird der KI-Chatbot Grok entwickelt, der zuletzt für Ärger mit seinen Antworten sorgte, weil er jüdische Vornamen mit linkem Aktivismus verknüpfte – die inzwischen gelöschten Inhalte seien antisemitisch, so Kritiker. Die Zeit drängt die Tech-Giganten, denn Kundenansprache allein durch KI ist keine Zukunftsmusik mehr. Bereits heute nutzen Hersteller oder Organisationen KI in ihrer Werbung, beispielsweise um Kunden individuell gestaltete Sportschuhe herzustellen zu lassen.

Wenn es allerdings ernst wird und welchen Regeln die neue, KI-generierte Welt unterliegt, ist in den USA bisher noch völlig offen, denn es gibt kein umfassendes Bundesgesetz zur KI. Kritiker befürchten jetzt schon das Schlimmste, wenn KI nicht gesetzlich gebändigt und in einem Codex gezähmt wird. SV

VON PETER ENTINGER

Die Pflegeversicherung steht vor einer Zerreißprobe. Während die Zahl der Pflegebedürftigen in den vergangenen Jahren nicht nur aufgrund der Demographie rasant steigen wird, wächst die Sorge, dass das derzeitige Finanzierungssystem den Anforderungen einer alternden Gesellschaft nicht mehr gewachsen ist. Mit dem „Zukunftspakt Pflege“ wollen Bund und Länder nun einen neuen Anlauf für eine Reform nehmen. Doch schon jetzt gibt es harsche Kritik am Verfahren, an der Zusammensetzung der Arbeitsgruppe und an der Finanzierungslast, die sich immer weiter zulasten der Beitragszahler verschiebt.

Offiziell lautet das Ziel, bis Ende 2025 konkrete Reformvorschläge zu erarbeiten, die dann in ein Gesetzgebungsverfahren münden sollen. Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU) zeigte sich beim Start der Bund-Länder-Kommission entschlossen: „Wir brauchen kein Reförmchen, wir brauchen eine grundlegende Reform.“ Worte, die Hoffnung wecken sollen – doch viele Experten haben Zweifel, ob dem auch Taten folgen. In der Arbeitsgruppe sitzen Vertreter des Bundes, wie Familienministerin Karin Prien (CDU), des Gesundheitsministeriums und des Finanzressorts, dazu die pflegepolitischen Akteure der Länder sowie Vertreter der Kommunen. Die Pflegekassen aber wurden nicht mit hinzugezogen.

Dabei drängt die Zeit. Aktuell erhalten laut Statistischem Bundesamt rund 5,6 Millionen Menschen in Deutschland Leistungen aus der Pflegeversicherung – 2019 waren es noch vier Millionen. Ursache ist nicht allein der demographische Wandel, sondern auch eine Reform aus dem Jahr 2017, die den Zugang zu Pflegeleistungen erleichtert hat. Bis 2055, so die amtlichen Prognosen, könnten es 7,6 Millionen Pflegebedürftige werden. Damit steigen auch die Kosten. Im Jahr 2024 lagen die Ausgaben der Pflegeversicherung bei 63,2 Milliarden Euro – fast drei Mal so viel wie zehn Jahre zuvor.

Vor allem stationäre Pflege wird immer teurer. Zwar übernehmen die Kassen Teile der Pflegekosten, doch Unterkunft, Verpflegung und Investitionsumlagen müssen privat getragen werden. Anfang 2025 belief sich der monatliche Eigenanteil für einen Heimplatz laut Daten der Pflegekassen im Durchschnitt auf knapp 3000 Euro. Das belastet Angehörige, Sozialkassen und vor allem jene, die mit schmalen Renten auskommen müssen.

Dazu kommt ein strukturelles Finanzierungsproblem. Anders als in der Krankenversicherung handelt es sich bei der Pflegeversicherung nicht um eine Voll-



Aktuell erhalten 5,6 Millionen Menschen Leistungen aus der gesetzlichen Pflegeversicherung – 1,6 Millionen mehr als noch 2019

DEMOGRAPHIE

Bei der Pflege braucht es eine Reform statt Reförmchen

Immer mehr Pflegebedürftige treffen auf immer leerere Kassen bei der gesetzlichen Pflegeversicherung – ein „Pakt der Zukunft“ soll nun helfen

sondern um eine Teilkaskoversicherung. Sie deckt nur einen Bruchteil der tatsächlichen Kosten. Die Lücke wächst – und wird bislang durch immer neue Beitragserhöhungen gestopft. Dennoch rechnet das Gesundheitsministerium für 2025 mit einem Defizit von 166 Millionen Euro. Um die Lage kurzfristig zu stabilisieren, will Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) den Pflegekassen 500 Millionen Euro als Darlehen zur Verfügung stellen, 2026 sollen weitere 1,5 Milliarden folgen.

Nicht weiter auf Pump leben

Kritiker halten das für ein hilfloses Manöver. Eugen Brysch, Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, nennt den Auftakt zur Pflegereform „enttäuschend“. Die Arbeitsgruppe verliere sich im „Klein-Klein“ zahlreicher Untergrup-

pen und vermeide eine klare Positionierung zur Finanzierungsfrage. DAK-Chef Andreas Storm bemängelt die fehlende Einbindung der Pflegekassen: „Eine Bund-Länder-Kommission ohne Beteiligung der zentralen Akteure in der Pflege wird kaum nachhaltige Ergebnisse erzielen.“ Nötig sei die Rückzahlung der in der Corona-Krise ausgelegten 5,2 Milliarden Euro sowie eine Reform mit echten Strukturveränderungen. Florian Reuther, Direktor des Verbands der Privaten Krankenversicherung, fordert daher ein Ende der Leistungsversprechen auf Pump: „Ein weiterer Ausbau des Umlagesystems ist nicht finanzierbar.“

Ein weiterer Aspekt ist die häusliche Pflege. Sie macht laut Bundesfamilienministerium rund 86 Prozent aller Pflegeleistungen aus – meist gestemmt von An-

gehörigen. Diese „stillen Helden“, wie Ministerin Prien sie nennt, sollen künftig besser unterstützt werden. Geplant ist eine Zusammenlegung des Pflegezeitgesetzes mit dem Familienpflegezeitgesetz sowie die Einführung eines Lohnersatzes für pflegende Angehörige. Fraglich bleibt, ob sich die „Große Lösung“ mit der realen Haushaltslage vereinbaren lässt.

Der Bundesrechnungshof hat darauf hingewiesen, dass die Zuschläge für stationäre Pflegebedürftige, die Entlastung bringen sollten, 2025 auf 7,3 Milliarden Euro ansteigen. Gleichzeitig wurde aber der Bundeszuschuss für das Pflegegeld, das Menschen mit Pflegebedarf zuhause erhalten, gestrichen. Es bleibt also zu befürchten, dass der Pakt wohl nicht mehr sein wird als ein weiteres Arbeitsgremium ohne Durchschlagskraft.

DEUTSCHE LUFTFAHRT

Fliegen in Deutschland – ein immer teurerer Spaß

Zu hohe Gebühren, zu hohe Steuern und ein zu geringes Angebot führen zu enormen Preisen

Wer aktuell von deutschen Flughäfen aus abheben will, muss tief in die Tasche greifen. Das betrifft nicht nur traditionelle Fluggesellschaften, sondern auch die Billigflieger. Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielschichtig und reichen von staatlichen Gebühren bis hin zu einem weiterhin angespannten Flugangebot.

Nach Analyse des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) haben die Ticketpreise für Direktflüge ab deutschen Flughäfen erheblich angezogen. Ein Hinflug-Ticket ohne Gepäck kostet bei den führenden Anbietern mittlerweile im Durchschnitt zwischen 67 Euro bei Wizz Air und 130 Euro bei Eurowings – ein deutlicher Anstieg zum Vorjahr. Besonders ins Auge fällt, dass die als Billigflieger bekannten Ryanair und EasyJet mittlerweile teurer geworden sind. Ryan-

air verlangte 2024 für einen einfachen Flug im Schnitt rund 80 Euro – ein Anstieg von etwa 14 Euro im Vergleich zum Vorjahr. Auch EasyJet verzeichnete einen Anstieg von 84 auf 86 Euro.

Eurowings bleibt mit 130 Euro der teuerste Anbieter unter den vier großen Fluggesellschaften, die in der DLR-Studie untersucht wurden. Ein zentraler Faktor sind die nach wie vor hohen staatlichen Steuern und Gebühren in Deutschland, die zu den höchsten in Europa gehören. Eine Analyse des ADAC zeigte, dass die staatlichen Abgaben in Frankfurt am Main, München und Düsseldorf in manchen Fällen über denen von London-Heathrow und anderen europäischen Drehkreuzen liegen. In Frankfurt etwa müssen Passagiere mit rund 58,60 Euro an Abgaben rechnen, was in der europä-

ischen Vergleichsstudie nur von Amsterdam übertroffen wird.

Doch auch die allgemeine Marktentwicklung spielt eine Rolle. Der Luftverkehr in Deutschland hat sich bis heute nicht vollständig von der Pandemie erholt. Ein Blick auf die Flugpläne zeigt: Im Vergleich zu 2019 liegt das Sitzplatzangebot in Deutschland bei nur 93 Prozent des damaligen Niveaus. In anderen europäischen Ländern liegt das Angebot aber mittlerweile deutlich über den Werten von 2019. Besonders auffällig ist die Entwicklung bei den Billigfliegern, die in vielen deutschen Städten das Angebot zurückgefahren haben. Ryanair etwa hat das Flugangebot an Flughäfen wie Hamburg und Berlin-Brandenburg reduziert, weil die Fluggesellschaft im Rest Europas bessere Renditen erzielt und die Flughäfen-

gebühren inklusive Steuern zu teuer sind. Laut Ryanair-Chef Eddie Wilson können sie es sich nicht leisten, Flugzeuge in Deutschland zu stationieren, wenn sie im restlichen Europa profitabler fliegen.

Im Winter 2025 wird Ryanair seine in Deutschland stationierte Flotte möglicherweise um 60 Flugzeuge aufstocken – allerdings nur, wenn die Rahmenbedingungen besser werden. Ryanair versucht in diesem Kontext auch, auf die deutsche Politik Einfluss zu nehmen.

Der deutsche Markt hinkt im internationalen Vergleich hinterher, was den Wettbewerb in der Luftfahrtbranche betrifft. Um dem entgegenzuwirken, fordert der Branchenverband BDL eine Rücknahme der Luftverkehrsteuer und Entlastung der Fluggesellschaften bei den Sicherheitskosten. P.E.

MELDUNGEN

Banken haben faule Kredite

Berlin – Die Banken in der Bundesrepublik Deutschland haben im europäischen Vergleich mit dem höchsten Anstieg „notleidender oder fauler Kredite“ zu kämpfen, bei denen die Chancen gering sind, dass der Kreditnehmer das Geld vollständig zurückzahlt. So das Analyseergebnis des unabhängigen Management- und Technologieberatungunternehmens Bearing Point unter Einbezug von 163 Geldhäusern in der EU. Im Schnitt lag der Zuwachs der ausfallgefährdeten Kredite im Jahre 2024 bei 1,1 Prozent. Dahingegen weisen die Bilanzen der deutschen Geldinstitute 24,9 Prozent mehr faule Kredite auf. Die Hauptursache für den sprunghaften Anstieg hierzulande sieht Bearing Point in der immer größeren Zahl der Unternehmensinsolvenzen, gefolgt von massiven Problemen auf dem gewerblichen Immobiliensektor. Durch die Nichtrückzahlung der Kredite drohen nun auch den Banken Verluste. W.K.

Lebensmittel jetzt von Temu

Shanghai – Der chinesische Online-Marktplatz Temu will stärker ins Geschäft mit Lebensmitteln im Internet einsteigen. Wie das Fachmagazin „Lebensmittelzeitung“ berichtet, wirbt der Onlinehändler aktuell gezielt um kleinere Unternehmen und Lieferanten in Europa, um sein Angebot auszubauen. Lebensmittel aus Deutschland oder Europa sollen von Temu mit dem Wort „lokal“ vermarktet werden. Verbraucherschützer kritisieren, dass über Temu häufig Produkte angeboten werden, die nicht den Sicherheitsstandards entsprechen oder schlecht verarbeitet sind. Onlinehändler wie Temu und Shein haben mit ihren Billigangeboten für eine hohe Zahl von Paketsendungen aus China in die EU gesorgt. Laut EU-Kommission wurden im Jahr 2024 täglich zwölf Millionen Pakete mit Billigeinfuhren in die EU geliefert. Als Reaktion auf die Paketflut und zunehmende Verbraucherschwerden hat die EU-Kommission Untersuchungen gegen Shein und Temu eingeleitet. H.M.

Polit-Spielchen um Konsulate

Königsberg – Polens Generalkonsulat in Königsberg muss seine Dienste einstellen. Begründet wird die Entscheidung als Antwort auf „unbegründete und feindliche Handlungen“ der polnischen Seite. Warschau hatte entschieden, das russische Generalkonsulat in Krakau zum 30. Juni zu schließen. Polen wirft Russland die Beteiligung russischer Geheimdienste an einem Großbrand im Mai in einem Einkaufszentrum in Warschau vor, bei dem 1400 Geschäfte und Einrichtungen zerstört worden waren. Da das Feuer an mehreren Stellen ausgebrochen war, wird von einem Sabotageakt ausgegangen. Moskau weist dies als erfundenen Vorwand zurück. Im Jahr 2024 musste bereits das russische Generalkonsulat in Posen schließen, im Gegenzug ließ Moskau die polnische Vertretung in St. Petersburg schließen. Die russische Niederlassung in Krakau hatte seit 80 Jahren ihre diplomatischen Dienste verrichtet. MRK

KOMMENTAR

Frankreich pokert mit 80 Prozent zu hoch

HAGEN RITTER

Das trinationale Projekt des Luftkampfsystems FCAS steht unter keinem guten Stern. Frankreich, Spanien und Deutschland haben sich darauf verständigt, jeweils zu einem Drittel bis 2040 ein vollständig integriertes Luftkampfsystem der sechsten Generation zu entwickeln. Mit dem „Future Combat Air System“ soll ein weltweit führendes Luftverteidigungssystem entstehen, bei dem bemannte Flugzeuge und Drohnen zusammenwirken.

Frankreichs Flugzeugbauer Dassault soll dazu einen hochmodernen Kampffluger, einen „Next Generation Fighter“, entwickeln. Auf deutscher Seite ist Airbus Defence & Space für die Entwicklung moderner Begleitdrohnen zuständig. Spaniens Rüstungskonzern Indra übernimmt Aufgaben wie die Entwicklung innovativer Abwehr- und Angriffssysteme sowie die Vernetzung des Kampfsystems. So hieß es ursprünglich.

Inzwischen beansprucht Dassault aber die Führungsrolle und will Airbus und Indra ins zweite Glied drängen. Dassault-Chef Eric Trappier sagte im Juni auf der Paris Air Show: „Ich bin der Ansicht, dass wir die Projektleitung innehaben sollten.“ Unter Verweis auf technologische Überlegenheit und die Notwendigkeit von Fortschritten im Projekt fordert Dassault zudem einen Arbeitsanteil von 80 Prozent beim Bau des Next Generation Fighter. Als Alternative stellte er sogar den Ausstieg Dassaults aus dem Programm in Aussicht.

Für zusätzliche Irritation sorgte im Juli ein Bericht der Fachzeitschrift „Hartpunkt“, dem zufolge sich die französische Regierung mittlerweile hinter die Forderungen von Dassault gestellt haben soll.

Sollte sich Deutschland auf die Forderungen von Dassault einlassen, würde dies aus Sicht von Branchenkennern langfristig das Aus für den deutschen Kampfflugzeugbau bedeuten. Wesentliche Komponenten lägen dann allein in französischer Hand – finanziert größtenteils mit deutschen Steuergeldern. Einige Kritiker warnen bereits: Paris gehe es darum, „ein französisches Projekt auf deutsche Kosten“ zu realisieren. Beim FCAS geht es tatsächlich um sehr viel

Geld – allein die Entwicklungskosten des Gesamtsystems werden derzeit auf 80 bis 100 Milliarden Euro geschätzt.

Bundesaußenminister Johann Wadepuhl (CDU) betonte, dass Deutschland am deutsch-französisch-spanischen Projekt festhalten will: „Natürlich arbeiten wir auch weiter am FCAS-Projekt, das ist doch gar kein Zweifel“, sagte er nach dem Besuch bei seinem französischen Kollegen Jean-Paul Barrot in Paris. Mit Blick auf die Forderungen von Dassault stellte der Außenminister klar, wer letztlich das Sagen hat: die beteiligten Regierungen – insbesondere die Verteidigungsminister.

Zur Untermauerung seines Führungsanspruchs hat Trappier mehrfach betont, sein Unternehmen könne auch ohne die Unterstützung Dritter ein neues Kampfflugzeug bauen. Tatsächlich hat Frankreichs Verteidigungsministerium bereits bei Dassault die Entwicklung einer neuen Generation des Rafale-Kampfflugers samt einer Begleitdrohne in Auftrag gegeben.

Deutschland hat Alternativen

Den Verantwortlichen bei Dassault und in Frankreichs Regierung sollte bewusst sein, dass es auch für die deutsche Seite Alternativen gibt. Deutschland verfügt als drittgrößte Volkswirtschaft über hervorragende Forscher und Entwicklungsingenieure. Zudem nimmt Berlin in den kommenden Jahren viel Geld für die Verteidigung in die Hand.

Im Eurofighter-Programm arbeitet Airbus bereits seit Jahrzehnten eng mit Leonardo (Italien) und BAE Systems (Großbritannien) zusammen. Beide Beteiligten sind inzwischen auch im internationalen Programm zur Entwicklung eines neuen Kampfflugzeugs der sechsten Generation aktiv, das Großbritannien, Italien und Japan gemeinsam vortreiben. Ziel ist ein Nachfolger für den Eurofighter oder den Mitsubishi F-2. Airbus-Chef Guillaume Faury hat sich inzwischen offen für eine Zusammenarbeit beider Projekte ausgesprochen. Auch eine engere Kooperation der deutschen Industrie mit schwedischen Rüstungsunternehmen wäre eine denkbare Perspektive – falls Frankreich und Dassault weiterhin auf ihren Maximalforderungen beharren.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetafeln der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



DEBATTE

Freiheit verteidigt sich nicht von selbst

Warum Journalisten, Juristen, Künstler, Politiker und besorgte Bürger mit „Free Speech Aid“ eine NGO für das offene Wort gegründet haben

JAKOB SCHIRRMACHER

Es ist ein paradoxes Schauspiel, das sich in Europa gerade abspielt: Während autoritäre Staaten für ihre Zensur kritisiert werden, bauen westliche Demokratien still und effizient ihre eigenen Überwachungssysteme zur Kontrolle des Sagbaren aus. Nicht mit Verbotsschildern, sondern mit Verhaltensökonomie, Löschinfrastrukturen und der neuen Ethik des Verdachts. Inmitten dieser Umdeutung des Liberalismus haben wir eine NGO gegründet: Free Speech Aid. Sie soll sein, was zunehmend fehlt – ein Korrektiv.

Wir leben in einer Zeit, in der Plattformregeln über Grundrechte stellen, in der Inhalte nicht mehr durch Gegenargumente bekämpft, sondern durch Meldebuttons gelöscht werden. Die Verteidiger dieser neuen Ordnung verweisen auf Desinformation, Hassrede oder den Schutz der Demokratie. Doch was sie übersehen: Eine Demokratie, die sich durch die Einschränkung von Rede stabilisieren will, hat ihren Grundsatz verfehlt. Die liberale Ordnung war einst stolz auf ihre Widersprüche. Heute wird Abweichung pathologisiert. Wer eine falsche Frage stellt, steht unter Generalverdacht. Wer ein falsches Meme teilt, kann Besuch vom Staat bekommen.

Kein hypothetisches Szenario, sondern dokumentierte Realität: Menschen, die wegen satirischer Bildbeiträge mit Hausdurchsuchungen konfrontiert wurden, deren Smartphones beschlagnahmt, deren digitale Identität durchleuchtet, deren privateste Daten erfasst wurden. Nicht im Rahmen einer Terrorabwehr, sondern wegen Symbolbildern und ironischen Kommentaren. Das Verhältnis von Maßnahme und Inhalt ist grotesk verschoben. Die neue Realität lautet: Wer den Diskurs stört, wird reguliert – nicht debattiert.

Ein Schutzraum für gefährdete Grundrechte

Free Speech Aid ist unsere Antwort auf diese tektonische Verschiebung. Wir sind keine Lobbyorganisation, keine Plattform für Provokation. Wir sind ein Schutzraum für das gefährdete Grundrecht auf Rede. Und genau deshalb nehmen wir kein Geld

vom Staat. Denn wie glaubwürdig kann eine NGO sein, die von jenen finanziert wird, die sie beobachten, kontrollieren oder mitverantwortlich machen will?

„Nicht, weil wir Recht haben. Sondern weil wir glauben, dass jeder das Recht haben muss, ungehindert Unrecht zu haben“

Unsere Unabhängigkeit ist kein Marketingversprechen, sondern die notwendige Grundlage unserer Arbeit. Nur wer frei von institutionellen Loyalitäten agieren kann, kann eine wirkliche Kontrollinstanz für staatliche und private Eingriffe sein. Wir glauben nicht, dass der Staat per se zensiert – aber wir sehen, dass er neue Formen diskursiver Kontrolle institutionalisiert. Ob durch den Digital Services Act, durch das Netzwerkdurchsetzungsgesetz oder durch den Aufbau von „vertrauenswürdigen Faktenpartnern“, die faktisch definieren, was öffentlich sagbar bleibt.

Wir sind Journalisten, Juristen, Künstler, Politiker, ehemalige Idealisten, kritische Geister. Menschen, die nicht bereit sind, das leise Sterben der offenen Debatte zu ignorieren. Viele von uns haben miterlebt, wie kritische Stimmen aus Diskursen gedrängt wurden, nicht weil sie Unrecht hatten – sondern weil sie nicht mehr in die Logik des Sagbaren passten. Einige von uns haben selbst erlebt, wie plötzlich E-Mails verschwinden, Konten eingeschränkt, Veranstaltungen abgesagt, Anwaltsrechnungen explodieren – wegen eines Textes, einer Aussage, eines Verdachts.

Free Speech Aid ist mehr als eine NGO. Es ist ein Versuch, das öffentliche Gespräch wieder auf die Beine zu stellen. Wir dokumentieren Fälle von Zensur und Diskursausschluss, analysieren Gesetzesinitiativen, bieten erste Hilfe für Betroffene,

vernetzen, beraten, machen sichtbar, was viele lieber verdrängen. Wir arbeiten journalistisch, juristisch, analytisch – nicht ideologisch.

Was wir erleben, ist kein neuer Totalitarismus. Es ist subtiler. Eine schlechende Anpassung der Gesellschaft an die Angst vor dem Falschen. Eine Neigung zur moralischen Homogenität. Und ein diskursives Klima, in dem sich selbst liberale Geister fragen: Darf ich das noch sagen?

Diese Frage ist der eigentliche Skandal. Denn eine Gesellschaft, in der man sich das fragt, ist bereits auf dem Rückzug – vor sich selbst.

Für das Recht, Unrecht zu haben

Deshalb braucht es Organisationen wie Free Speech Aid. Nicht, weil wir Recht haben. Sondern weil wir glauben, dass jeder das Recht haben muss, ungehindert Unrecht zu haben – solange es im Rahmen von Recht und Gesetz geschieht.

Die Geschichte zeigt: Redefreiheit wurde nie freiwillig gewährt. Sie musste errungen werden – von Dissidenten, Verlegern, Philosophen, Whistleblowern, Aufklärern. Von Menschen, die inhaftiert, verbannt oder gelöscht wurden – nicht wegen Gewalt, sondern wegen Gedanken. Es waren Menschen wie Ai Weiwei, Nawalny, Snowden, Assange, Böhme, Biermann. Sie alle eint die Erfahrung, dass der Preis für das gesprochene Wort hoch sein kann – aber das Schweigen teurer ist.

Die Meinungsfreiheit ist kein Geschenk des Staates. Sie ist ein Versprechen an die Zukunft. Und sie ist nicht in Gefahr, weil Diktatoren sie abschaffen – sondern weil Demokratien beginnen, sie zu relativieren. Free Speech Aid wurde gegründet, weil wir glauben, dass dieses Versprechen nicht verhandelbar ist.

● **Jakob Schirmacher** ist Journalist, Autor sowie Dozent für Medienbildung, Digitalisierung und Sozialstrukturwandel. Im Frühjahr 2025 erschien sein Buch „Desinformiere Dich! Eine Streitschrift“. Free Speech Aid wurde gegründet von Joana Cotar, Tom Bohn, Marcus Pretzell, Prof. Dr. Josef Franz Lindner, Rainer Meyer, Oliver Gorus und anderen.

www.freespeechaid.de

Die Pinscher des Kanzlers

Wie hielten es die deutschen Regierungschefs mit der Kultur? – Über Banausen und Heilige von Konrad Adenauer bis Friedrich Merz

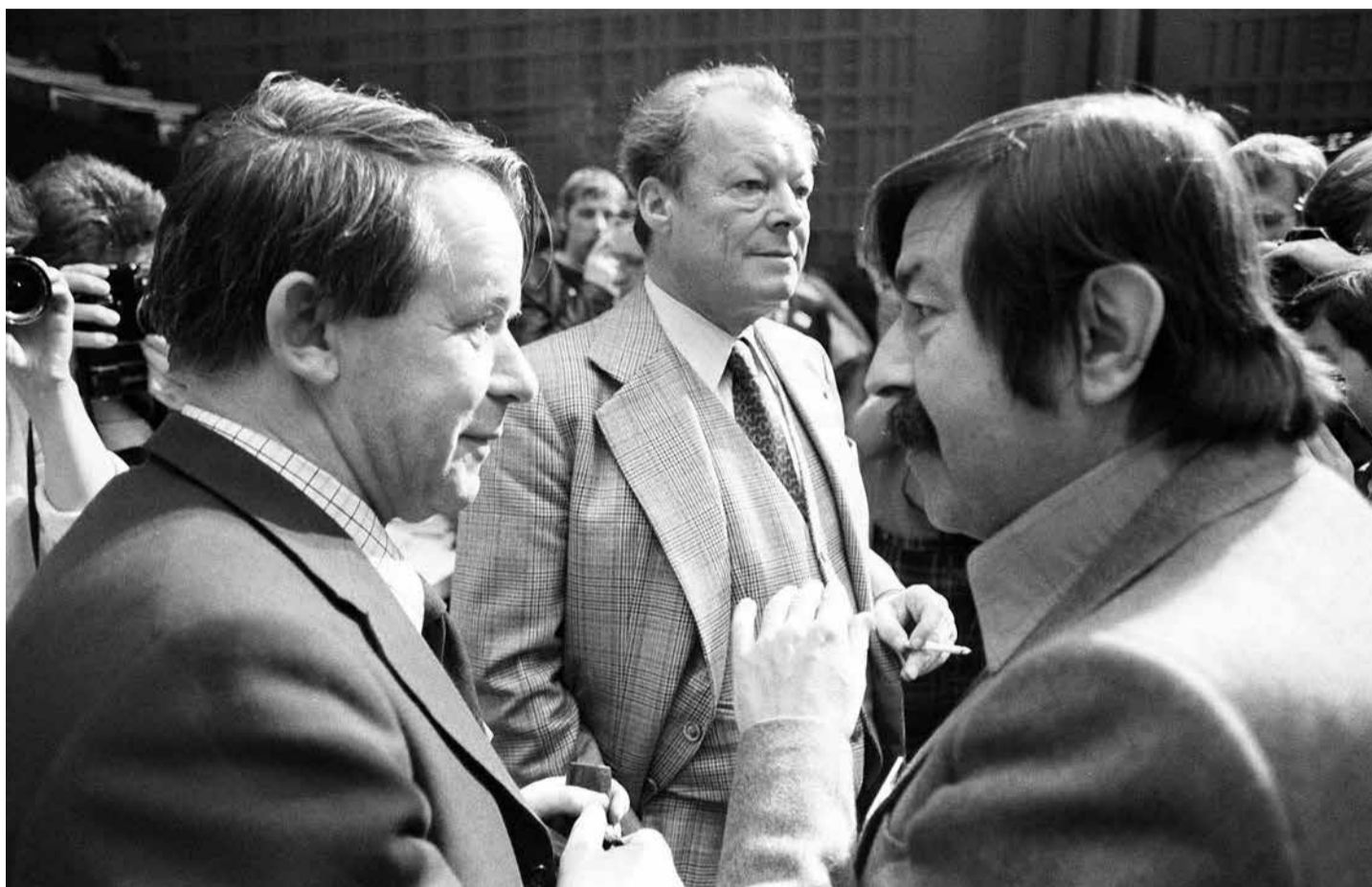
VON ANSGAR LANGE

Wie hielten es die Bundeskanzler mit den Künsten? Diese Frage mag für manche zweitrangig sein, denn von einem Regierungschef erwarten die meisten doch in erster Linie, dass er die Kunst des Regierens beherrschen möge. Doch wenn man sich für die Persönlichkeit eines Politikers interessiert, dann stellt sich neben vielen anderen Fragen auch die Frage danach, wie es derselbe denn mit Literatur, Theater, Film, Musik und Malerei hält.

Das Wochenmagazin „Stern“ hat im März einen ziemlich durchschaubaren Versuch unternommen, Friedrich Merz – der ja inzwischen als Kanzler regiert – als Kunst- und Kulturbanausen bloßzustellen. „Kanzler in spe Merz liebt einfach alle Bücher – und sonst so?“, lautete die provokative Überschrift des Artikels.

Es ist ja nicht so, dass von dem neuen Regierungschef nichts Persönliches bekannt wäre. Man weiß von seiner Liebe zur sauerländischen Heimat, zum Wandern und Fahrradfahren, von seiner Leidenschaft fürs Fliegen und seiner Freude an der Technik. Von unbestrittener Vitalität trotz vorgerückten Alters findet Merz vielleicht neben der ganzen Arbeit auch gar nicht so viel Zeit, um Romane zu lesen oder Musik zu hören. In der Tat hält sich der jetzige Kanzler bei Fragen seines Verhältnisses zur Kunst ziemlich zurück. Daraus zu schließen, dass Kultur im Leben des Sauerländers keine wichtige oder zentrale Rolle einnehme, ist allerdings eine bloße Behauptung. Nach der Ernennung des konservativen Publizisten Wolfram Weimer zum Kulturstaatsminister bekam das linke Kulturestablishment allerdings schon einmal Schnappatmung.

Wenn man Dinge richtig beurteilen und einordnen möchte, ist ein Blick aus der Distanz empfehlenswert. Vor 20 Jahren hat der SPD-nahe Journalist Norbert



Literatur hofiert die Politik: Den ostpreußischen Erzähler Siegfried Lenz (l.) und den späteren Danziger Literaturnobelpreisträger Günter Grass sah der schöngeistige Bundeskanzler Willy Brandt (Mitte) immer gern in seiner Nähe *Bild: imago/Sven Simon*

Seitz das Buch „Die Kanzler und die Künstler“ vorgelegt. Untertitel: „Geschichte einer schwierigen Beziehung“. Beginnen wir mit Konrad Adenauer, sicher einem der bedeutendsten Bundeskanzler. Der „Gründungskanzler“ entspannte bei klassischer Musik, zumeist bei Haydn, Mozart oder Schubert. Joseph Conrads „Taifun“ bezeichnete er als seinen „biographischen Schlüsselroman“, weil ihm dieser durch die schwere Zeit der NS-Diktatur geholfen habe. Erzählt wird hier die Geschichte eines Kapitäns, der einem Taifun trotzt und nicht aufgibt.

Der Kunstliebhaber Adenauer hatte am Ende seines langen Lebens „noch eine belastbare Beziehung zu einem großen

Künstler“. Oskar Kokoschka sollte ihn nicht nur porträtieren, sondern hielt auch eine der Trauerreden auf den Alten aus Rhöndorf. Abends oder im Urlaub erholte sich Adenauer bei Krimis von Agatha Christie oder Edgar Wallace aus der schwarz-roten Reihe des Scherz-Verlags.

Nachfolger Ludwig Erhard hatte mit den konservativen Denkern Rüdiger Altmann und Johannes Gross zwar zwei Denker als Berater, aber mit den Intellektuellen und Künstlern kam er nicht so gut zurecht. Er suchte zwar das Gespräch mit den „Männern des Geistes“, rasselte aber mit ihnen aneinander und bezeichnete sie als „Banausen und Nichtskönnner“ oder als „Pinscher“. Der Kanzlerbungalow in

Bonn und der Bungalow von Erhard in Gmund am Tegernsee bezeugen aber seine Vorliebe für moderne Architektur, welche manche Zeitgenossen verstörte.

Mit „König Silberzunge“, Kurt-Georg Kiesinger, hatte die Bundesrepublik ihren ersten „kunstkompetenten Kanzler“, der nicht nur fantastisch aussah und glanzvoll reden konnte, sondern auch Gedichte schrieb. Sein politisches Wirken als Kanzler war weniger erfolgreich, was vielleicht zu der These berechtigt, dass Kanzler wohl eher Aktenfresser, Stehaufmännchen und harte Arbeiter und weniger Kunstfreunde sein müssen.

Willy Brandt hingegen wurde von liebedienerschen Intellektuellen wie Gün-

ter Grass zum Intellektuellen und Künstler stilisiert. „Zum ersten Mal versuchten Künstler und Intellektuelle, sich einen Kanzler zu modellieren“, schreibt Seitz. Dabei hatte der melancholische Zauderer eher ein Faible für das Mandolinenspiel. Brandt mochte Heino und Marschmusik und zog Karl Moik vom Musikantenstadl dem Komponisten Gustav Mahler vor.

Helmut Schmidt hingegen, von den Intellektuellen deutlich weniger geliebt als sein Vorgänger im Amt, war nicht nur ein harter Hund und Macher, sondern rief das Projekt Kunst im Kanzleramt ins Leben mit drei bis vier Ausstellungen und zwei Hauskonzerten pro Jahr. Musikalisch hatte es dem Hobby-Pianisten die Barockmusik mit Heinrich Schütz, Pachelbel, Buxtehude, Bach, Telemann, Vivaldi und Purcell angetan.

Helmut Kohl, von seinen Gegnern gern als „Birne“ verhöhnt, förderte als junger Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz die Künste. Als Kanzler bemühte er sich sehr um den konservativen Schriftsteller Ernst Jünger und sagte zu dessen Tod im Jahr 1997: „Heute will jeder Querdenker sein. Ernst Jünger war einer.“ Eine solche Äußerung wäre heute vielleicht schon ein Fall für den Verfassungsschutz.

Gerhard Schröder ernannte mit dem polyglotten Verleger Michael Naumann einen Intellektuellen zum Kulturstaatsminister, der als bundesweiter Ansprechpartner für Maler, Schriftsteller, Theater- und Filmleute fungierte. Schröder wurde als „Vernissagenkanzler“ verspottet und pflegte durchaus freundschaftliche Beziehungen zu zeitgenössischen Künstlern, was für einen Mann, der sich von ganz unten hochgearbeitet hatte, nicht selbstverständlich ist. Literarisch gesehen war der Männer-Schriftsteller Ernest Hemingway für ihn der Allergrößte. Seine Nachfolgerin und Besucherin der Bayreuther Richard-Wagner-Festspiele, Angela Merkel, kannte sich vor allem in der „Kunst des Durchwurstelns“ aus.

WELTKULTURERBE

Wasserbilder mit Burgblick

Vor 200 Jahren starb der Baumeister und Landschaftsarchitekt Heinrich Christoph Jussow

Ohne die Beiträge des 1754 geborenen Heinrich Christoph Jussow wäre der Kasseler Bergpark Wilhelmshöhe wohl nicht zum UNESCO-Weltkulturerbe erhoben worden. Der vielseitige Baukünstler starb am 26. Juli 1825 in Kassel.

Jussow war Oberhofbaumeister des Landgrafen Wilhelm IX., der seit 1803 als Wilhelm I. Kurfürst war. Auch in der von 1807 bis 1813 währenden Franzosenzeit erhielt er Bauaufgaben, bevor er unter dem aus dem Exil zurückgekehrten Kurfürsten Wilhelm I. wieder Dienst tat. Wilhelm I. war dank der Subsidiengelder, die er vom britischen König für die Ausleihe von Soldaten bekam, einer der reichsten deutschen Fürsten.

Der hessische Baulöwe ließ von seinem Oberhofbaumeister den Mitteltrakt des Schlosses Wilhelmshöhe errichten und wies ihn an, den barocken Bergpark im Stil der englischen Landschaftsgärten umzugestalten. Jussow bereicherte die bereits bestehenden Wasserspiele um packende neue „Wasserbilder“. Der imposante, aus gigantischen Steinquadern erbaute Aquädukt etwa erweckt den An-

schein der Ruine einer antiken römischen Wasserleitung. Von ihr stürzen die Fluten 34 Meter tief in eine Schlucht.

Das absolute Meisterwerk Jussows ist die auf einem Felsplateau des Bergparks stehende Löwenburg. Die aus Tuffstein erbaute scheinbare Ritterburg ist eines

der frühesten deutschen Werke der romantischen Baukunst. Es sieht aus wie eine bewohnte Ruine. Romanische Rundbögen, gotische Spitzbögen sowie Bauformen aus Renaissance und Barock vermitteln den Eindruck, die Burganlage sei im Laufe von Jahrhunderten gewachsen. Tat-

sächlich entstand sie im Zeitraffer, nämlich von 1795 bis 1801. Aber es gibt hier auch etliche ältere Elemente. In die Fassaden des fürstlichen Sittersitzes sind Bauteile abgebrochener Kirchen und Klöster eingesetzt. Die Wohnräume und die Burgkapelle haben noch immer die vom Bauherrn bestimmte Ausstattung, zu der von seinen Vorfahren stammende Gemälde und Möbel gehören.

Jussow ergänzte die Ausstattung um Wanddekorationen und Möbel. Die auf ihn zurückgehenden Tische und Sitzgelegenheiten versah er mit vergoldeten Löwentatzen. Auf seinen Entwürfen basieren die steinerne Halbfigur eines Ritters über einem Portal im Innenhof und das Rittergrabmal in der Burgkapelle. Für sie entwarf er auch die „gotisch“ anmutende Kanzel und das Gestühl. Kurfürst Wilhelm I. von Hessen-Kassel ruht in der Gruft unter der Burgkapelle.

Jussow selbst hat ein „Ehrengrab“ im verwilderten und abgesperrten Areal des Altstädter Friedhofs vor dem von ihm entworfenen Mausoleum der Kurfürstin Wilhelmine Karoline. *Veit-Mario Thiede*



Jussows Meisterwerk: Die Löwenburg in Kassels Bergpark Wilhelmshöhe

● MELDUNGEN

Alexander der Große als Hirte

Rheinsberg – Auf dem Spielplan des Festivalommers der Kammeroper Schloss Rheinsberg steht noch bis zum 29. Juli „Der königliche Hirte“ von Wolfgang Amadeus Mozart. Die auch als „Il re pastore“ bekannte Serenata über Alexander den Großen wurde schon bei den Osterfestspielen vom Publikum begeistert aufgenommen. Karten unter anderem unter: www.musikkultur-rheinsberg.de *tws*

Edle Glasuren aus Dänemark

Berlin – „Die Magie der Glasur. Kunstkeramik aus Dänemark 1910–1980“ heißt die bis zum 11. Januar 2026 laufende neue Ausstellung im Berliner Bröhan Museum. Gezeigt werden Werke des dänischen Keramik Künstlers Nils Thorsson und der königlichen Porzellanmanufaktur Kopenhagen (www.broehan-museum.de). *tws*

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE ERHEBUNG

Nordeuropas größte Feldschlacht

Zwischen Flensburg und Schleswig schlugen vor 175 Jahren 37.000 Dänen 26.800 Schleswig-Holsteiner in der Schlacht bei Idstedt

VON FEDOR M. MROZEK

Am 24. und 25. Juli des Jahres 1850 tobte im nördlichen Schleswig-Holstein zwischen Flensburg und Schleswig die größte Schlacht während der Erhebung deutsch gesinnter Schleswig-Holsteiner seit 1848 gegen die dänische Herrschaft. Dänemarks Sieg bereitete den Boden für das Festschreiben des Status quo ante bellum des dänischen Gesamtstaates im Londoner Protokoll der europäischen Großmächte von 1852.

Seit Jahrhunderten regierten die dänischen Könige zugleich im Herzogtum Schleswig, das einen autonomen Teil des dänischen Reichsverbandes bildete, sowie im Herzogtum Holstein, das bis 1806 zum Heiligen Römischen Reich deutscher Nation und nach dem Wiener Kongress 1815 zum Deutschen Bund zählte. Die Dänenkönige taten dieses jedoch in beiden Herzogtümern nur in Personalunion und gemäß dem Versprechen des Vertrages von Ripen aus dem Jahre 1460, Schleswig und Holstein in einer dauerhaften Realunion „up ewig ungedeelt“ zu lassen.

Als nun die Dänen unter der national-liberalen Ägide des europäischen Revolutionsjahres 1848 darangingen, sich eine Verfassung zu geben und dabei das Herzogtum Schleswig ihrem Königreich Dänemark einzuverleiben, erhoben sich die Schleswig-Holsteiner zur Wahrung ihres Rechtes auf Unteilbarkeit. Ein weiterer Anlass für die Schleswig-Holsteinische Erhebung war der Streit, ob mit dem Tod des kinderlosen Monarchen Friedrich VII. aufgrund unterschiedlicher Erbrechte im Königreich und den Herzogtümern die Personalunion enden würde. Die dänische Position lautete nein, die deutsche hingegen ja.

Eine offene Feldschlacht war das Ziel

Zunächst konnten die mehrheitlich deutschen Untertanen der Elbherzogtümer mit ihrer sogenannten Provisorischen Regierung auf die Unterstützung von zahlreichen deutschen Einzelstaaten unter Führung der beiden deutschen Groß-



Der Morgen nach der Schlacht bei Idstedt: Gemälde von Jørgen Sonne

Bild: Wikimedia / Statens Museum for Kunst

mächte Österreich und Preußen im Auftrage des Frankfurter Paulskirchenparlamentes zählen. Doch nach dem 1850 in Berlin unterzeichneten preußischen Separatfrieden mit Dänemark und dem anschließenden Friedensvertrag des Deutschen Bundes mit dem skandinavischen Königreich waren die Schleswig-Holsteiner auf sich gestellt.

Um die Friedensbestimmungen nicht zu verletzen, trat der preußische Generalleutnant Karl Wilhelm von Willisen als Befehlshaber der schleswig-holsteinischen Truppen in die Dienste der Provisorischen Regierung über. Ihm standen mit knapp 27.000 Mann etwa 10.000 Mann weniger zur Verfügung als seinen dänischen Widersachern, den Generälen Gerhard Christoph von Krogh und Friedrich Adolph von Schleppegrell.

Bis zum 14. Juli 1850 hatte Willisen seine Verbände von Kiel aus bis auf Höhe Idstedt nördlich von Schleswig marschieren und eine Verteidigungsposition einnehmen lassen. Die dänischen Soldaten wurden indes von Krogh bis zum 18. Juli nach Flensburg und ab dem 20. des Monats zehn Kilometer weiter nördlich bis nach Oeversee geführt worden waren. Beide

Seiten strebten die offene Feldschlacht an. Nach einem siegreichen Ausgang hoffte man, dem unterlegenen Gegner den Rückweg abschneiden und ihn vernichten zu können.

Am Morgen des 24. Juli trafen schließlich die ersten Aufklärungskräfte auf einer Breite von 20 Kilometern aufeinander, worauf sich etliche kleinere und ein größeres Gefecht bei Helligbek entsponnen. Ermuntert durch das Zurückweichen der schleswig-holsteinischen Jägerkompanie befahl Krogh für den folgenden Tag einen Hauptstoß im Zentrum nebst einem Flankenangriff zur Ablenkung im Westen. Bereits in der Nacht weitete sich das Kampfgeschehen aus, allerdings durch Nebel und Regen erheblich erschwert, da der Überblick auf das Schlachtfeld eingeschränkt und direkte Befehlsübermittlung per Sichtzeichen, beispielsweise mittels Rauchsignalen, unmöglich geworden war.

Um 5 Uhr setzten die Schleswig-Holsteiner zum Gegenstoß an, wobei auch sie neben dem Hauptangriff auf die Mitte des Feindes einen Weg über die Flanke suchten und hierzu auf eine eigens errichtete Laufbrücke über den östlich gelegenen Langsee zurückgreifen konnten. Bauart-

bedingt konnten Geschütze die leichte Behelfsbrücke nicht passieren, doch das Überraschungsmoment machte dieses Manko wett. Die Dänen gerieten in Oberstolk in Bedrängnis und mussten dort den Tod von Schleppegrell hinnehmen. So sah sich Krogh genötigt, zur Bereinigung der Lage General Christian Julius de Meza mit drei Bataillonen zu entsenden. Im Zentrum hatten die Dänen bis 7 Uhr zwar Idstedt genommen, an ein weiteres Vorrücken war jedoch angesichts der schleswig-holsteinischen Artillerie auf Höhe des Idstedter Kruges nicht zu denken. Im Westen gelang es den Dänen hingegen, die Treene zu überschreiten. Damit bahnte sich südwärts eine rückwärtige Bedrohung der Schleswig-Holsteiner an. Zugleich vermochten es die Dänen, die Attacke im östlichen Oberstolk abzuwehren. Krogh nutzte die Gunst der Lage um 11 Uhr, indem er in der Mitte der Front erneut zum Angriff antrat.

Nicht nur die Wucht des dänischen Angriffs samt seiner 60 Geschütze im Zentrum ließ Willisen verzweifeln, denn parallel wurde er nach dem dänischen Treene-Übergang des Artilleriedonnars bei dem westlich gelegenen Schuby und

damit des dräuenden Umfassungsver-suchs gewahr. Überdies ließ sein Kontrahent Krogh nach 14 Uhr die dänische Kavallerie zur Attacke blasen, während aufseiten der Schleswig-Holsteiner keinerlei Reserven standen.

Rückzug nach Rendsburg

Willisen befahl daraufhin den Rückzug in Richtung Schleswig und weiter zum Schlei-Übergang Missunde. Das Nachsetzen der Dänen am Nachmittag geschah über Schuby bis Schleswig zu spät, um das Entkommen des Großteils der schleswig-holsteinischen Truppen stören zu können. Letztere konnten sich tags darauf in der Landeshauptfestung Rendsburg an der Eider in Sicherheit bringen.

Obgleich die Dänen mit 3600 Mann mehr Gefallenen, Verwundeten und Gefangenen zu beklagen hatten als die Schleswig-Holsteiner mit ihren 2800 Mann, trugen sie also den Sieg davon. Es war ihr letzter Sieg in einer offenen Feldschlacht. Gemessen an den eingesetzten Truppen und den Opferzahlen war die Schlacht die bis dahin größte in der Geschichte der nordischen Länder.

Die Schlacht bei Idsted brachte nicht den entscheidenden Sieg, den sich das dänische Oberkommando erhofft hatte, aber er beendete Willisens Offensivambitionen. Im darauffolgenden Jahr gaben die Schleswig-Holsteiner auf. Sie stellten die Kampfhandlungen ein und lösten ihre Armee auf. Viele Beamte und Offiziere der schleswig-holsteinischen Regierung und des Militärs gingen ins Exil, teils in die Auswanderländer USA und Australien.

Im Londoner Protokoll wurde 1852 das Kriegsergebnis international abgesehen. Die Personalunion zwischen dem Königreich und den Herzogtümern wurde garantiert und dafür das schleswig-holsteinische Erbrecht dem dänischen angepasst. Wenigstens wurde ebenso das Recht des Doppelherzogtums auf Eigenständigkeit und Unteilbarkeit bestätigt. Das war entscheidend für die Revanche, den Zweiten Schleswig-Holsteinischen Krieg, den Deutsch-Dänischen Krieg von 1864.

LOUIS ANTOINE DE BOURBON

Frankreichs verhandelter König Ludwig XIX.

Durch die Julirevolution blieb dem vor 250 Jahren geborenen ältesten Sohn Karls X. die Krone verwehrt

Louis Antoine d'Artois, Herzog von Angoulême, war ein Neffe des französischen Königs Ludwig XVI. Der letzte König vor der Französischen Revolution hatte mit seiner einzigen Ehefrau Marie Antoinette zwei Söhne. Der ältere, Louis Joseph, starb bereits 1789 an Rachitis. Der jüngere, Charles Louis, überlebte seinen Vater und war deshalb in den Augen der Legitimisten nach dessen Hinrichtung 1793 als Ludwig XVII. dessen legitimer Nachfolger. Das nützte dem 1785 in Versailles geborenen Kind indes wenig, denn es starb 1795 als Gefangener der Französischen Revolutionäre vermutlich an Tuberkulose im Gefängnis.

Als nach den napoleonischen Kriegen die Bourbonenherrschaft in Frankreich durch die siegreichen Alliierten restauriert wurde, wurde deshalb auf den ältesten noch lebenden Bruder Ludwigs XVI., Louis Auguste, zurückgegriffen. Als Ludwig XVIII. bestieg er 1814 den französischen Thron. Der nächstältere Bruder war Charles Philippe. Als Ludwig 1824 starb, wurde Charles Philippe dessen

Nachfolger als Karl X. Neuer Dauphin wurde dessen ältester Sohn, Louis Antoine d'Artois, duc d'Angoulême.

Vor 250 Jahren, am 6. August 1750, hatte der Herzog von Angoulême den letzten aus der Hauptlinie der Bourbonen, der Frankreich als König regierte, und dessen Ehefrau, Maria Theresia von Savoyen, zu Eltern gemacht. Noch im Revolutionsjahr 1789 folgte der Junge seinem Vater ins Exil. Dort heiratete er 1799 die einzige Tochter Ludwigs XVI., Marie Thérèse von Frankreich. 1806 wuch auch er wie viele andere französische Bourbonen vor der sich in Kontinentaleuropa ausbreitenden Macht Napoleons nach England aus.

Nachdem sich das Blatt zuungunsten des Korsen gewendet hatte, beteiligte der Bourbon sich an der Seite der Alliierten an der Beendigung der napoleonischen Herrschaft in seinem Land. Unter alliierter Schutz marschierte er mit königstreuen Landsleuten, die er um sich gesammelt hatte, in Bordeaux ein und rief seinen Onkel zum König aus.

Dieser dankte es ihm mit wichtigen militärischen Posten und Aufgaben. Im wiedererrichteten Königreich wurde er Admiral von Frankreich und Colonel général des carabiniers. Auch betraute man



Louis Antoine d'Artois, Herzog von Angoulême

ihn damit, den von Elba zurückgekehrten Kaiser zu stoppen. Das gelang ihm nicht, was der König ihm übelnahm. Doch Ludwig XVIII. verzichtete ihm, und als die Heilige Allianz 1823 Frankreich beauftragte, die Spanische Revolution niederzuschlagen, war er es, der mit der Führung der französischen Invasionstruppen betraut wurde. Nach seinem Sieg bemühte er sich vergeblich, der von ihm zum Sieg verholperten rachsüchtigen spanischen Reaktion entgegenzuwirken.

Schon neun Jahre vorher war der Franzose durch liberales Verhalten und Auftreten aufgefallen. Nach dem Einmarsch in Bordeaux hatte er Amnestie, Religionsfreiheit und Abhilfe aller gerechten Beschwerden in Aussicht gestellt. In diesem Punkt unterschied sich der Prinz sehr von seinem Vater. Dieser betrieb als Herrscher eine derart reaktionäre Politik, dass er 1830 die Julirevolution provozierte. Aus dieser Revolution ging Louis-Philippe aus der Bourbon-Nebenlinie Orléans als neuer französischer König hervor. Karl X. fügte sich insoweit in sein Schicksal, als er ab-

dankte. Aus legitimistischer Sicht folgte ihm als König sein ältester Sohn als Ludwig XIX. Dieser verzichtete jedoch im Sinne seines Vaters ebenfalls auf den Thron. Vater und Sohn hofften, dass sich Louis-Philippe mit der Rolle eines Regenten für den nächsten in der Thronfolge, Louis Antoinen erst neun Jahre alten Neffe Henri, bis zu dessen Mündigkeit zufriedengeben würde und damit die Fortsetzung der Bourbonenherrschaft in Frankreich grundsätzlich gewahrt bliebe. Die Hoffnung trog. Louis-Philippe verstand sich nicht als Regent für einen König Heinrich V. während dessen Unmündigkeit, sondern selbst als König.

Wie schon bei der vorangegangenen ersten französischen Revolution folgte Louis Antoine auch bei der zweiten seinem Vater ins Exil. Diesmal beteiligte er sich jedoch nicht an Versuchen, die Bourbonenherrschaft zu restaurieren. Völlig zurückgezogen lebte er mit seiner Ehefrau ab 1836 im damals österreichischen Görz, wo er auch am 3. Juni 1844 kinderlos verstarb.

Manuel Ruoff

VON KONRAD BADENHEUER

Nächsten Donnerstag jährt sich das Massaker von Aussig vom 31. Juli 1945. Lange gab es viele Unklarheiten um dieses Verbrechen, obwohl es vor Tausenden Augenzeugen geschehen ist. Wer hat an diesem Tag in der nordböhmischen Industriestadt warum gemordet? Warum gab es vor dem Gewaltausbruch zwei Explosionen? Beide Fragen sind heute geklärt.

Beginnen wir mit den seit jeher gesicherten Fakten: In der Nacht auf den 31. Juli rückte aus Prag ein Bataillon dubioser Gestalten in Aussig ein und bezog Quartier in einer ehemals deutschen Schule nahe der Brücke über die Elbe. Schon am Vormittag verbreiteten sie sich in der Stadt und begannen damit, Deutsche, die an ihren weißen Armbinden sofort zu erkennen waren, von den Bürgersteigen zu stoßen. Solche Typen hatten bei der Vertreibung aus der Tschechoslowakei schon davor eine wichtige Rolle gespielt, weil es unter den Sudetendeutschen nicht zu einer Massenflucht kam und auch nicht viele Tschechen plötzlich damit begannen, ihre deutschen Nachbarn zu attackieren. Also musste nachgeholfen werden, was dann an vielen Orten geschah. Etwa durch angebliche Partisanen, oft frühere Gestapo-Kollaborateure, die sich nun durch Gewalt gegen die Deutschen plötzlich als tschechische Patrioten bewähren wollten.

Wer waren die Mörder und was war ihr Motiv?

Ab dem 5. Mai 1945 war im Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei ein maßloser Terror losgebrochen, der Zehntausende Deutsche das Leben gekostet hat. Vielerorts vollzogen sich die Exzesse im öffentlichen Raum, anderswo eher in Lagern, Verhörzellen und sonst wo im Verborgenen. Die Verantwortlichen hatten offen zur Gewalt aufgerufen, allen voran Staatspräsident Edvard Benesch persönlich, ebenso seine Minister und engsten Mitarbeiter. Eine Massenflucht wollten sie damit auslösen, wie sie in Ostpreußen nach dem Massaker von Nemmersdorf begonnen hatte. Aber im Sudetenland flohen nur wenige Zehntausend, trotz der tödlichen Gefahr. Am 16. Juli gab es eine Kehrtwende: Am Tag vor Beginn der Potsdamer Konferenz der drei alliierten Siegermächte – Frankreich war noch nicht dabei – rief Benesch zu einem Ende der Gewalt auf, was auch befolgt wurde – fast alle belegten Massaker fanden vor diesem Tag statt.

Und nun das: Am Nachmittag zwei Detonationen – eine kleinere Explosion gegen 15.25 Uhr und eine gewaltige zweite Detonation kurz danach, wahrscheinlich um 15.33 Uhr. Da in diesem Bereich alte Munition gelagert war, folgten bis zum späteren Abend noch weitere kleinere Explosionen. Der ganze Vorgang blieb schon deswegen lange mysteriös, weil dabei auch Tschechen ums Leben kamen, sieben an der Zahl, neben 14 Deutschen. Inszenierte Provokationen zur Herbeiführung von Gewalt gegen Deutsche gab es manche während der Vertreibung der Sudetendeutschen. Aber nirgendwo sonst gingen die Täter so weit, zu diesem Zwecke sogar Tschechen zu töten. Also doch die Tat von Deutschen, wie Prag es schnell behauptet hat, das angeblichen „Werwölfen“ die Schuld gab? Oder ein Unfall? Jedenfalls brach gleich nach der Hauptdetonation an mehreren Orten in Aussig hemmungslose Gewalt gegen die Deutschen aus.

Der Verlauf des Massakers war in Umrissen immer bekannt: Überall in Aussig wurde bis zum frühen Abend Jagd auf Deutsche gemacht, vor allem am Hauptbahnhof, am Brückenplatz und auf der Benesch-Brücke, wo etliche Deutsche aus 13 Metern Höhe ins Wasser geworfen wurden, darunter mindestens eine Mutter mitsamt ihrem Kinderwagen. Wer den Fall überlebte, wurde von



Einer der Haupttortorte: Aussigs Dr.-Edvard-Benesch-Brücke über die Elbe

Bild: MaVlast

MASSAKER VON AUSSIG

Der weite Weg zur Wahrheit

Das vor 80 Jahren begangene Verbrechen geschah vor Tausenden Augenzeugen. Trotzdem gab es lange viele Unklarheiten

oben her beschossen, sodass es keine Berichte von Überlebenden des Sturzes in die Elbe gibt.

Dass bei dieser Faktenlage das Massaker des 31. Juli von Tschechen und Deutschen lange anders interpretiert wurde, kann nicht überraschen. Auch aufrichtige Tschechen bezweifelten wegen der sieben eigenen Toten oft eine tschechische Urheberschaft zumindest an den Explosionen. Viele deutsche Aussiger wiederum waren wegen der Anreise späterer Täter nur Stunden zuvor von eben dieser Verantwortung überzeugt. Oft wurde auch ein Zusammenhang mit der Potsdamer Konferenz hergestellt: Die Explosion, die vom offiziellen Prag ja in der Tat mit harten Vorwürfen den Deutschen in die Schuhe geschoben wurde, habe den Zweck gehabt, die Siegermächte in Potsdam zu einem möglichst harten Vertreibungsbeschluss zu bewegen.

Warum gab es vor dem Gewaltausbruch zwei Explosionen?

Besonders weit gingen die Angaben zu den Opferzahlen auseinander. Natürlich konnten die in Aussig verbliebenen, terrorisierten Deutschen nach dem Ereignis keine Dokumentationen erstellen. Später wurden dann viele Aussiger nach Sachsen vertrieben. Das

war insofern ein Nachteil, als diese Menschen als Zeitzeugen nichts zur Aufklärung beitragen konnten. In der DDR war es strikt verboten, dass „Umsiedler“ (sprich Vertriebene) sich irgendwie organisierten. Aufzeichnungen über Vertreibungsverbrechen wurden erst recht hart bestraft. Im Westen wurden namentliche Dokumentationen zwar sehr wohl angelegt, aber oft blieb unklar, wer die Vertreibung – beispielsweise in der DDR oder auch in der Heimat als Ehepartner eines Tschechen – überlebt hat. Und wenn in den Wochen nach dem 31. Juli elbeabwärts, etwa in Pirna, Dutzende Leichen angespült wurden, dann wurden diese oft kurzerhand als Tote dieses Tages gedeutet.

Heute gibt es aber Hinweise, dass damals aus mehreren Lagern für Deutsche an der Elbe die Toten in den Fluss geworfen wurden, sodass nicht jede angespülte Leiche ein Opfer des Aussiger Massakers war. Auch heute noch gilt die Zuordnung von 80 dieser Toten zu diesem Ereignis als wahrscheinlich. So kam es jedenfalls, dass deutsche Untersuchungen Opferzahlen zwischen 200 und 800 nannten, manche sogar bis zu 2700. Tschechische Untersuchungen betonten hingegen oft die „nur“ 43 hieb- und stichfest dokumentierten deutschen Ermordeten dieses Ta-

ges und weitere etwa 60 namentlich bekannte Vermisste.

Auf dieser Basis bezifferte der Historiker Otfried Pustejovsky in einer Studie von 2001 die Zahl der Opfer mit wahrscheinlich etwa 100 bei einer Obergrenze von 200 bis 220. Das könnte hinkommen, aber eine etwas höhere Zahl bleibt ebenso möglich: Man weiß einfach nicht, wie viele Tote es in der Elbe gab und ob eine Liste mit 24 im Krematorium von Theresienstadt erfassten Opfern vollständig ist. Andere Fragen konnten unterdessen (auch aus tschechischen Akten) geklärt werden: Die erste Detonation war ein Unfall durch unsachgemäßen Umgang mit Munitionsresten; diese wurden in einer ehemaligen Zuckerfabrik gelagert, wo deutsche Häftlinge aus einem nahegelegenen Lager unter tschechischer Aufsicht arbeiten mussten.

Die folgenden Explosionen waren Folge der ersten. Auch der mysteriöse Bahntransport ist heute geklärt: Hier wurden in der Tat Gewalttäter der unterschiedlichsten Art, formell Angehörige des Prager Infanterieregiments 28, bewusst nach Nordböhmen verbracht, um den „Abschub“ der Deutschen zu beschleunigen. Dass sie gleich am Nachmittag desselben Tages blutig aktiv werden würden, war ebenso wenig geplant wie eine Beeinflussung der Potsdamer Konferenz.



Die Inschrift der Gedenktafel an der Dr.-Edvard-Benesch-Brücke aus dem Jahre 2005 ist zwar zweisprachig, aber verschweigt sowohl die Nationalität der Täter als auch die der Opfer: „Zum Gedenken an die Opfer der Gewalt vom 31. Juli 1945“

Bild: SchiDD / Wikimedia

VW 1600 TL

Volkswagens „Traurige Lösung“

In den 60er Jahren erreichte das Wirtschaftswunder seinen Höhepunkt. Viele traditionelle VW-„Käfer“-Fahrer hatten nun das Geld für einen Mittelklassewagen. Diese wollte Volkswagen nicht an die Konkurrenz verlieren und bot deshalb ab 1961 mit dem Typ 3 selbst einen Wagen dieser Kategorie an. Dieser hatte eine 1,5-Liter-Maschine und wurde deshalb sinnigerweise unter der Bezeichnung „VW 1500“ verkauft. Zwei Jahre später kam eine Edelsonversion hinzu. Deren Motor leistete mit 54 neun PS mehr als der des Standardmodells und hatte zwei Vergaser statt nur einen sowie eine höhere Verdichtung. Dafür brauchte er auch Super- statt Normalbenzin. So hieß die Edelsonversion VW 1500 S und die Standardversion wurde zum VW 1500 N. Den Typ 3 gab es anfänglich sowohl in einer konventionellen Stufenheck- als auch in einer Kombiversion, bei Volkswagen „Variant“ genannt.

Vor 60 Jahren wurde die Edelsonversion VW 1500 S durch den VW 1600 TL abgelöst. Dessen Motor leistete ebenfalls 54 PS, kam jedoch trotzdem mit Normalbenzin aus, da er zwar eine geringere Verdichtung hatte, aber dafür mit 1600 Kubikzentimetern mehr Hubraum, daher auch der Bezeichnungsteil „1600“. Das „TL“ wollte Volkswagen als Abkürzung von „Touren-Limousine“ verstanden wissen.



VW 1600 TL

Bild: Jeremy

Der Volksmund machte daraus jedoch „Traurige Lösung“ oder „Traurige Linie“, und das lag an der Karosserie.

Im Gegensatz zum Vorgänger hatte der VW 1600 TL statt einem Stufenheck ein Schrägheck. Zweitürige Schräghecklimousinen waren damals keine Besonderheit. Es gab diverse fahrerorientierte Sportcoupés mit schrägem Heck, aber bei denen waren die vorderen Seitenfenster breiter als die hinteren. Beim VW 1600 TL war es umgekehrt. Dadurch wirkte das Fahrzeug wie eine Mischung aus Sportcoupé und Kombi, nichts Halbes und nichts Ganzes. Da half es Volkswagen wenig, zu behaupten, man habe die Formsprache des „Käfers“ aufgegriffen, denn der wahrte die Proportionen. Und auch der Hinweis auf den größeren Heckkofferraum verfiel nicht, denn für wen das entscheidend war, der war mit dem echten Kombi „Variant“ besser bedient.

Nolens volens reagierte Volkswagen. Ab 1966 war der VW 1600 TL auch in der klassischen Stufenheckvariante zu haben. Die hieß „VW 1600 L“.

1969 kam es zu einer Modernisierung aller drei Karosserievarianten des Typs 3. Durch eine Verlängerung des Wagenbuchs – daher auch die Bezeichnung „Langschnauzer“ – wurde eine Vergrößerung des vorderen Kofferraums erreicht. Ansonsten wurde die Karosserie entsprechend der damaligen Zeit kantiger, klobiger, wuchtiger. Dazu gehörten neben einer kantigeren Fronthaube Breitstoßstangen sowie große Frontblinker und Heckleuchten.

1973 wurde die Produktion des Typs 3 eingestellt. Nachfolger wurde der „Passat“.

Manuel Ruoff

VON HAGEN RITTER

Die letzte erfolgreiche deutsche Olympia-Bewerbung war die für die Sommerspiele 1972 in München. Seitdem hat Deutschland mehrfach versucht, wieder Austragungsort der Großveranstaltung zu werden. Seit mehr als fünfzig Jahren hatten diese Bemühungen keinen Erfolg.

Derzeit versuchen gleich vier deutsche Regionen, Gastgeber der Sommerspiele zu werden. Anders als das Motto „Konkurrenz belebt das Geschäft“ suggeriert, sieht es eher danach aus, dass die interessierten Bewerber – Berlin, München, Hamburg und die Rhein-Ruhr-Region – und auch Deutschland insgesamt wieder als Verlierer aus dem Bewerbungsverfahren herausgehen. Das deutsche Quartett hat mittlerweile in groben Zügen seine Pläne vorgestellt und Ende Mai die erforderlichen Unterlagen beim Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) eingereicht.

Dieser hatte bis dahin bereits einen jähren Kurswechsel vollzogen. Ursprünglich hatte der DOSB dem hierzulande propagierten Zeitgeist folgend dem IOC ein Konzept vorlegen wollen, das besonders auf Nachhaltigkeit getrimmt ist: Kein einziger Neubau von Sportstätten, stattdessen soll Vorhandenes genutzt werden. Der Umstand, dass keine deutsche Stadt über so viele Sportstätten verfügt, dass sie ganz auf Neubauten verzichten kann, lief faktisch auf eine Bewerbung von mehreren Städten und Regionen hinaus. Gut zu diesem Denken passt die Zukunftsvision für nachhaltige Sportgroßveranstaltungen, die vergangenes Jahr von der Deutschen Sportjugend (dsj) veröffentlicht wurde.

Paris hat gezeigt, wie es geht

Der Verband hatte dazu unter dem Motto „Olympias Zukunft – nachhaltig und bunt“ Ideen zusammengetragen, „um Sportgroßveranstaltungen zukünftig bunter, nachhaltiger und vor allem partizipativer zu gestalten“. Bereits als es vor zehn Jahren um eine Bewerbung für die Olympischen Spiele 2024 ging, war beim Deutschen Olympischen Sportbund und in der Politik von „grünen Spielen“ die Rede gewesen: „Wir brauchen ökologische, ökonomische und sozial ausgewogene Nutzungskonzepte von Sportstätten, Infrastruktur und Wohnraum. Umwelteingriffe müssen minimiert werden und klimaschützende Maßnahmen oberstes Gebot bei Gebäudeneubau wie -sanierung sein“, so 2015 ein Staatssekretär des Bundesumweltministeriums.

Trotz dieser Beschwörung von Ressourcenschonung, Klimaschutz und Ökologie war die deutsche Bewerbung erfolglos: Gastgeber der Sommerspiele wurde nach 1900 und 1924 zum dritten Mal Paris. Beim IOC hatte die Stadt zwar auch mit dem Versprechen von umweltfreundlichen und ressourcenschonenden Spie-



Das Konzept „Berlin+“ soll es reißen: Die deutsche Hauptstadt will endlich wieder Olympia-Stadt werden

Bild: imago/Christian Mang

SPORT

Deutsche Olympiabewerbungen: bunt, nachhaltig – und erfolglos

Nachdem jahrzehntelang alle Anläufe gescheitert sind, versuchen gleich vier Regionen, die Sommerspiele nach Deutschland zu holen: Berlin, Hamburg, München und Rhein-Ruhr wollen Austragungsort werden

len geworben, abgerundet wurde dies aber durch sehr attraktive Austragungsorte. Ort der Leichtathletikwettbewerbe war das Stade de France. Die Surfwettbewerbe fanden auf Tahiti statt.

Begriffen hat Frankreichs Hauptstadt die Olympischen Spiele zudem als Chance, große Projekte umzusetzen. Das olympische Dorf im Bezirk Saint-Denis mit geschätzten Kosten von etwa 1,5 Milliarden Euro wird inzwischen in ein Wohn- und Geschäftsviertel umgewandelt. Zudem waren die Spiele Anstoß, das Pariser Metronetz durch das Großprojekt „Grand Paris Express“ kräftig zu erweitern. Eine rechtzeitig zu den Spielen fertiggestellte neue Metrolinie 14 verbindet seitdem das Stadtzentrum mit dem Flughafen Orly.

Womöglich auch mit Blick auf diesen Erfolg hat der DOSB wieder auf das altbekannte Konzept von Spielen in einer Stadt plus Region und mit großem olympischen Dorf umgesteuert: Ein „One-Village-Prinzip“ sei Voraussetzung dafür, dass ein Konzept auch Chancen habe,

vom Internationalen Olympischen Komitee ausgewählt zu werden, so IOC-Mitglied Michael Mronz.

Damit hätte eigentlich die Stunde Berlins schlagen können. Die Hauptstadt scheint jedoch seit einer geflopten Olympia-Bewerbung in den 90er Jahren, dem verpöfchten BER-Flughafenbau und dem Berliner Wahl-Fiasko vom September 2021 jeglichen Mut zu Großprojekten verloren zu haben. Vorgelegt hat Berlin stattdessen ein Konzept, bei dem es gleich noch vier andere Bundesländer, nämlich Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein, als Partner mit ins Boot holen will.

Auch Leipzig hatte keine Chance

Beim Bewerbungskonzept „Berlin+“ ist abermals viel von Nachhaltigkeit und der Nutzung von Vorhandenem die Rede. Problem dabei: Das IOC will offenbar Spiele, die wie in Paris und London hauptsächlich in einem Großraum ausgetragen werden. Derzeit weniger gefragt ist die

Zersplitterung der Großveranstaltung auf mehrere Städte und Regionen. Damit sind nicht nur die Siegeschancen des Konzepts „Berlin+“ als eher gering einzuschätzen. Mit „Schwimmen auf Schalke, Fußball in Düsseldorf, Reiten in Aachen“ setzt auch Nordrhein-Westfalen auf Spiele, die auf die Fläche verteilt werden.

Dies mag zum bevölkerungsreichsten Bundesland gut passen, könnte aber weit an dem vorbeigehen, was dem IOC vorschwebt. Dort legt man dem Vernehmen nach weiterhin Wert auf kurze Anreizeiten zu den Wettkampfstätten und ein großes olympisches Dorf. Berlin traut sich offensichtlich eine entsprechende Bewerbung nicht mehr zu.

Hamburg und München sind jedoch Kandidaten, die durchaus aus eigener Kraft gut organisierte Olympische Spiele auf die Beine stellen könnten. Beiden Städten droht aber womöglich, was bereits Leipzig widerfahren ist: Als sich die sächsische Metropole 2003/2004 um die Austragung der Sommerspiele 2012 be-

warb, wurde sie vom IOC ziemlich zügig als zu klein und international zu bedeutungslos aussortiert. Leipzig war damals gegen Metropolen wie Rio de Janeiro, Moskau, New York, Madrid, Paris und London angetreten. Den Zuschlag erhielt am Ende die 8,9-Millionen-Metropole London. Ähnliches könnte München und Hamburg drohen. Beide sind unter Deutschlands Städten Schwergewichte. Gehen sie jedoch als offizielle Kandidaten um eine Olympia-Bewerbung ins Rennen, werden sie möglicherweise auf Hauptstädte wie Rom, Madrid oder Kopenhagen treffen, die Vorteile wegen ihrer Rolle als nationale Metropole mitbringen.

Die Sommerspiele 2032 sind bereits vom IOC an das australische Brisbane vergeben worden. Der DOSB wollte sich ursprünglich für 2036 bewerben. Mittlerweile ist aber auch von den Spielen 2040 und sogar von 2044 die Rede. Wer letztendlich als Kandidat für Deutschland antreten soll, wird der DOSB bis September kommenden Jahres entscheiden.

BEWERBER-KARUSSELL

Der „globale Süden“ drängt nach vorn

Während in den alten Industrienationen die Skepsis gegenüber Olympia zunimmt, wachsen anderswo große Ambitionen

Geführt wird das Internationale Olympische Komitee (IOC) seit Kurzem von Kirsty Coventry. Die frühere Topschwimmerin aus Simbabwe hat am 23. Juni die Nachfolge des deutschen IOC-Präsidenten Thomas Bach angetreten. Die Wunschkandidatin von Bach ist die erste Frau an der Spitze der olympischen Dachorganisation. Erstmals führt mit Coventry zudem eine Person aus Afrika das IOC. Hoffnungen, dass erstmals auch in Afrika Olympische Spiele ausgetragen werden, dämpfte Coventry. Sie sagte, Staaten wie Südafrika und Ägypten hätten zwar ihr Interesse bekundet, doch sie müssten auch

die „Größenordnung Olympischer Spiele in vollem Umfang verstehen“. Die Staaten Afrikas sollten strategisch überlegen, wie die alle vier Jahre ausgetragenen Afrika-spiele Infrastruktur entwickeln können, die dann für eine Olympiabewerbung genutzt werden kann.

Ägypten selbst schätzt seine Chancen offenbar höher ein. Der Präsident des ägyptischen Olympischen Komitees, Mustapha Berraf, gab bereits im August 2024 bekannt, das Land werde sich für die Spiele 2036 oder 2040 bewerben. Austragungsort soll die im Bau befindliche neue Hauptstadt sein. Die Metropole „Sisi Ci-

ty“ für 6,5 Millionen Menschen entsteht seit 2016 in der Wüste, gut 60 Kilometer östlich vom Stadtzentrum Kairos. Das Megaprojekt soll Schätzungen zufolge rund 60 Milliarden Euro kosten. Mit eingeplant ist dabei auch ein Viertel mit dem Namen „Internationale Olympiastadt“.

„Indien wird jeden Stein umdrehen“

Katar macht sich ebenfalls Hoffnungen, mit seiner Hauptstadt Doha Gastgeber Olympischer Sommerspiele zu werden. Das Emirat am Persischen Golf hatte sich bereits um die Spiele 2016 und 2020 beworben, allerdings schaffte es der kleine

Staat nie in die Endrunde des Auswahlprozesses. Nachdem Katar 2022 die Fußball-WM ausgerichtet hat, sind die Chancen für eine erneute Olympia-Bewerbung aus Sicht von Beobachtern aber deutlich gestiegen. Als Pluspunkte kann das Land die vorhandene Infrastruktur, etwa die Stadien der Fußball-WM und den modernen Hamad International Airport, vorweisen. Katar plant, sich für die Sommerspiele 2036 zu bewerben. Auch Saudi-Arabien hat bereits Interesse an der Ausrichtung Olympischer Spiele bekundet.

Indiens Premierminister Narendra Modi bestätigte ebenso Ambitionen: „In-

dien wird bei seinen Bemühungen, die Spiele 2036 zu organisieren, jeden Stein umdrehen.“ Bereits seit 2022 ist bekannt, dass Indien eine Ausrichtung der Sommerspiele 2036 in Betracht zieht.

Im Kontrast zu diesen Wünschen, Gastgeber Olympischer Spiele zu werden, steigt in westlich geprägten Demokratien in der Bevölkerung die Skepsis. Dabei spielt die Diskussion um Doping und Korruption im Sport und auch die Angst vor Terroranschlägen eine Rolle, vor allem aber die Sorge vor unvorhergesehenen Kosten durch solche Großprojekte, wie sie Olympische Spiele darstellen. H.R.



POWUNDEN

Musik in der St.-Barbara-Kirche

„Musikalische Expedition“ – ein Musikfestival, das an verschiedenen Orten der Region stattfindet

VON CARSTEN KALLWEIT

Das erste Festival „Musikalische Expedition“ fand dieses Jahr im Königsberger Gebiet statt. Musikalische Reisen wurden vor einigen Jahren vom berühmten russischen Cellisten Boris Andrianow ins Leben gerufen. Die Idee des Projekts ist es, Musik an Orte zu bringen, an denen sie normalerweise nicht zu hören ist. Weltklasse-Musiker gaben bereits Konzerte in verschiedenen Teilen der Region und wählten die ungewöhnlichsten Konzertsäle aus. Im nördlichen Ostpreußen fanden im Rahmen des Projekts Konzerte in Insterburg, im Kant-Museum in Judtschen, in der Ruine der St.-Barbara-Kirche in Powunden, im Fort „Dönhoff“ sowie in der Ordensburg Balga statt.

Besonders gut besucht war das Konzert in Powunden: Die Gäste hatten sich hier sehr zahlreich zu einem Konzert von Andrianows Kammerorchester versammelt, trotz des schlechten Wetters. Für viele war der Besuch in Powunden die erste Begegnung mit der Kirche, die durch ein bis heute erhaltenes mittelalterliches Fresko berühmt ist.

Malerei aus dem 14. Jahrhundert zufällig entdeckt

Es handelt sich um ein Wandgemälde aus dem 14. Jahrhundert, das erst kürzlich hier entdeckt wurde: 2006 löste sich der Putz an einer Wand im Kirchenschiff, und darunter kam das Gesicht eines Mannes zum Vorschein, der in der rechten Hand ein Schwert und in der linken ein Band mit einer Inschrift hielt. Ein Sachverständiger aus der St. Petersburger Eremitage wurde eingeladen, der die Inschriften zuordnete und den man als Apostel Paulus identifizierte. Die Freiwilligenbewegung „Hüter der Ruinen“ hat dazu viel beigetragen, dass das Fresko erhalten bleibt.

Der Haupteingang der Kirche mit dem erhaltenen Spitzbogen war an dem Tag des Konzertes, wie es sonst an Feiertagen üblich ist, geschlossen, sodass die Gäste



Powunden: Konzertbesucher in der Kirchenruine (l.) und das wiederentdeckte Fresko (r.)



Bilder: Julia Wlassowa

die Kirchenruine über den Seiteneingang betreten mussten. Obwohl die Stühle mit dem Rücken zum alten Wandgemälde standen, blieb das Interesse des Publikums bestehen: Die Gäste bemühten sich, das Wandgemälde anzusehen und zu fotografieren.

Das Motto des stilvollen Konzerts lautete „Zurück in die Zukunft oder Vorwärts in die Vergangenheit“. Dieser Leitspruch ist kein Zufall: Für die 700 Jahre alten Mauern der Kirche ist die Musik aus dem Künstlerprogramm Zukunftsmusik – sie ist nämlich 400 Jahre jünger.

Andrianow eröffnete das Konzert mit einem Präludium aus Bachs Dritter Cello-suite. Gleichzeitig spannte das Publikum seine Regenschirme auf, da es begonnen hatte zu regnen – die alte Kirchenruine hat kein Dach, nur die Außenmauern sind erhalten. Der aufkommende Wind zwang den Künstler, kurz innezuhalten, um sein wertvolles Musikinstrument vor dem Regen zu schützen. Die Wetterbedingungen konnten die Stimmung des Publikums jedoch keineswegs trüben.

Ein Musikwissenschaftler moderierte nicht nur das Konzert, sondern half dem Publikum versiert, ganz in die Kunst- und

Musikgeschichte einzutauchen. Vogelgesang, die Geräusche der landenden Flugzeuge in dem naheliegenden Flughafen Powunden [Chrabrowo] und das Rascheln der Blätter halfen ihm dabei. Diese Synthese aus Natur und Musik mutete ganz besonders an.

Das Konzertfinale in der Dämmerung wurde dann freundlich heiter: Die Musiker beendeten das Konzert mit einer gemeinsamen Aufführung von Jean-Féry Rebels turbulenter Tanzsuite „Les Caractères de la danse“.

Zum Schluss sprach der Moderator über die Ewigkeit der Musik und ihre Vorteile im Vergleich zu Gebäuden: „Alte Musik hat mehr Glück als Architektur. Jedes Mal, wenn sie gespielt wird, erwacht sie wie Phönix aus der Asche zum Leben. Möge dieses Konzert ein musikalischer Zauber sein, der sich an diese Mauern richtet, mit dem Ziel, diese Kirche eines Tages so lebendig wie die Musik zu sehen.“

„Hüter der Ruinen“ trugen zur Rettung der Kirche bei

Die St.-Barbara-Kirche wurde 1324 erbaut und später mehrmals umgebaut und restauriert. Die Kirche wurde 1325 erstmals

urkundlich erwähnt. Das Kirchenschiff entstand zwischen 1324 und 1350, der Chor im späten 14. Jahrhundert und die Sakristei im Südwesten im 15. Jahrhundert. Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb die Kirche intakt und wurde als Kulturhaus genutzt. Nach seiner Schließung wurde das Gebäude in den 1970er Jahren vermutlich von Kindern in Brand gesteckt und beinahe abgetragen. 2006 löste sich eine während der Sowjetzeit aufgetragene Putzschicht von der Kirchenwand. Unter dieser Schicht wurde das alte Fresko entdeckt. 2007 erhielt die Kirche den Status eines „Kulturerebes von regionaler Bedeutung“. Im März 2010 wurde sie der Russisch-Orthodoxen Kirche übertragen.

Anfang 2022 beteiligte sich der Besitzer der Käserei im naheliegenden Schaaiken an der Rettung der St.-Barbara-Kirche. Gleichzeitig erklärte er, dass die Russisch-Orthodoxe Kirche ihm die Kirchenruine zur kostenlosen Nutzung zur Verfügung stelle. Geplant ist, den Altarbereich zu renovieren und vier Ikonen aufzustellen. 2024 hat die Freiwilligenbewegung „Hüter der Ruinen“ diese historische Stätte in Ordnung gebracht und eine Rasenfläche um die Kirche angelegt.

MELDUNGEN

Namenspatron des Bahnhofs

Allenstein – Seit Kurzem ist Allensteins neuer Hauptbahnhof fertiggestellt. Auch wenn sich an ihm aus architektonischen Gründen die Geister scheiden, den Namen, den er seit Juni trägt, wird kaum jemand kritisieren. Mit der Einweihung einer Gedenktafel für den „großen Gelehrten und Einwohner des Ermlands“ heißt er offiziell „Nikolaus-Kopernikus-Bahnhof in Allenstein“. Angestoßen hatte die Verleihung dieses Namens Radoslaw Król, der Woiwode von Ermland-Masuren: „Der alte Bahnhof, von dem einige architektonische Elemente im neuen Gebäude erhalten blieben, entstand zum 500. Geburtstag von Kopernikus“. Polens Minister für Infrastruktur lobte Kopernikus bei der Feier als Symbol für „Entwicklung, Wissenschaft, Ordnung, aber auch Denken in Systemen“, wie sie heute unter anderem in der Infrastruktur nötig seien. Für Einwohner und Reisende ist Kopernikus am Bahnhof mehr als eine Dekoration, er ist Symbol der Identität des Ermlands. U.H.



Erfolgreiche Mission: Denis Stein entlässt Goldfische in den Oberteich

Goldfische für Königsberg

Königsberg – Der engagierte Naturfilmer Denis Stein hat vor Kurzem 200 gezüchtete Goldfische in den Ober- und den Schlossteich in Königsberg ausgesetzt. Dort sollen sie sich nach Wunsch des Naturschützers und seines Sohnes Alexander, der ihm geholfen hat, vermehren. Das „lebende Gold“, wie er das Fischprojekt nennt, hat in den künstlich angelegten Teichen weniger natürliche Feinde als in Naturgewässern, dass die Fische dichter an der Oberfläche schwimmen und beobachtet werden können. MRK

Feuer bei Burg Schaaken

Neuhausen – Sieben Fahrzeuge der Feuerwehr mit insgesamt 26 Mann Besatzung waren nötig, um einen Brand, der am 11. Juli auf dem Gelände der Ordensburg Schaaken ausgebrochen war, zu löschen. Das Dach eines Cafés stand auf einer Fläche von 300 Quadratmetern in Flammen. Um eine Explosion zu verhindern, mussten eine Propangasflasche sowie zwei Kohlendioxidbehälter aus dem Gebäude entfernt werden. Menschen kamen nicht zu Schaden. Nach der erfolgreichen Brandlöschung mussten die Holzkonstruktion sowie die einsturzgefährdeten Reste des Dachs abgebaut werden. Ob es sich um Brandstiftung handelt, ist noch ungeklärt. MRK

SÜDLICHES OSTPREUSSEN

Mit dem Fahrrad auf den Spuren der Geschichte

Naturerlebnis mit Kultur verbinden – Die AGDM veranstaltete eine besondere Tour durch das Ermland

An einem Sommertag machten sich engagierte Mitglieder der Deutschen Minderheit auf den Weg zu einer Fahrradtour, die von Allenstein bis zum Ermland-Weingut (Warمیńska-Winnica) in Skaibotten führte. Die eintägige Veranstaltung verband Bewegung in der Natur mit der lebendigen Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte und Kultur der Region.

Unter der fachkundigen Leitung von Peter Dukat, dem Vorsitzenden der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM), führte die Route durch geschichtsträchtige Orte, die einst eine bedeutende Rolle im ostpreußischen Kulturraum spielten: In Elisenhof lernten die Teilnehmer die Vergangenheit eines alten Bürgerdorfes kennen. In Klein Kleeberg wurde die Aufmerksamkeit auf die Spuren einer prussischen Siedlung gelenkt, während Groß Kleeberg mit seiner eindrucksvollen Kirche und den historischen Persönlichkeiten wie Priester Paul Chmie-

lewski und Pfarrer Paul Bilitewski faszinierende Einblicke in das geistliche und kulturelle Leben vergangener Zeiten bot.

Ein weiterer Höhepunkt war das Dorf Quidlitz, wo die Teilnehmer ein technisches Kleinod bestaunen konnten: ein

zweistöckiges Aquädukt, das den Elisabeth-Kanal mit dem Victoria-Kanal kreuzt – ein beeindruckendes Zeugnis historischer Ingenieurskunst inmitten idyllischer Natur. In Skaibotten, kurz vor dem Ziel, sorgten eine farbenfroh gestaltete

Bushaltestelle sowie eine Gedenktafel zu Ehren von Nikolaus Kopernikus für Nachhaltigkeit.

Den krönenden Abschluss bildete der Besuch des charmanten Weingutes, das sich als wahres Juwel entpuppte. Auf dem Gelände des Weingutes, wo sich ein Gehege mit Alpakas zwischen Rebstöcken, sanften Hügeln und liebevoll gestalteten Gebäuden befindet, konnten die Teilnehmer die Eindrücke des Tages auf sich wirken lassen und die kulturelle Verbundenheit am Lagerfeuer feiern.

Die Fahrradtour war eine inspirierende Reise durch die Natur und Geschichte Ostpreußens, die nicht nur Wissen vermittelte, sondern auch das Gemeinschaftsgefühl stärkte. Finanziell gefördert wurde das Projekt vom Bundesministerium des Innern und für Heimat der Bundesrepublik und durch den Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG). Dawid Kazański



Mitten in der Natur: Fröhliche Radler auf Spurensuche

Bild: D.K.



ZUM 102. GEBURTSTAG

Tresp, Rosemarie, aus Glinken, Kreis Lyck, am 30. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Heinsch, Gertrud, geb. **Dehnert**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 25. Juli

Mick, Hilda, geb. **Crispin**, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 27. Juli
Schwill-Engelhardt, Ingrid, aus Lyck, am 28. Juli

Stiller, Alfred, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 25. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Gesick, Heinrich, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 27. Juli

Peip, Elli, geb. **Jedamzik**, aus Lyck, General-Busse-Straße 1, am 31. Juli
Speicher, Käte, geb. **Summek**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 30. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Höhle, Erna, geb. **Schilling**, aus Groß Münsterberg, Kreis Mohrungen, am 28. Juli

Schröder, Edith, geb. **Bienderra**, aus Orlau, Kreis Neidenburg, am 31. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Nickel, Willi, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 29. Juli

Polak, Horst, aus Neuvölklingen, Kreis Ortelsburg, am 25. Juli
Schultz, Edelgard, geb. **Malessa**, aus Ortelsburg, am 25. Juli

Woldeit, Ruth, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 31. Juli

Zinn, Hilde, geb. **Kosemund**, aus Watzum, Kreis Fischhausen, am 28. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Jäger, Ilse, geb. **Mehldau**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 25. Juli

Kipar, Erwin, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 25. Juli
Lüdtke, Walter, aus Rodental, Kreis Lötzen und aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 26. Juli

Soltek, Rudolf, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, am 25. Juli

Tyburcy, Melitta, aus Prostken, Kreis Lyck, am 30. Juli

Wargalla, Heinz, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, am 26. Juli

Wilhelm, Erna, geb. **Schipp**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 26. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brosziewski, Heinz, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 31. Juli

Bylitz, Georg, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 29. Juli

Filax, Horst, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 29. Juli

Forke, Friedel, geb. **Blasko**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 28. Juli

Herpell, Erdmut, aus Lyck, Mermeler Weg 10, am 29. Juli

Olvermann, Helga, geb. **Stanneck**, aus Lyck, Lycker Garten 78, am 26. Juli

Prill, Hansjürgen, aus Kniprode, Kreis Neidenburg, am 29. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bahl, Martha, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 27. Juli

Bobrowski, Erika, geb. **Pell**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 81, am 28. Juli

Burdenski, Horst, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 30. Juli

Kotzan, Günter, aus Talheim, Kreis Angerburg, am 20. Juli

Kröhnert, Alfred, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 30. Juli

Kuboteit, Irma, aus Warten, Kreis Elchniederung, am 29. Juli

Lange, Dr. Jürgen, aus Wehlau, am 31. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Badorrek, Heinz, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 30. Juli

Bush, Ruth, geb. **Lenkeit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 28. Juli

Cserni, Martha, geb. **Alexey**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 26. Juli

Gorlo, Ulrich, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 28. Juli

Guethe, Ruth, geb. **Grönig**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 30. Juli

Kremp, Gisela, geb. **Gerundt**, aus Ebenrode, am 28. Juli

Manthey, Elfriede, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 25. Juli

Porteleiroi, Hans, aus Regeln, Kreis Lyck, am 25. Juli

Redeker, Lieselotte, geb. **Hirsch**, aus Ebenhöf, Kreis Mohrungen, am 29. Juli

Wir gratulieren...

Ostpreußisches Landesmuseum

Veranstaltungen

Mittwoch, 30. Juli, von 14 bis 17 Uhr, Kosten 8,- Euro inklusive Material: **Die Trakehner Pferde und ihr berühmtes Gestüt. Sommerferientag für Kinder** von 8 bis 12 Jahren mit Katja Eichhorn. Bei diesem besonderen Ferientag im Museum dreht sich alles um die majestätischen Trakehner Pferde und das historische Gestüt. Gemeinsam entdecken die Kinder die faszinierende Welt dieser edlen Pferderasse, erfahren, wie die Trakehner gezüchtet werden, und lernen die Geschichte und Bedeutung des Gestüts kennen. Im kreativen Teil des Workshops können die Kinder die eigenen Pferde aus Knetmasse modellieren und/oder ein Pferde-Medaillon bemalen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Sonntag, 3. August, 14 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt: **„Siehe das Wunder!“ – aus der Religionsgeschichte Ostpreußens**. Führung durch die Dauerausstellung mit Dr. Jörn Barfod. „Siehe das Wunder! Im vollen Lauf, mit ausgespannten Segeln, eilt das Evangelium nach Preußen“, schrieb Martin Luther 1525. Vor 500 Jahren entstand die evangelisch-lutherische Kirche in verfasster Form. 1525 wurde das Herzogtum Preußen der erste evangelische Staat weltweit. Albrecht von Brandenburg wandelte den Deutschordensstaat in ein weltliches Herzogtum um, als Lehen des polnischen Königs. Zugleich führte er nach Hinweisen Luthers das evangelische Bekenntnis ein. Aus diesem historischen Anlass widmet sich die Sonntagsführung der wechselvollen Kirchengeschichte Ostpreußens. Anhand ausgewählter Exponate aus der Dauerausstellung werden zentrale Entwicklungen, Einflüsse und Besonderheiten anschaulich vermittelt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 30. Juli, von 14 bis 17 Uhr, Kosten 8,- Euro inklusive Material: **Die Trakehner Pferde und ihr berühmtes Gestüt. Sommerferientag für Kinder** von 8 bis 12 Jahren mit Katja Eichhorn. Bei diesem besonderen Ferientag im Museum dreht sich alles um die majestätischen Trakehner Pferde und das historische Gestüt. Gemeinsam entdecken die Kinder die faszinierende Welt dieser edlen Pferderasse, erfahren, wie die Trakehner gezüchtet werden, und lernen die Geschichte und Bedeutung des Gestüts kennen. Im kreativen Teil des Workshops können die Kinder die eigenen Pferde aus Knetmasse modellieren und/oder ein Pferde-Medaillon bemalen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 5. August, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,- Euro inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Thomas Mann in Nidden. Vortrag** von Manfred Schekahn in der Reihe „Museum Erleben“. Thomas Mann – Literaturnobelpreisträger und Weltbürger – verbrachte zwischen 1930 und 1932 die Sommermonate mit seiner Familie im litauischen Nidden. Hoch über dem Haff ließ er sich ein Sommerhaus errichten, das ihm zugleich Aussichtspunkt, Rückzugsort und Inspirationsquelle war. Die Eindrücke jener Jahre schilderte er ausführlich im Vortrag „Mein Sommerhaus“, den er 1931 bei den Rotariern in München gehalten hat. Manfred Schekahn, gebürtiger Niddener, Fischersohn und Pastor, erzählt vom Leben des Schriftstellers und seiner Familie in Nidden und lässt die Atmosphäre jener Sommer lebendig werden. Er war 16 Mal als Sommerpastor in Nidden tätig. Seit 2010 engagiert er sich ehrenamtlich im Ostpreußischen Landesmuseum. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 6. August, von 14 bis 17 Uhr, Kosten 8,- Euro inklusive Material: **Künstlerischer Ferientag. Sommerferientage für Kinder** von 8 bis 12 Jahren mit Jenke Eichhorn. Im Ostpreußischen Landesmuseum gibt es für Kinder viel zu entdecken! Über 200 Jahre Kunst – von älteren Gemälden aus der Abteilung Bildende Kunst bis zu zeitgenössischer Kunst aus Estland – werden behandelt und laden zum Staunen ein. In den spannenden Ausstellungen lernen kleine Künstler viele verschiedene Malstile kennen. Danach können sie selbst kreativ werden, malen und sogar eigene Kunstrichtungen erfinden!

Jenke Eichhorn ist Studentin der bildenden Kunst an der Hochschule für bildende Künste Braunschweig. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 14. August, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Die Zukunft der Kunst. Kinderclub** mit Jenke Eichhorn. In diesem Kinderclub dreht sich alles ums Gestalten und Kreativsein. Gemeinsam wird die spannende Sonderausstellung „Depicting the Future. Variations – Neue Kunst aus Estland“ erkundet und gelernt, was Kunst alles zu bieten hat. Im praktischen Teil können die Kinder ganz frei ihre eigenen Ideen umsetzen und die verschiedenen Techniken und Ausdrucksformen künstlerischer Arbeit kennenlernen. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Dienstag, 19. August, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Depicting the Future. Variations – Neue Kunst aus Estland. Führung durch die Sonderausstellung** mit Ursula Blanke-Dau in der Reihe „Museum Erleben“. Estland, am Rand und doch mittendrin. Mit Sachkenntnis und Humor gibt die Lüneburger Künstlerin Blanke-Dau leicht verständliche Einblicke in zeitgenössische Kunst aus Estland. Ihr langjähriger Austausch mit den ausstellenden Künstlerinnen und Künstlern ermöglicht es ihr, den Teilnehmenden einen spannenden Blick hinter die Kulissen der Sonderausstellung zu gewähren. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (gT) in Allenstein

6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo

Zusendungen für die Ausgabe 32/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 32/2025 (Erstverkaufstag 8. August) **bis spätestens Dienstag, den 29. Juli**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Schnaak, Liesel, geb. **Kromrei**, aus Reussen, Kreis Mohrungen, am 31. Juli

Schniesko, Gerlind, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 31. Juli

Statz, Fritz, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 25. Juli

Werschy, Gisela, geb. **Gengel**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 28. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Funk, Bruno, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 29. Juli

Gollub, Ernst-August, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 30. Juli

Minuth, Elisabeth, geb. **Albrecht**, aus Wehlau, am 25. Juli

Nadolny, Karl, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 27. Juli

Nehring, Gertrude, geb. **Hein**, aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen, am 30. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Adamus, Waltraud, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 30. Juli

Böhm, Herta, geb. **Lundschiene**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 30. Juli

Freiholz, Hildegard, geb. **Katzmarski**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 28. Juli

Henck, Ruth, geb. **Marzian**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 31. Juli

Janz, Bernhard, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 31. Juli

Kalleja, Inge, geb. **Harder**, aus Groß Blumenau, Kreis Fischhausen, am 26. Juli

Rogalski, Karl-Heinz, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 28. Juli

Walz, Manfred, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 29. Juli

Wörmann, Gerda, geb. **Circlel**, aus Breitenfelde, Kreis Neidenburg, am 25. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Biehl, Gisela, geb. **Garbrecht**, aus Ebenrode, am 25. Juli

Brzoska, Botho, aus Rettkau, Kreis Neidenburg, am 25. Juli

Domsalla, Elfriede, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 25. Juli

Gardewischke, Hans-Georg, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 28. Juli

Kaniewski, Karin, geb. **Eggert**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 26. Juli

Knapp, Evelyn, geb. **Bienko**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 31. Juli

Knorr, Günter, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 28. Juli

Kondracki, Inge, geb. **Zippies**, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 25. Juli

Opitz, Ingrid, geb. **Risch**, aus Ortelsburg, am 25. Juli

Schardt, Beate, aus Gumbinnen, Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof

Schulz, Siegfried Dieter, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 30. Juli

Wriedt, Günter, aus Richau, Kreis Wehlau, am 26. Juli

Zander, Siegrid, geb. **Block**, aus Ortelsburg, am 31. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Klein, Gerd, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 29. Juli

Lyszewski, Hans, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 25. Juli

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

ANZEIGE



Vorsitzender: Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, Telefon (0178) 1744376, E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de

Nehmen Sie Kontakt auf

Pforzheim – Haben Sie Erinnerungen an Ostpreußen? In Wort, Bild, als Podcast oder in anderer Form? Wir freuen uns sehr, wenn Sie uns diese zur Verfügung stellen. Wir bewahren Ihre Erinnerungen und geben sie weiter, damit sie nicht verlorengehen.

Ebenso interessieren uns Berichte von Reisen ins heutige Ostpreußen.

Kontaktdaten: Dr. Georg Müller, 1. Landesvorsitzender Landsmannschaft Ostpreußen Landesgruppe Baden-Württemberg, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de, Mobil: (0178) 1744376.

Gerne begrüßen wir Sie als neues Mitglied in unserer Landsmannschaft. Sehr gerne auch Menschen, deren Herz für Ostpreußen schlägt, auch wenn sie nicht dort geboren sind.

Bewahren Sie dieses Vermächtnis! Machen Sie bei uns mit. Mitgliedsanträge erhalten Sie unter der oben genannten Adresse.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Schlesien

Hof – Bei der Monatsversammlung im Juli begrüßte Jutta Starosta die Mitglieder und gratulierte den Geburtstagskindern der letzten Wochen. Kulturwart Bernd Hüttner stellte als Prominenten Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach vor. Danach nahm die zweite Vorsitzende alle mit auf eine Reise

nach Schlesien. Ein kurzes Brainstorming zum Thema brachte eine Vielzahl an Begriffen zutage: Breslau, Riesengebirge, Oder, Schneekoppe, Streuselkuchen, Trachten, Schinesisches Himmelreich, Bunzlauer Geschirr, Rübezahl... Diese Aspekte wurden später im Vortrag aufgegriffen.

Die historische Region Schlesien liegt im östlichen Mitteleuropa, größtenteils in dem Gebiet der heutigen Republik Polen, ein kleiner Teil in dem Gebiet der Tschechischen Republik sowie der Bundesrepublik Deutschland, und hat eine lange, wechselvolle Geschichte. Bereits im 10. Jahrhundert war es Teil des Piastenreiches. Im 14. Jahrhundert fiel Schlesien an die Böhmisches Krone und damit später an die Habsburger Monarchie. 1742 wurde ein Großteil im Schlesischen Krieg von Preußen unter Friedrich dem Großen erobert. Im 19. Jahrhundert galt es als wichtige Industrieregion im Kaiserreich. Im Zweiten Weltkrieg wurde Schlesien zerstört und 1945 in großen Teilen der Republik Polen zugesprochen. Die deutsche Bevölkerung musste fliehen oder wurde vertrieben – etwa vier Millionen Schlesier verloren ihre Heimat.

Die Landschaft

Die Landschaft Schlesiens ist abwechslungsreich. Im Süden – an der Grenze zu Tschechien – erstrecken sich die Sudeten, eine Mittelgebirgslandschaft. Besonders bekannt ist das Riesengebirge. Die Schneekoppe ist mit 1603 Metern der höchste Berg. Orte wie Hirschberg oder Krummhübel waren früher beliebte Urlaubsziele. Die Region Niederschlesien – im Westen Schlesiens – ist hügelig mit weiten Feldern, Obstbäumen, kleinen Dörfern. Schlösser und Herrenhäuser aus vergangenen Jahrhunderten sind teilweise noch gut erhalten. Der Fluss Oder durchzieht das Land. Er ist nicht nur ein wichtiger Verkehrsweg, sondern prägt auch das Landschaftsbild. In dieser Region liegt auch Breslau – mit

vielen Brücken, Parks und einer reizvollen Altstadt direkt am Wasser. Die Stadt weist eine über tausendjährige Geschichte auf und ist mit circa 640.000 Einwohnern die drittgrößte Stadt in der Republik Polen. Die niederschlesische Hauptstadt wird häufig auch als Venedig des Ostens bezeichnet. Neben zwölf Inseln gibt es weit über 120 Brücken. Das industrielle Herz Schlesiens findet man in Oberschlesien, im Osten der Region. Es ist reich an Bodenschätzen und war deshalb über Jahrzehnte eine bedeutende Industrielandschaft. Kohle- und Erzabbau, Berg- und Stahlwerke gab es vor allem rund um Kattowitz, Beuthen und Gleiwitz. Doch prägte auch Landwirtschaft die Gegend. Die Dörfer erfreuten mit Backsteinhäusern, Dorfkirchen und Kopfsteinpflaster.

Schlesien war eine multireligiöse Region. Katholiken gab es überwiegend in Oberschlesien. Evangelische Christen waren vor allem in Niederschlesien ansässig und die große jüdische Gemeinde lebte hauptsächlich in Breslau. Der Glaube war tief im Alltag verankert. Sonntagsmesse, Prozessionen und Wallfahrten gehörten dazu. Wallfahrtsorte wie Albendorf oder Grüssau waren spirituelle Mittelpunkte. Im Kanon der jährlich wiederkehrenden Feste nahm der Barbaratag am 4. Dezember eine große Rolle ein. Er war das Hochfest der Bergleute. Mit Uniformen, Gottesdiensten, Musik und Festzügen war er tief in der schlesisch-oberschlesischen Bergbautradition verankert. Die schlesischen Kirchen waren katholisch geprägt, es gab aber auch bedeutende evangelische Bauwerke. Die Friedenskirchen waren einzigartige Zeugnisse des konfessionellen Ausgleichs. Viele Kirchen wurden im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigt, aber später restauriert, und sind heute Orte des Glaubens, der Kultur und des Gedenkens.

In Schlesien gibt es zahlreiche beeindruckende Schlösser und Burgen, teils restauriert, teils als

Wer kannte den Generalmajor Fritz Fullriede?

Mein Name ist Lutz Dessau, Historiker und Publizist. Ich suche nach Zeitzeugen, die sich im Februar/März 1945 in Kolberg oder im Seeraum vor der Stadt aufgehalten haben – als Soldat, Einwohner oder Flüchtling – und die bereit wären, mir Auskunft über ihre Erlebnisse zu geben. Die Auskünfte sollen in eine Publikation Eingang finden. Und: Wer hat in Afrika, Italien oder an anderen Kriegsschauplätzen/Orten vor oder nach dem 2. Weltkrieg Kontakt zum Kolberger Kommandanten Oberst Fritz Fullriede gehabt?

Für Rückfragen: 0381-2015998 oder lutz.dessau@gmx.de

Ruinen erhalten. Schloss Fürstenstein (Waldenburg) ist das größte Schloss Schlesiens und das drittgrößte in der Republik Polen. Berühmt ist es für seine unterirdischen Gänge, die wunderschönen Parkanlagen und die prachtvollen Innenräume. Schloss Moschen bei Opatowitz ist im Stile eines Märchenschlosses errichtet und besitzt 99 Türme und über 300 Räume. Die Gröditzburg bei Bunzlau wurde auf einem erloschenen Vulkan erbaut und verfügt über eine spektakuläre Aussicht. Das Piastenschloss Brieg wird oft als „schlesisches Wawel“ bezeichnet. Der Vergleich mit der Residenz der polnischen Könige, der Wawel in Krakau, sollte dessen Bedeutung als politisches, kulturelles und dynastisches Zentrum unterstreichen.

Bei einem Streifzug durch Schlesien darf natürlich auch die schlesische Küche nicht vergessen werden: Klöße, Kraut und Braten, Mohn- und Streuselkuchen, Sauer- und Biersuppe sowie das schlesische Himmelreich (ein Festtagsgericht mit Räucherfleisch, Backobst und Gewürzen) weckten Erinnerungen. Erwähnung fand auch das Bunzlauer Geschirr. Die handbemalte Salzglasur-Keramik, mit dem typischen Pfauenaugenmuster in kobaltblau, weiß, braun und grün gibt es seit dem 17. Jahrhundert. Früher Alltagsgeschirr dient es heute auch als Sammelobjekt und Ausdruck schlesischer Kunsthandwerkstradition. Am Ende ihrer Ausführungen ging die Referentin noch auf den Berggeist Rübezahl ein und erzählte die Geschichte, wie die sa-

genhafte Gestalt aus dem Riesengebirge zu ihrem Namen kam. Das mitgebrachte Bild- und Kartenmaterial bot noch Anlass für Gespräche und so ging der Nachmittag mit regem Austausch zu Ende. J.S.

Sommerpause

Hof – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen trifft sich nach der Sommerpause am Sonnabend, 13. September, 15 Uhr, Jahneheim in Hof wieder. Thema ist „Erntedank“. Gäste sind herzlich willkommen.

Preußen

Nürnberg – Dienstag, 29. Juli, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1: Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen zu einem Bericht über Preußen.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Ostpreußischer Gottesdienst

Hamburg-Harburg – Sonntag, 27. Juli, 10 Uhr, St. Johanniskirche, Bremer Straße 9: Ostpreußischer Heimatgottesdienst mit Pastorin Sabine Kaiser-Reiss und anschlie-

Fortsetzung auf Seite 16



Lädt Ostpreußen und Ostpreußeninteressierte zur Kontaktaufnahme ein: Die Landesgruppe der LO Baden-Württemberg Bild: G. Müller

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre PrämiePrämie 1:
Leuchtglobus

Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2:
Renaissanceglobus

Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

ßendem Gespräch bei Kaffee, Tee und Gebäck im Gemeindesaal. Erreichbar mit der Bahn S3 und S5, Station Hamburg-Rathaus; von dort fünf Minuten Fußweg.



Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Neuer Treffpunkt

Wetzlar - Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreis Wetzlar, ändert das Veranstaltungsort für seine monatlichen Treffen ab September. Ab 16. September ist der Veranstaltungsort: Gaststätte Taverna Bodenfeld bei den Tennisplätzen (Bodenfeld 1).

Lothar Rühl

Marion Gräfin Dönhoff

Wetzlar - Dienstag, 16. September, 11.15 Uhr, Gaststätte Taverna Bodenfeld bei den Tennisplätzen, Bodenfeld 1: Marion Gräfin Dönhoff - ihre Liebe zu Ostpreußen. Gerd-Helmut Schäfer zeichnet ihr Leben nach. Die auf Schloss Friedrichstein bei Königsberg in Ostpreußen geborene Journalistin engagierte sich aktiv gegen das NS-Regime und galt als einflussreichste deutsche Publizistin der Nachkriegszeit. Der Eintritt zu dem Vortrag ist frei.

Bürgerfahrt

Wetzlar - Dienstag, 21. Oktober, 11.15 Uhr, Gaststätte Taverna Bodenfeld bei den Tennisplätzen, Bodenfeld 1: Bericht über eine Bürgerfahrt nach Deutsch Eylau. Unter diesem Titel schildert Wolfgang Post, seine Erfahrungen über eine Reise. Zudem wird dabei das Erntedankfest gefeiert. Der Eintritt zu dem Vortrag ist frei.

Auf Spurensuche

Wetzlar - Dienstag, 18. November, 11.15 Uhr, Gaststätte Taverna Bodenfeld bei den Tennisplätzen, Bodenfeld 1: Königsberg heute und gestern. So lautet der Titel eines Vortrags, den der Wetzlarer Wolfgang Warnat beim Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Wetzlar, halten wird. Der Eintritt zu dem Vortrag ist frei.



Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, Stellv. Vorsitzender: Joachim Mross, Schriftführerin: Dr. Bärbel Beutner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@ostpreussen-NRW.de, Internet: Ostpreussen-NRW.de

GHH - Ferienwoche

Düsseldorf - Montag, 4. August, bis Donnerstag, 7. August, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, Internet:

www.g-h-h.de: Kinderferienwoche: Heimatgeschichten, Geschichte und Natur erleben rund um Düsseldorf.

Der Sommer lädt ein, die Wurzeln der Region zu entdecken. Mit Ausflügen in die nähere Umgebung soll die Geschichte des Bergischen Landes und des Niederrheins erforscht und die Gegend vor der Haustür kennengelernt werden. Burgen, Flüsse und Wälder laden ein, die heimatischen Gefilde zu durchstreifen und mehr über das Land und seine Nachbarn zu erfahren.

Die Ferienwoche, eine gemeinsame Veranstaltung von Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus und Initiative erLeben e.V., richtet sich an Kinder im Alter von acht bis zwölf Jahren, die ihre (neue) Heimat gemeinsam erkunden möchten.

Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung bis zum Mittwoch, 30. Juli erforderlich bei: Dr. Sabine Grabowski, Telefon (0211) 16991-13, oder per E-Mail: grabowski@g-h-h.de.



Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM Fl e.V.)

Flensburg - Wie jeden Monat einmal trafen sich die Mitglieder der

VLM Fl e.V. bei herrlichem Sommerwetter im TSB-Heim, dieses Mal zum Sommergrillen - auch das ist schon eine Tradition. Eine lange schmale Tafel war gezogen, an der ein Austausch mit dem Gegenüber bequem möglich war, während draußen auf der Terrasse Würste und Filets bräunten und dufteten. So waren denn auch die Gespräche bei Tisch lebhaft und heiter. Spannende Geschichten aus dem Alltag wurden erzählt, überraschende und beglückende Erlebnisse mit hilfreichen Menschen im Bus-, Auto- und Bahnverkehr, denen alle lauschten, auch ein Märchen von einer cleveren Hausangestellten war zu hören aus dem Schatz der Brüder Grimm. Wie immer endete der fröhliche Nachmittag mit dem gemeinsamen Singen des Pommer- und des Ostpreußenliedes. Dankbar und herzlich wurde Abschied genommen in Vorfreude auf das nächste Beisammensein im August.

Ingrid Jacobsen



Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, GSt.: Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

Angerburger Tage

Rotenburg (Wümme) - Freitag, 12. bis Sonnabend, 13. September, Hotel Harmonie, Am Pferdemarkt 3: Angerburger Tage mit „Begrüßungsabend“ am Freitag, 19 Uhr,

Forum Baltikum - Dittchenbühne



Mitspielerinnen und Mitspieler für mittelalterliches Schauspiel sowie Requisiten gesucht. Demnächst beginnen an der Elms-horner „Dittchenbühne“ die Proben für das mittelalterliche Schauspiel „Heinrich von Plauen“.

Wer Lust hat, bei diesem Mittelalter-Stück mitzumachen, kann sich gern bei der Dittchenbühne melden. Sehr will-

kommen sind auch Gewandungen, Rüstungen und Waffen, die mittelalterlichen Originalen nachempfunden sind.

Nähere Informationen und Terminvereinbarung im Büro des „Forum Baltikum - Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elms-horn Telefon (04121) 89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de, Internet: www.dittchenbuehne.de

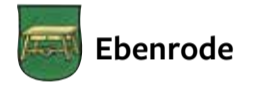
hierzu bitte anmelden, und Gedenken am Patenschaftsstein, Sonnabend, 10.30 Uhr, Mitgliederversammlung, 11 Uhr, Filmvorführung, 14 Uhr, und gemütliches Beisammensein am Sonnabend.

Bitte merken Sie sich den Termin vor oder melden sich direkt bei der Geschäftsstelle an.

31634 Steimbke, Landkreis Nienburg/Weser, Telefon (05026) 357, E-Mail: info@hotelzurpoststeimbke.de: Treffen der Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein. Wir bitten, diesen Termin vorzu-merken.



Kreisvertreter: Elard von Gottberg, Dorfstraße 10, 39291 Ziepel, E-Mail: Elard.gottberg@gottberg-logistik.de



Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 88139, Gerhard.kuebart@googlemail.com

Mitgliederversammlung

Kassel - Sonnabend, 13. September, 14 Uhr, Magistratssaal, Rathaus: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Ebenrode. Anmeldung erbeten. Feier „110 Jahre

Heimattreffen

Steimbke - Freitag, 5. September, bis Sonnabend, 6. September, Hotel zur Post, Stöckser Straße 4,

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a 3x3 magic square and a word search section.

Schüttelrätsel

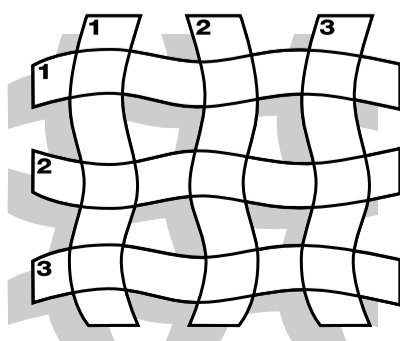
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Scrambled crossword puzzle grid with letters in the question fields.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für eine Bootwettkfahrt.

Middle word puzzle grid with words KAUF, FISCH, SKI, WAREN, FELS, EIN, MODELL on the left and LOS, KORB, LOIPE, BAR, OLM, BANK, ZUG on the right.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 schweiz. Tennisspieler (Roger)
2 der siebte Ton der diaton. Tonleiter
3 Staaten bildendes Insekt

Heimatkreisgemeinschaften

Patenschaft“. Bitte zahlreich erscheinen.

Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05232) 3232, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold, **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de, www.goldap.de

Goldaper Sommerfest

Goldap – Am 19. Juli fand das diesjährige Goldaper Sommerfest im Garten des Haus der Heimat statt; es war die 29. Ausgabe dieses schon traditionsreichen Festes.

Die Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen konnte auf ihrer Veranstaltung gut 100 Gäste begrüßen, darunter den Vorsitzenden des Minderheitenausschusses des ermländisch-masurischen Landtages, Jaroslaw Sloma, den Vizemarschall der Woiwodschaft Podlasien, Jacek Piorunek, die Vorsitzende des Goldaper Stadtrates, Wioletta Anuszkiewicz, die Kreisvertreter der Nachbarkreise Darkehmen und Angerburg, Bettina Schöpfgens-Cohrs und Wolfgang Schiemann und den Allensteiner Domherren André Schmeier. Letzterer hielt auch das geistliche Wort.

Stephan Grigat, Kreisvertreter der Goldaper, unterstrich die Bedeutung der ostpreußischen Heimat, ihrer Kultur, Geschichte und Strahlkraft.

Die Kreisgemeinschaft lud zu Kaffee und Kuchen und zu einem anschließenden zünftigen Grillfest ein.



BILD: STEPHAN GRIGAT

Sommerfest der Goldaper: (von links) Domherr André Schmeier, Damian Wierzchowski, Uwe Hahnkamp, Jaroslaw Sloma und Stephan Grigat

pelle Gehrden an. Die festliche Feierstunde beginnt um 16 Uhr. Ab 18 Uhr sind alle zu einem Konzert mit Sänger Bernd Krutzinna, bekannt als BernStein eingeladen. Anschließend gemütliches Beisammensein. Der Eintritt ist kostenlos.

Der Sonntag endet für alle Übernachtungsgäste mit dem gemeinsamen Frühstück.

Änderungen vorbehalten. Bitte kommen Sie zahlreich.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil e. V.

Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hedesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Geschäftsstelle: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hedesheim

Treffen

Köln – Sonnabend, 2. August, 14 Uhr, Brauhaus Köln-Dellbrück, Dellbrücker Hauptstraße 61: Treffen der Memellandgruppe Köln. Wie immer besteht die Möglichkeit ab 13 Uhr ein Mittagessen einzunehmen. *Ingrid Schröder*

Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net.

Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimtmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

76. Heimatkreistreffen

Verden – Wochenende, 19. bis 21. September, Landhotel Zur Linde, Thedinghauser Straße 16:

76. Heimatkreistreffen. Hierzu sind alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft, also alle Kreisblattbezieher, und Familienangehörige sowie Freunde und Bekannte herzlich eingeladen.

Das Landhotel liegt auf der anderen Seite der Aller, etwa 1,4 Kilometer vom Bahnhof entfernt. Bei Bedarf werden Sie gerne vom Bahnhof abgeholt, melden Sie sich bitte unter (0174) 2900486.

Freitag, 19. September, 9.30 bis 11 Uhr, Landkreis Verden, Eingang Ost, Lindhooper Straße 67: Das Heimatmuseum ist für die Delegation aus Ostpreußen und Besucher des Kreistreffens geöffnet. 14.30 Uhr, Kreishaus, Haupteingang, 1. OG, Raum 1099: Gesamtvorstandssitzung der Kreisgemeinschaft Pr. Eylau.

Sonnabend, 20. September, 9.30 Uhr: Abfahrt mit dem Shuttlebus vom Landhotel zum Bürgerpark. 10 Uhr, Bürgerpark: Kranzniederlegung und Ansprache von Pfarrer Hermann. 11 Uhr, Landhotel: offizieller Empfang und Feierstunde der Stadt Verden (Aller) und des Landkreises Verden. Im Anschluss, Umtrunk mit original ostpreußischem Pillkaller und der Möglichkeit zur Unterhaltung mit den Gästen und den Partnern aus unserer Heimat. 14 Uhr, Landhotel, Raum 1099: Mitgliederversammlung. 15.30 Uhr: gemeinsames Kaffeetrinken mit typisch ostpreußischem Blechkuchen und genügend Zeit, um sich zu unterhalten, alte Erinnerungen auszutauschen und aufzufrischen. 16.30 Uhr: Der Beauftragte der Kreisgemeinschaft, beantwortet Fragen zur Familienforschung und gibt Einblicke in die Familienforschung. 18 Uhr: Referat von Dietmar Anger „Ännchen von Tharau“, eine Legende aus dem Heimatkreis Pr. Eylau. 18.30 Uhr: gemeinsames Abendessen mit allen Teilnehmenden, Gerichte à la carte. 19.30 Uhr: Heimatabend, es wird ein Film über Pr. Eylau gezeigt, gemeinsam gesungen, ein weiterer Film über Ostpreußen gezeigt und danach wird es ein gemütliches Beisammensein geben.

Sonntag, 21. September, 9.30 bis 12 Uhr: Landkreis Verden, Eingang Ost, Lindhooper Straße 67: Das Heimatmuseum ist für die Besucher des Kreistreffens geöffnet. 10 Uhr: gemeinsames zweites Frühstück – Klein Mittag – zum

Plachandern mit der Möglichkeit zum Austausch von Erinnerungen und Erlebnissen, denn Ostpreußen sind sehr gesprächig. Außerdem werden Fragen zu den Bildtafeln und Aushängen beantwortet. Vielleicht können Fragen beantwortet werden, die Eltern oder Großeltern nicht mehr beantworten können. Es werden, wie auch in den vergangenen Jahren, zahlreiche Bildtafeln aufgestellt.

Weitere Informationen: Das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau befindet sich im Verdener Kreishaus, Eingang Ost, und ist am Freitag und am Sonntag von 9.30 bis 12 Uhr geöffnet. Der Weg im Kreishaus ist ausgeschildert. Nach vorheriger Anmeldung, spätestens bis zum 15. September, und Nennung des Wunsches per E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de wird die Beauftragte für das Archiv der Kreisgemeinschaft am Freitag im Heimatmuseum/Archiv anwesend sein und Fragen beantworten oder im Archiv in den vorhandenen Unterlagen nachsehen.

Der Bücherstand während des Kreistreffens bietet Ostpreußenliteratur sowie Bücher der Kreisgemeinschaft zu folgenden Zeiten an: Am Sonnabend ab 13 Uhr und am Sonntag ab 10 Uhr.

Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Hauptkreistreffen

Wesel – Sonnabend, 9. August, bis Sonntag, 10. August, 11.30 Uhr, Gaststätte Bürger-Schützen-Haus zu Wesel, An der Tent 9: Hauptkreistreffen.

Sonnabend, 9. August, 10 Uhr, Friedhof, an der „Trauern den Vesalia“, Caspar-Baur-Straße: Kranzniederlegung. Ab 15 Uhr, Hotel Kaiserhof, Kaiserring 1: geselliges Beisammensein.

Sonntag, 10. August, 9.30 Uhr, Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 82: Evangelischer Gottesdienst. 11 Uhr, Bürger-Schützen-Haus zu Wesel, An der Tent 9: Hauptkreistreffen. Es wird Mittagessen geben. 14.30 Uhr: Musikeinführung, Blasmusik Lackhausen, Begrüßung durch Hubertus Hilgendorff, gemeinsames Singen, Ansprachen von Heinrich Friedrich Hesselmann, stellvertretender

Landrat des Kreises Wesel, und Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel. 16 Uhr: Großer Zapfenstreich, Blasmusik Lackhausen und Tambourcorps Wesel-Fusternberg. 16.30 Uhr: geselliges Beisammensein.

Mitgliederversammlung

Wesel – Sonntag, 10. August, 11.30 Uhr, Gaststätte Bürger-Schützen-Haus zu Wesel, An der Tent 9, unweit des Haupteingangs der Niederreinhalle, mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Kreisvertreter, 2. Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr, 3. Bericht des Kreisvertreters, 4. Kassen- und Prüfungsbericht, 5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung, 6. Haushaltsplan 2026, 7. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“, 8. Bildband, 9. Rastenburger Treffen 2025/26, 10. Verschiedenes.

Anträge beziehungsweise Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 3. August einzureichen. Autos können auf dem Parkplatz an der Rundsporthalle kostenlos geparkt werden. Fragen beantwortet die Geschäftsstelle Rastenburg telefonisch unter (0281) 26950.

Hubertus Hilgendorff

DOKUMENTATIONSZENTRUM FLUCHT VERTRIEBUNG VERSÖHNUNG

Flucht und Ankommen

Erinnerungen bewahren und öffentlich machen. Schon heute nutzen viele Besucher das Angebot im Lesesaal

Den aktuellen Sammlungsaufruf anlässlich 80 Jahre Flucht und Vertreibung startete das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung am 12. Januar, genau 80 Jahre nachdem im Jahr 1945 die Großoffensive der Roten Armee, die Weichsel-Oder-Operation, begann.

Die Resonanz ist eindrucksvoll. Über 1000 Rückmeldungen sind eingegangen und davon haben das Dokumentationszentrum bis heute 832 Einsendungen mit Fluchtberichten, lebensgeschichtlichen Erinnerungen, Fotos und Dokumenten erreicht. Aktuell werden die persönlichen Berichte und Unterlagen erschlossen, um sie schnellstmöglich zugänglich zu machen. Rund 20 Prozent der Einsendungen, die über die Schrecken von Flucht und Vertreibung aus den preußischen Ostprovinzen zwischen Ostsee und Riesengebirge, aber auch aus den deutschen Siedlungsgebieten im östlichen und südöstlichen Europa berichten sind schon über die Medienstationen im Dokumentationszentrum recherchierbar und zugänglich, wie bereits über 1000 weitere Berichte, die seit 2017 gesammelt wurden. Wie zum Beispiel die Flucht der sechsjährigen

Monika Klingener aus Königsberg, über Rauschen nach Schleswig-Holstein. Sie konnte ein Fotoalbum retten und bekam einen Teddy geschenkt als Ersatz für ihre verlorene Puppe, der noch heute ein Stück Kindheit bewahrt.

Einige Zeitzeugen und Nachkommen entscheiden sich bewusst, die Originale zu behalten und stellen stattdessen Scans zur Verfügung, ein guter Kompromiss zwischen privater Erinnerung und Bewahren für eine breite Öffentlichkeit. Sehr viele Einsendungen stammen von Kindern und Enkeln der Überlebenden von Flucht und Vertreibung, aber es schreiben auch noch zahlreiche Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, meist mit sehr persönlichen Erzählungen.

Für eine abschließende Bilanz ist es noch zu früh, denn oft wird auch nach Rückfragen durch die engagierten Mitarbeiter des Dokumentationszentrums zusätzliches Material nachgereicht, viele Konvolute sind daher noch nicht komplett. Man kann aber schon feststellen, dass die Mehrzahl der Einsendungen klassische Fluchtberichte sind, oft sehr bewegend. Historische Schriftstücke und Fotos sind meist nur einzuordnen, wenn es dazu einen Bericht gibt. In

etlichen Familien haben dazu nun Recherchen begonnen, damit den bewahrten Dokumenten eine Geschichte zugeordnet werden kann.

Das Ziel des Aufrufs wird in jedem Fall in beträchtlicher Zahl erreicht werden: Lebensgeschichten sichtbar zu machen und vor dem Vergessen zu bewahren und zugleich nachgeborenen Generationen über Berichte von Zeitzeugen eine Annäherung an das Schicksal von Eltern und Großeltern zu ermöglichen. Dies ist insbesondere dann wichtig, wenn es in der eigenen Familie niemanden mehr gibt, der befragt werden kann. Das Dokumentationszentrum schafft mit seinem Zeitzeugenarchiv auf diese Weise Raum für Familienforschung, Verständnis und Mitgefühl. Täglich nutzen insbesondere Nachfahren von Vertriebenen dieses Angebot im Lesesaal des Dokumentationszentrums.

Leonie Mechelhoff/PAZ

● **Einsendungen** per E-Mail an: geschichten@f-v-v.de, per Post an Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Zeitzeugenarchiv, Anhalter Straße 20, 10963 Berlin. Mehr Informationen im Internet unter www.f-v-v.de oder Telefon (030) 2062998-0.



Über die Internetseite, per E-Mail oder Post: Erinnerungen teilen geht auf vielen Wegen

Bild: SFVV

TOLKEMIT

Simon Grunau als Schwindel-Chronist der Prußen

Mit der Wahrheit nahm es der Dominikanermönch nicht so genau, wenn es um den von ihm gehassten Deutschen Orden ging

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die schriftlichen Quellen zur frühen Geschichte Ostpreußens sind eher rar und leider auch nicht immer zuverlässig. Als Musterbeispiel hierfür gilt die „Cronika und Beschreibung allerlütlichenn, nützlichsten und waaren historien des namkundigenn landes zu Prewssen“ aus der Feder des Dominikanermönches Simon Grunau, welche die Ereignisse bis zum Jahre 1530 in insgesamt 24 Büchern abhandelt. Zunächst schöpften die Wissenschaftler ausgiebig aus dieser Quelle, doch dann begann der führende preußische Landeshistoriker Max Toeppen Grunaus Werk ab 1853 auf vernichtende Art und Weise zu kritisieren.

Die Folge davon war unter anderem ein Eintrag in der „Allgemeinen Deutschen Biographie“ von 1879, in dem die Chronik unumwunden als „Tendenzschrift der schlimmsten Art“ bezeichnet wurde, welche „die Tradition der preußischen Geschichte vergiftet“ habe. Im Einzelnen hieß es, Grunau „entstellt ... seine Vorlagen auf das Aergste zu Gunsten seiner Tendenz, erfindet Daten und Zahlen willkürlich und construirt sich für seine Fabeln eine Anzahl Gewährsmänner, die nur in seinem Kopfe existirt haben“. Und dieser Vorwurf war tatsächlich über weite Strecken berechtigt, wobei die problematische Art und Weise der Darstellung aus Grunaus Lebensweg resultierte.

Vom Mönch zum Lesemeister

Der von vielen als „Tolkemiter Lügenmönch“ bezeichnete Histograph erblickte zur Mitte des 15. Jahrhunderts in einer ostpreußischen Kleinstadt am Frischen Haff das Licht der Welt. Im Jahr 1470 trat er in das Dominikaner-Kloster in nicht weit entfernten Elbing ein. Zehn Jahre später ging Grunau nach Padua, um in der norditalienischen Universitätsstadt ein anspruchsvolles theologisches Studium



Banner und Wappen des Widowuto nach Simon Grunau. Der angeblich erste König der Prußen entbehrt jeglicher historischen Grundlage, sondern ist eine Erfindung der humanistischen Geschichtsspekulation des 16. Jahrhunderts
Bild: Wikimedia

zu absolvieren. Nach dessen erfolgreichem Abschluss wirkte er von 1483 bis 1502 weiter als Leiter der Elbinger Ordensschule sowie als Lesemeister. Dem folgte dann ein Wechsel nach Danzig, be-

vor es Grunau im Jahr 1514 nach Liegnitz verschlug. 1517 erfolgte schließlich seine erneute Rückkehr nach Danzig, wo der Dominikaner mit der intensiven Arbeit an seiner Chronik begann. In dieser zeigte er

sich unverblümt als scharfer Widersacher des Deutschen Ordens und der Reformation sowie als engagierter Parteigänger der polnischen Krone.

Kriegererlebnisse als Prägung

Seine Heimatstadt war 1440 in den gegen den Orden opponierenden Preußischen Bund eingetreten, der freiwillig auf die Seite des polnischen Königs Kasimir IV. wechselte, was zum Dreizehnjährigen Krieg zwischen dem Deutschen Orden und den Städten des Preußischen Bundes führte. In dessen Verlauf kam es 1456 zur Plünderung und Brandschatzung von Tolke mit durch die Ordensritter. Furchtbare Kriegsgeschehen, die Grunau wahrscheinlich als Kind miterlebte und die ihn nachhaltig prägten. Ebenso dürfte er Zeuge des Ansturms des Deutschen Ordens gegen Danzig gewesen sein.

Späterhin wurde Grunau dann außerdem noch mit der hereinbrechenden Reformation konfrontiert, die auch zu Ausschreitungen gegen Klöster, insbesondere solche der Dominikaner, führte. Gleichzeitig erlebte er die Gegenmaßnahmen des polnischen Königs Sigismund I., den er persönlich kannte und schätzte.

Vor diesem Hintergrund beschwor Grunau den Verfall Preußens und der katholischen Kirche im Lande, wobei er für beide Übel die „teufliche Politik“ der Hochmeister des Deutschen Ordens verantwortlich machte. Um seine Argumentation zu untermauern, manipulierte er sogar historische Urkunden und präsentierte dem Leser allerlei „Wirtshausgeschwätz mit schmutzigen Anekdoten vermischt“, wie der Bibliothekar und Historiker Max Perlbach 1879 durchaus zu Recht in der „Allgemeinen Deutschen Biographie“ schrieb.

Unverzichtbares Unikat

Grunau aktualisierte die „Cronika“ von „Prewssen“, bis er verstarb, was wohl im Jahr 1530 geschah. Ein exaktes Todesda-

tum ist nicht bekannt. Bei seiner Arbeit an den Annalen ließ der Dominikaner immer wieder Bewunderung für die Prußen, also die nichtdeutschen Ureinwohner des späteren Ostpreußens, erkennen. So fügte er etliche wohlwollende Passagen über die Herkunft, Kultur, Sprache und Religion der Prußen ein, welche seine Chronik letztlich trotz all ihrer Schwächen für die Geschichtswissenschaft interessant machen, denn in manchen Belangen war Grunau so ziemlich der einzige Gewährsmann für die Nachwelt.

Plagiat und Phantasieprodukt

Unter anderem enthalten seine Aufzeichnungen ein kurzes, 89 Einträge umfassendes Wörterbuch der preußischen Sprache. Neben dem Elbinger Deutsch-Preußischen Vokabular von 1350 und drei Katechismen aus der Zeit von 1545 bis 1561 ist dieses das einzige konkrete schriftliche Zeugnis über das ausgestorbene Idiom der ursprünglichen Bevölkerung des Preußenlandes.

Grunau überlieferte zudem eine angeblich preußische Version des Vaterunser-Gebets, die inzwischen aber als eine Mischung kurischer und lettischer Worte angesehen wird. Darüber hinaus stellte sich seine Schilderung des preußischen Zentralheiligtums „Rickoyoto“ im Samland, in dem der „heidnische Papst Kriwe“ residieren sollte, als ein von Grunau kreiertes Phantasieprodukt heraus. Beispielsweise existierten weder die ewig grüne Eiche mit ihren drei „Götzenbildern“ noch die „jungfräulichen Priesterinnen“ zu deren Bewachung. Hier hatte Grunau Berichte des Ordenschronisten Peter von Dusburg und des Domherrn Adam von Bremen schlichtweg plagierte und munter ausgeschmückt. Im letzteren Fall adaptierte und verdrehte der Dominikaner die detaillierte Beschreibung, die Adam um 1070 vom Haupttempel des nordgermanischen Stammes der Svear in Uppsala gegeben hatte.

KREIS HEILIGENBEIL

Vom kleinen Wolitnick hinaus ins große Europa

Der ostpreußische Schriftsteller Ludwig Passarge feiert am 6. August seinen 200. Geburtstag

So ergeht es wahrscheinlich so manchem einst viel gelesenen Schriftsteller: Er war einmal ein König seiner Literatur und ist dennoch heute nahezu vergessen. Der 200. Geburtstag von Ludwig Passarge, er wurde am 6. August 1825 geboren, soll deshalb ein gebührender Anlass sein, auf das ostpreußische Leben und Wirken des Literaten zu schauen.

Sein Heimatort ist Wolitnick am Frischen Haff im Kreis Heiligenbeil in Ostpreußen. Passarges Vater war ein Gutsbesitzer. Das Gut Wolitnick bewirtschaftete dieser seit 1820 zunächst als Pächter und erst seit Anfang der 1830er Jahre schließlich als Eigentümer. Wolitnick war ursprünglich ein Vorwerk der großen Weßlienenschen Güter, „bestehend aus fünfzehn Hufen Land, drei Wirtschaftsgebäuden und einem Wohnhause ...“, berichtet Ludwig Passarge in seinen Erinnerungen „Ein ostpreußisches Jugendlieben“. „Das ganze Leben bei uns in Wolitnick war das denkbar einfachste. Die niedrigen Zimmer in dem strohgedeckten Wohnhause hatten kahle Wände und ungeheure, kaum behauene Balken, die man fast mit den Händen erreichen konnte. Die Fenster mit ihren kleinen, in Blei gefaßten Scheiben, schlossen schlecht; im

Winter befroren sie oft fingerdick, tauten sie dann auf, so floß das Wasser auf den rohen Fußboden hinab. Große Kachelöfen dienten zur Erwärmung ... Zu essen gab es stets genug, aber fast nur Erzeugnisse der Landwirtschaft, die also kein Geld kosteten: Roggenbrot, Butter, Honig, eingesalzenes und geräuchertes Fleisch, Kartoffeln und Erbsen, auch getrocknete Honigbirnen, Äpfel und Pflaumen ...“

Mitte der 1830er Jahre, dann also als Eigentümer des Gutes, ersetzte der Vater das Strohdach durch ein Dachpfannendach, wie Passarge berichtet.

Jurist mit großer Karriere

Als der Schriftsteller diese Erinnerungen 1903 veröffentlichte, war er längst ein bekannter Autor von Reisefeuilletons und ein wichtiger Übersetzer der Werke von Henrik Ibsen und Bjørn Bjørnson. Beide Autoren wurden durch Passarges Wirken in Deutschland überhaupt erst bekannt. Beruflich war er ursprünglich Jurist und wurde 1856 zum Kreisrichter in Heiligenbeil bestellt, ab 1872 wurde er zum Appellationsgerichtsrat in Insterburg berufen, und ab 1879 war er Oberlandesgerichtsrat in Königsberg. Hier wurde er im Jahr 1887 letztendlich pensioniert.

Doch auch sein Weg als erfolgreicher Schriftsteller zeichnete sich früh ab, wie Passarge in seinem Rückblick darstellt. „Während meines Lebens in Wolitnick ergriff mich das Lesefieber“, berichtet er. Da war er etwa elf, zwölf Jahre alt. „Die Eltern besaßen kaum ein paar Bücher, aber sie waren bei der Leihbibliothek von Voigt & Fernitz in Königsberg abonniert und wechselten alle paar Wochen die sechs Bücher. Heute würde man diese schmutzigen, stinkenden und zerlesenen Bücher nicht berühren wollen, damals waren sie ersehnte Ankömmlinge.“

Dutzende dieser Werke aus der Leihbibliothek habe er verschlungen, erinnert sich Passarge, „alles wüst durcheinander, ohne jede Anleitung und Auswahl“. Schließlich beschaffte er sich „von seinem geringen Taschengelde“ Bücher von Schiller, Hauff und Shakespeare.

Heftige Kritik übt Passarge rückblickend an der damaligen schulischen Bildung. „Das Gymnasium nimmt nicht die mindeste Rücksicht auf die Anlage der Schüler“, betont er. „Es gibt welche, die in jeder Hinsicht unbegabt, aber ausgezeichnete Mathematiker sind, während umgekehrt sehr kluge und fleißige Schüler dauernd unfähige Mathematiker bleiben. Vie-

le haben kein Talent für Sprachen, andere zeichnen sich gerade hierin aus.“ Besser sei es, dem jeweiligen Schüler freizustellen, „auf den einen oder andern Lehrgegenstand zu verzichten“.

Weitgereister Autor mit Heimatliebe

Als 32-Jähriger veröffentlichte Passarge sein erstes Werk „Aus dem Weichseldelta“. Er stellt in dem Buch zu Beginn die rhetorische Frage: „Welcher Bewohner des westlichen Deutschlands hätte vor vielleicht nur noch wenigen Jahren etwas von Dirschau gewußt?“ Passarge spricht zwar zunächst von der Landschaft und der Weichsel, um sich dann aber voller Bewunderung der neu erbauten Weichselbrücke zu widmen. Das Bauwerk war 1857 gerade erst fertiggestellt worden. Und nun könne man von Dirschau reden wie von der Göltzschthalbrücke (im Vogtland), der Sömmeringbahn (in Österreich) sowie den Überbrückungen des Conway und der Menaistraße (in Wales), schreibt er. Ausführlich widmet er sich sodann der Stadt Danzig in bemerkenswert vielen kenntnisreichen Einzelheiten.

Dank seiner Reiselust zog es ihn bald in zahlreiche Länder Europas. Und so erscheinen Reisefeuilletons über Italien,

Norwegen, Dänemark, Schweden, Spanien, Portugal, Dalmatien und Montenegro. Doch erst das Buch „Aus baltischen Landen“ läßt Passarge 1878 wieder in die Heimatregion blicken.

Könnte der Leser einen Augenblick lang sehen, „wie ich hier halb im Sande vergraben dasitze auf der mit Heidekraut und Birkengebüsch bewachsenen Strandhöhe, dicht über den Rauschener Badebuden, mit der weiten Umschau rechts bis zur Loppöhner Spitze“, schreibt er in seinen „Strandbriefen“. „Sie würden doch vielleicht die Freuden der großen Stadt und die zumal angenehmen Aufregungen Ihres Arbeitszimmers um meine Einsamkeit tauschen, und um die frisch-salzige Luft, welche uns die Lunge reinigt und den Kopf wieder kräftig und frisch zu neuer Arbeit macht. Aber es hält Sie die Politik, die leidige, und Sie können ihr nicht den Rücken kehren wie ich.“

Nach seinem Berufsleben als Jurist weilte der weit gereiste Autor in Südtirol, Jena und Wiesbaden. Im Sommer 1912 wollte Passarge – er war bereits 87 Jahre alt – den Odenwald durchwandern, starb aber am 19. August und wurde in Lindenfels mit seiner kurz zuvor verstorbenen Frau beigesetzt. Bernd Gerwanski

SEEBRÜCKEN IN POMMERN (TEIL 1)

Seeluft pur über den Wellen

Trockenen Fußes von der Strandpromenade zum Schiff – Heute eine Attraktion zu jeder Jahreszeit

VON ERWIN ROSENTHAL

Als Mediziner in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die heilsame Wirkung des Badens in der See entdeckt hatten, waren in Pommern buchstäblich auf Dünen sand die Ostseebäder Swinemünde, Heringsdorf, Misdroy und Kolberg entstanden. Etwas später folgten Binz und Sellin auf der Insel Rügen. Am Anfang waren pommersche Gutsbesitzer noch mit Pferd und Wagen ins Bad gereist.

Städter hingegen benutzten zur Anreise die nicht gerade billige Postkutsche, die von Berlin nach Swinemünde mehrere Tage benötigte. Etwas später reisten viele Gäste mit dem Schiff an, denn der Anschluss an die Eisenbahn fehlte allgemein noch. Eine weit in die See ragende Seebrücke war daher für die meisten Ostseebäder von existenzieller Bedeutung. Seebrücken sind Brücken im wahren Wortsinn, denn sie überbrücken die Distanz zwischen dem Land und jener Stelle im Meer, an der die Schiffe noch die sprichwörtliche „Handbreit Wasser unter dem Kiel“ haben. Bei einem Tiefgang der Fahrgastschiffe von zwei bis drei Metern war in der relativ flachen Ostsee eine Brückenlänge von etwa 350 Metern unabdingbar.

Heute haben die Seebrücken für die Anreise der Gäste kaum noch Bedeutung, wohl aber als Anleger für die Ausflugsschiffe. Zudem sind sie ein Statussymbol par excellence, denn sie ziehen die Menschen geradezu magisch an. Selbst die Abstände zwischen den Strandkörben sind in Brückennähe geringer. Es heißt sogar, dass die Brücken die Seele streicheln und dass sich das Gehen auf ihnen anfühlt, als schreite man trockenen Fußes übers Wasser. Und mit jedem Schritt in Richtung Brückenkopf würden der Wind im Gesicht und der Geschmack von Salz auf der Zunge intensiver.

Die Ältesten

Den ersten, etwa 100 Meter langen hölzernen Seesteg konnten die Badegäste ab 1881 im hinterpommerschen Kolberg nutzen. Das Wolliner Ostseebad Misdroy hielt drei Jahre später mit einem 120 Meter langen Seesteg, der zugleich Bootsanleger und Promenadensteg war, dagegen. Ihre weit in die See reichenden Seebrücken errichteten die pommerschen Bäder um die Jahrhundertwende.

Mit einer 500 Meter langen Seebrücke, Bauherr war die Aktiengesellschaft Seebad Heringsdorf mit den Finanziers Hugo und Adelbert Delbrück an der Spitze, schmückte sich im Jahre 1891 standesgemäß das „Nizza des Nordens“, das See, Sol- und Moorbad Heringsdorf. Am Kopf der „Kaiser-Wilhelm-Brücke“ befanden sich eine Aussichtsplattform mit Restaurants und eine Anlegestelle für Passagierschiffe, die Swinemünde, Stettin, Rügen und Bornholm anliefen. Auf der unteren der drei Etagen gab es einen „Schwimmbaden“ und einen Sprungturm. Im Westen und im Norden schützten vorgelagerte Wellenbrecher das Bauwerk, sodass Sturmschäden weitgehend verhindert werden konnten. Zwei Jahre nach dem Bau des Seestegs entstand das mit zahlreichen Türmchen verzierte Eingangsgebäude mit seinen Kolonnaden.

Was man in Misdroy und Göhren während des Ersten Weltkrieges befürchtet hatte, trat 1945 in Heringsdorf ein: Russische Kriegsschiffe legten an der Seebrücke an. Die Sieger requirierten im Ort 41 Pensionen und Hotels, zäunten das Areal ein und nutzten die Villen fünf Jahre lang als Sanatorium für ihre Offiziere und deren Frauen. Die Matrosen der Baltischen Rotbannerflotte hingegen brien auf der See-



Seebrücke Ahlbeck: Sie ist immer wieder Filmobjekt und steht unter Denkmalschutz

brücke auf offenem Feuer ihre „Ostseebäder“, was nicht selten zu Bränden führte. Im Winter 1951 setzten sowjetische Schiffe an der Brücke die letzten 150 deutschen Swinemünder ab. Schließlich verfiel das Bauwerk mehr und mehr. Im Jahr 1957 wurde durch Brandstiftung auch der prachtvolle hölzerne Eingangsbereich zerstört. Die Brücke wurde gesperrt und schließlich abgetragen.

Der Primus: Heringsdorf

Die neue, im Jahr 1995 errichtete, Sturm und Eisgang trotzende Heringsdorfer Seebrücke, mit ihren Ladenstraßen, Ferienwohnungen, Gaststätten und Cafés, hat eine Länge von 508 Metern und kann derzeit wohl zu Recht als Primus unter den pommerschen Seebrücken bezeichnet werden.

Mit der einzigen Seebrücke aus dem 19. Jahrhundert schmückt sich das Ostseebad Ahlbeck. Mehrfach war sie Kulisse für Filmaufnahmen, so für die Filme: „Die Russen kommen“ und Loriots „Pappa ante portas“. Der 280 Meter lange Seesteg führt zunächst zu einer über dem Strand gelegenen Plattform mit einem Restaurant, woran sich ein 170 Meter langer Landesteg anschließt. Baubeginn war 1882 gewesen. Der Landungssteg folgte 1898. Jahrzehntlang setzten der Ahlbecker Brücke Sturm, Eisgang, Wellenschlag und der Zahn der Zeit zu. Sie wurde jedoch immer wieder instandgesetzt, wobei die historische Bausubstanz stets erhalten blieb.

Die Instandhaltung erfolgte jedoch zulasten der übrigen Usedomer Brücken, denn zu DDR-Zeiten reichte der Etat nicht für alle. Seit einer umfangreicheren Sanierung im Jahr 1986 steht die Ahl-

becker Brücke mit ihrem Restaurant unter Denkmalschutz.

Heringsdorfs Nachbarort Swinemünde [Świnoujście], Ostseebad und Hafencity zugleich, hatte früher ebenfalls eine Seebrücke, die „Kaiser-Friedrich-Seebrücke“. Man betrat sie über eine Treppe vom Strand aus. Sie war jedoch eher Flaniermeile als Schiffsanleger. Bereits 1928, zwei Jahrzehnte nach ihrer Einweihung, wurde sie wieder zurückgebaut. Übrig blieb ein Seesteg, der nach dem Kriege ebenfalls verschwand. Die Vermutung liegt nahe, dass der Rückbau der völlig intakten Brücke erfolgt war, um das Schussfeld für die Geschütze der nahen Festungen Engelsburg und Westbatterie freizumachen.

Der gegenwärtig im Bau befindliche Swinemünder „Baltic Park Molo“ (Molo = Seebrücke) besteht aus Premiumhotels und einem Aquapark. Auf die Seebrücke warten die Einwohner und die Gäste der Stadt noch immer vergeblich.

Die Schönen

Dem Ostseebad Koserow, auf der Insel Usedom gelegen, ist erst mit seiner vierten Seebrücke der große Wurf gelungen. Die Vorgänger waren – wie die meisten pommerschen Brücken ihrer Art – den sturmgepeitschten Wellen und dem Eisgang der Ostsee zum Opfer gefallen. Ihre Höhe über dem Wasser war zu gering.

Die im Jahre 2021 eröffnete neue Koserower Brücke hat lediglich eine Länge von 280 Metern, sie macht dieses Defizit jedoch durch ihre architektonisch einzigartige Form mehr als wett und zählt wohl zu den schönsten ihrer Art. Es heißt, dass sie „eine Welle über den Wellen“ ist, denn

sie führt nicht schnurgerade in die See hinaus, sondern wellenförmig. Der Brückenkopf, den ein acht Meter hoher Glockenturm mit zwei Glocken zierte, dient als Veranstaltungsplattform. Neben dem Turm befindet sich die Statue eines Glöckners, der auf die See hinausschaut, dorthin, wo der Sage nach die Stadt Vineta versunken ist. Mittwochs gegen 16 Uhr, wenn die Vineta-Sage vorgetragen wird, strömen mehr Besucher auf die Brücke als an anderen Tagen.

Auch Zinnowitz partizipiert vom Glanz der versunkenen Stadt. Die dortige 315 Meter lange, im Herbst 1993 eingeweihte Brücke, trägt den Namen „Vineta-



Seebrücke Koserow: Eine der Schönen, die „Welle über den Wellen“

Brücke“. Ihre Attraktion ist eine Tauchgondel. Gegenwärtig denken die Verantwortlichen offensichtlich über den Bau einer neuen Brücke nach.

Die prachtvolle Misdroyer Brücke, sie ist die einzige auf der Insel Wollin, steht stellvertretend für den Verfall pommerscher Brücken während des Krieges und in der Nachkriegszeit. Seine erste Seebrücke erhielt der Dauerkonkurrent von Heringsdorf und Swinemünde im Jahre 1906. Der Privatier Böttcher hatte 250.000 Mark in den Bau der 370 Meter in die See ragende „Kaiser-Friedrich-Brücke“ investiert. Ein Ring von Steinen diente als Brückenkopf. Dort befand sich eine 30 Meter lange und zwölf Meter breite Restaurationshalle. Im Café auf dem Brückenkopf tanzte man abends nach Juventino Rosas Walzer „Sobre las olas“ (Über den Wellen). Den Brückeneingang zierte eine große Glashalle mit zwölf Läden. Die beiden Türme am Eingang trugen Kupferhauben.

● Demnächst folgt die Fortsetzung in der Pommerschen Zeitung mit Misdroy, Sellin, Prerow und Zoppot



Über den Wellen

● MELDUNGEN

Viel Protest, großes Schach und ein Festival

Stettin – Tausende zogen in der letzten Woche durch die Innenstadt und sammelten sich auf dem Platz bei der Stettiner Philharmonie. Sie demonstrierten für Grenzschießung und gegen illegale Zuwanderung. Sie seien, so Teilnehmer, wegen Verbrechen von Illegalen in Sorge um ihre Kinder. TS

Greifswald – Der „Tag der Seenotretter“ findet in diesem Jahr am 27. Juli in Freest, Prerow, Sassnitz, Stralsund (ab 10 Uhr), Breege, Glowe, Lauterbach, Ueckermünde, Zingst (ab 11 Uhr) und Vitte (ab 14 Uhr) statt. Hier wirbt die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger für ihre Tätigkeit. Infos unter: www.seenotretter.de TS



So wie hier beim „Tag der Seenotretter“ in Sassnitz gibt die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) Einblick in ihren Alltag

Stargard – Wie am vergangenen Sonntag bekannt wurde, ist in Stargard eine Seniorin am Cholera-Virus erkrankt – das haben zwei unabhängige Labore bestätigt. Da die Krankheit ansteckend ist, befinden sich nun 26 Personen in Quarantäne. 2019 gab es einen Fall in Swinemünde. TS

Pasewalk – Einer der großen Denksportler ist der 13-jährige Jakob Hermann. Er wurde nach dem Landesmeistertitel 2024 im Schach bei den Erwachsenen nun auch vom Welt-schachbund als FIDE-Meister ausgezeichnet und trug sich in das Ehrenbuch von Pasewalk ein. Der Titel wird auf Lebenszeit verliehen. TS

Köslin – Eigentlich sollte der Bahnhof von Köslin längst fertiggestellt sein. Doch die ausführende Firma Alstal verließ im Februar 2024 aufgrund von Planungsfehlern bei der Statik die Baustelle. Noch ist unklar, wann die Arbeiten wieder beginnen. Fahrkartenschalter und Zugzugänge sind daher derzeit improvisiert. TS

Anklam – Die Feuerwehr in Anklam sucht dringend Verstärkung. Derzeit leisten hier 45 aktive Kameraden ihr Ehrenamt, benötigt werden aber etwa 100. Zudem fehlt es auch an Führungskräften. Interessierte können sich direkt über die Internetseite www.ff-anklam.de melden. TS

Leba – Mit dem Leba-Festival (11. bis 13. Juli) wurde auch an die Verleihung der Stadtrechte vor 668 Jahren erinnert. Die Verleihung erfolgte 1357 durch Danzigs Deutschordens-Komtur Wilhelm von Baldersheim. Neben einem großen Umzug drehte sich alles um Fisch und die regionale Küche. TS

Greifswald – Vor der Dänischen Wiek kam es am 19. Juli zu einer Explosion durch Verpuffung auf einem Motorsportboot. Das Boot trieb zunächst nach Greifswald, wo gerade das dreitägige Fischerfest Gaffelrigg stattfand, und sank. Ein Ehepaar wurde durch die Wasserwacht gerettet. Die Polizei ermittelt. Das Fischerfest ist die größte Veranstaltung in Vorpommern. TS



Misdroy: Das traditionelle Seebad erlangt langsam die ehemalige Schönheit zurück

„Es ist kein Helmut Schmidt in Sicht“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Und nun die Sinnfrage: Wer in Deutschland braucht denn eigentlich noch wirklich diese SPD?“

Klaus P. Jaworek, Büchenbach
zum Wochenrückblick in Ausgabe 27:
Ein Moment des Glücks



Ausgabe Nr. 28

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

DIE STAATSRÄSON ÜBERWIEGT

ZU: DER ANTI-ISRAELISCHE KONSENS (NR. 28)

Kritik an der Kriegsführung von Israel hat nichts zu tun mit Antisemitismus. Und diese Kritik ist mehr als berechtigt. Israels Staatschef Benjamin Netanjahu ist vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag angeklagt wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Palästinenser leben in einem nach oben offenen Gefängnis. Nahrungsmittel und der Zugang zu Medikamenten werden seitens Israel rationiert und blockiert. Das Gaza-Gebiet ist zu 80 Prozent zerstört. Und es geht noch weiter. Netanjahu sagt offen: Ziel ist die Aussiedlung (Vertreibung) der Palästinenser.

Deutschland steht vor dem Spagat zwischen Staatsräson und Einsetzen für Menschenrechte. Leider überwiegt die Staatsräson.

Gerd-Helmut Schäfer, Friedrichsdorf

WIE DAMALS IN DER DDR

ZU: NORTHVOLTS PLEITE WIRD HABECKS DEBAKEL (NR. 28)

Es gibt eine Parallele zu Northvolt: In den 1980er Jahren wollte sich die DDR vor allem aus ideologischen Gründen von der Einfuhr von Futtermittel unabhängig machen und errichtete in Schwedt eine Fabrik zur Produktion von Futtermittel aus Komponenten einer Dieselölfraktion. Hier die technischen und ökonomischen Unmöglichkeiten zu schildern, würde einen längeren Artikel erfordern.

Der Leiter der Versuchsanlage wurde nach einem Memorandum, in dem er diese Unmöglichkeiten beim Namen nannte, seines Postens enthoben und degradiert. Es wurden mindestens zwei Milliarden sogenannte Valutamark in den preußischen Sand gesetzt. Sichtbar für den Kenner sind in Google Earth noch zwei kreisrunde Flecken, wo die Fermentatoren standen. Zur Verantwortung gezogen wurde allein wendebedingt niemand.

Dr. Rolf Lindner, Berlin

EIN AUSLAUFMODELL

ZU: AUF ZUM LETZTEN GEFECHT (NR. 27)

Was war die SPD für eine Partei, erfolgreiche Politiker sind aus ihr hervorgegangen: Ebert, Schumacher, Heinemann, Leber, Brandt, Wehner, Schmidt, Renger, Schröder und viele andere mehr. Sie haben Deutschland geprägt, gestaltet und beneidenswert gemacht.

Die Gegenwart aber ist traurig: der SPD-Co-Vorsitzende gefällt sich darin, die Kollegin (Esken), den erfahrenen Fraktionsvorsitzenden (Mützenich) und den fachlich versierten Vorgänger im Finanzministerium (Kukies) kaltzustellen. Die Genossen lassen dies unverständlicherweise zu. Die Partei verliert sich an die AfD, die sie mit einem Verbot belegen möchte, obwohl sie sich mit ihr politisch auseinandersetzen sollte.

Statt sich um die Bekämpfung der Inflation, der zu hohen Steuern, der Energiekosten und Inflation, der nicht gesicherten Rente, des desolaten Gesundheitssystems sowie der unvollkommenen Bundeswehr und Infrastruktur zu kümmern, werden Worthülsen verbreitet.

Es ist kein Helmut Schmidt in Sicht, welcher der Partei wieder Führung gibt und sie zu einer beachtlichen Größe bringt. Im Moment ist die SPD ein Auslaufmodell – personell und inhaltlich.

Dr. Eibe Hinrichs, Homburg/Efze

POLITIK VERSCHACHERT UNS

ZU: DER FEHLSTART VON SCHWARZ-ROT SETZT SICH FORT (NR. 27)

Unfähigkeit, Arroganz, Ignoranz – das prägt nicht nur die derzeitige Regierung, sondern hat auch schon die Vorgängerregierungen ausgezeichnet. Was immer noch hervorragend funktioniert, ist, dass darauf geachtet wird, dass es den echten Deutschen schlechter geht und unseren vielen Gästen immer besser.

Da gibt es Personen, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben und noch nie

oder aber kaum gearbeitet haben. Viele können sich problemlos Eigentum erwerben, während viele deutsche Arbeitnehmer, die 40 Stunden und mehr arbeiten, sich das nicht leisten können. Wenn unsere Gäste Schulden nicht wie vereinbart zurückzahlen können, wird das eben gestreckt.

Zuwanderer, die keiner steuer- und sozialpflichtigen Tätigkeit nachgehen, können so viel Strom und Heizung verbrauchen, wie sie wollen. Selbstverständlich werden diese Kosten ohne erhobenen Zeigefinger gezahlt.

Für Privathaushalte wird der Strom nicht günstiger, weil dafür angeblich keine finanziellen Mittel vorhanden sind. Seit sehr vielen Jahren verschleudern wir in Deutschland viele Milliarden Euro an Steuergeldern an unsere Gäste. Gelder, die dringend an anderer Stelle gebraucht werden. Was ist mit dem seit vielen Jahrzehnten eingenommenen Stromsteuern geschehen? Nichts.

Krankheit und Alter ist schon fast ein Luxus, den sich immer weniger leisten können. Die finanziellen Mittel dafür sind angeblich nicht vorhanden. Wo sind diese Mittel, für die wir jeden Monat einzahlen? Zuwanderer erhalten mindestens die gleichen Leistungen wie jeder andere Bürger auch und noch mehr.

Die Politik verschachert Deutschland. Die Gäste geben deutlich zu verstehen, dass sie machen können, was sie wollen. So sieht es in Deutschland auch aus.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

FEHLENDE ALTERSWEISHEIT?

ZU: „LERNEN, ZUZUHÖREN“ (NR. 27)

Die Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Karin Prien, vergleicht die völkerrechtswidrige Vertreibung der Deutschen mit heutigen Flüchtlingen. Wie bitte? Das müssen sie mir einmal genau erklären. In meinem für Jugendliche biblischen Alter von 65 Jahren fehlt es mir scheinbar an Altersweisheit.

Volker Mothes, Magdeburg

TERROR HAT VIELE GESICHTER

ZU: ISRAEL UND DIE USA ZELEBRIEREN EINEN TRIUMPH DER REALPOLITIK (NR. 26)

Das nach 1945 im Hinblick auf eine tragbare Friedensordnung gefasste Völkerrecht (Charta der Vereinten Nationen) gebietet es allen Mitgliedstaaten, die gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen. Diese aktuellen Angriffe sind, wie der russische Angriff auf den Donbass, völkerrechtlich zu verurteilen.

Der Iran hat, wie alle anderen Länder, das Recht auf zivile Nutzung der Atomenergie. *Rudolf Neumann, Torsås/Schweden*

FALSCH INVESTIERT

ZU: DIE SELEKTIVEN BLICKE DEUTSCHER LINKER AUF DIE WELTLAGE (NR. 25)

Eine Milliarde Menschen lebt auf der Erde in bitterster Not und Armut, täglich vom Hungertod bedroht. Andererseits werden durch verbrecherische Machenschaften kriegerische Auseinandersetzungen verursacht, wie in Jahrhunderten, Jahrtausenden zuvor. Die Frage ist: Wie lange muss die Menschheit derartige Verwerfungen und deren Verursacher (noch) hinnehmen? Eines der widerwärtigsten und verbrecherischsten Scheusale sitzt derzeit im Moskauer Kreml, unterstützt insbesondere durch die Terrorregime in China, Iran, Nordkorea.

Abermilliarden werden in Rüstung und Kriege investiert. Notwendige Überlebensprojekte der Menschheit, Vorhaben für eine bessere Zukunft aller Menschen wie zum Beispiel der Ausbau der Solarenergie in Wüsten sämtlicher Kontinente und damit Realisierung ökonomischer Wasserstoffproduktion, Windkraft, Gezeitenkraftwerke, Geothermie, Biomasse, werden dagegen vernachlässigt.

Josef F. Draxinger, Vohburg a. d. Donau

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

JAPANISCHES FESTIVAL

Wie Karneval ohne Kamellen

Im Juli feiert Kyoto das Gion-Matsuri – Das aus dem Mittelalter stammende Fest ist Teil des immateriellen Kulturerbes der UNESCO

VON HARALD TEWS

Die Expo in Osaka ist in diesem Jahr ein guter Grund, um nach Japan zu reisen. Die Weltausstellung zeigt das übliche Potpourri aus Zukunftsträumen, Fortschrittsglauben und globalisierter „Nachhaltigkeit.“ Das Kontrastprogramm dazu läuft derzeit 50 Kilometer entfernt in der direkt nördlich angrenzenden Millionenstadt Kyoto. Hier findet ein Fest statt, das ursprünglicher nicht sein könnte.

Das den gesamten Juli andauernde Gion-Matsuri gilt als größtes Volksfest Japans und ist wegen seiner jahrhundertelangen Tradition Teil des immateriellen Kulturerbes der UNESCO. Im Prinzip ähnelt es den Karnevalsumzügen in Deutschland, nur dass keine Kamellen geworfen werden. Aber auch hier werden Prunkwagen durch die schachbrettartig angelegten Straßen geleitet. Der Unterschied zu Köln, Düsseldorf oder Mainz: Nicht Traktoren bewegen diese tonnenschweren Wagen durch die Innenstadt, sondern Menschen. Bis zu 50 traditionell gekleidete Personen sind nötig, um die bis zu zwölf Tonnen schweren und zum Teil über 20 Meter hohen, zweistöckigen Holzwagen an Seilen vorwärtszuziehen. Wieder andere tragen an zwei Festtagen nicht minder schwere Schreine auf ihren Schultern, so wie man es von der Semana Santa in Sevilla kennt.

Das Gion-Matsuri hat einen vergleichbaren religiösen Hintergrund. Es ist Teil eines alten Reinigungsrituals, um die Götter zu besänftigen, welche – so glaubt man – das ganze Land und seine Bewohner mit Feuersbrünsten, Tsunamis und Erdbeben bestrafen. Im Jahr 869 kam in Kyoto noch eine Pest hinzu. Der in der damaligen Kaiserstadt residierende Tenno Seiwa ordnete daraufhin an, dem Gott des Yasaka-Schreins, einer am östlichen Rand der Stadt gelegenen Shinto-Stätte, auf besondere Weise zu huldigen. Man stellte 66 Lanzen auf, je eine für die entsprechende Anzahl der japanischen Provinzen. Sie trugen einen „Mikoshi“, einen tragbaren Schrein, auf den der Geist des göttlichen Beschützers der heiligen Yasaka-Stätte übergegangen sei. In späteren Jahren trug man diesen heiligen Geist



Ein mit Laternen geschmückter Prunkwagen des Gion-Matsuri in Kyoto: Über eine hölzerne Brückenkonstruktion (ganz links) steigen einheimische Festivalbesucher von einem Wohnhaus aus in das historische Vehikel hinein

Bilder (2): tws

durch die Straßen, damit dieser die Stadt vor weiteren Seuchen bewahrt.

Einige der Umzugswagen weisen eine Bootsform auf. Das geht auf die Sage zurück, wonach ein Junge als Gottesbote mutig den Kamo-Fluss überquert haben soll, der den Yasaka-Schrein von der Stadt trennt. Alljährlich wird ein „heiliges Kind“ aus Kyoto gewählt, das hoch auf einem Wagen die Parade anführt, wobei es während der ganzen Zeit mit den Füßen niemals die Erde betreten darf.

Eintritt über eine Privatwohnung

Die zum Teil uralten, immer wieder restaurierten Ungetüme mit ihren bis zu zwei Meter großen Holzrädern, von denen viele rundum mit Laternen dekoriert sind, gelten unter den Bewohnern Kyotos als Besucherattraktion. Vor dem Umzug stehen sie geduldig Schlange, um für kur-

ze Zeit die Wagen betreten zu dürfen. Wegen der Höhe der Vehikel geht das nicht von ebener Erde aus. Die Wagen werden im Zentrum der Stadt vor Wohngebäuden abgestellt, von wo aus man sie über den ersten Stock des Hauses erreichen kann.

So kurios es klingt, so perfekt ist es organisiert. Gegen eine geringe Geldspende bekommt der Gast vorm Wagen als Eintrittskarte eine Präsenttüte, die unter anderem gegen die schwülwarme Sommerluft einen wohlthuenden Fächer enthält, und kann sich in die langsam voranschreitende Schlange einreihen. Am Eingang zieht man die Straßenschuhe aus und Filzpantoffel an, geht die Treppe hoch in den ersten Stock, betritt eine Privatwohnung und besteigt über ein Verandafenster sowie eine mit hölzernen Stufen zur Überwindung der Balkonmauer angelegte Brückenkonstruktion den Festwagen.

Oftmals sitzt in den Wagen eine Gruppe Flötenmusiker und Trommler, welche die Menge mit folkloristischer Musik und Gesang unterhält. Doch auf den Wagen ist Platz genug für Besucher, die eifrig die Kameras für Selfies zücken, um später stolz zeigen zu können, dass sie Teil dieses historischen Ereignisses waren.

Während des Festivalmonats setzen sich die Wagen – gezogen von den „hikite“, den „ziehenden Händen“ – nur zwei Mal in Bewegung, dann natürlich ohne die Besucher. Die meiste Zeit stehen sie in den fürs Fest gesperrten Straßen und sind umgeben von Essensständen, Musik und Tausenden von Festivalteilnehmern. Ende Juli endet das Spektakel mit der rituellen Waschung der Schreine mit heiligem Wasser aus dem Kamo-Fluss.

Dorthin und zum Yasaka-Schrein zieht es in dieser Zeit viele Einheimische.

Der Weg führt für die meisten durch den Nishiki-Markt hindurch. Dabei handelt es sich um eine rund 400 Meter lange überdachte, enge Fußgängerzone, in der das Leben zwischen den unzähligen Spezialitätenläden nur so tobt. Kaum dem Gedränge entronnen, erreicht man den Kamo, einen gar nicht mal sehr breiten Fluss, hinter dem sich gleich das historische Gion-Viertel anschließt, in dem viele im traditionellen Kimono gekleidete Geishas ihre Unterhaltungskünste anbieten. Doch Vorsicht: Fotografieren ist nur mit ausdrücklicher Einwilligung erlaubt.

Nach einem kurzen Treppenanstieg steht man dann vor dem bunten Yasaka-Schrein. Obwohl dieser geschichtsträchtige Ort das Gion-Matsuri hervorbrachte, zählt er nicht zum UNESCO-Weltkulturerbe „Historisches Kyoto“, das seit 1994 in und um Kyoto herum 17 religiöse und weltliche Stätten umfasst. Eine solche lässt sich aber nach einem zehnmütigen Fußmarsch rasch erreichen. Man muss durch schmale Gassen hindurch nur dem Besucherstrom folgen. Vorbei an der auffälligen Yasaka Pagoda geht es einen Anstieg hoch zum buddhistischen Tempel Kiyomizu-dera mit seinen kunstvoll geschwungenen Dachkonstruktionen. Von der auf einer Anhöhe gelegenen riesigen Haupthalle aus dem 17. Jahrhundert hat man dann einen phänomenalen Blick auf das derzeit noch Festival-trunkene Kyoto.



Besuchermagnet und Welterbe: Der buddhistische Tempel Kiyomizu-dera

JAPANISCHER BAHNVERKEHR

Ein Flugzeug auf Schienen

Eine Fahrt mit dem Shinkansen von Tokio nach Kyoto und Osaka – Ein deutscher Schnellzug kann da nicht mithalten

Ein Japaner, der von Tokio nach Kyoto reisen will, nutzt weder das Auto noch das Flugzeug, sondern den Zug. Denn die knapp 500 Kilometer schafft der Shinkansen in etwas über zwei Stunden. Für rund 80 Euro ist es wie ein Flug auf Schienen.

Schon der Check-In läuft wie am Flughafen ab. Zugang zu einem der zehn Shinkansen-Bahnsteige in Tokio erhält man nur, wenn vor einem Drehkreuz der Fahr-schein digital erfasst worden ist. Im Zug selbst findet keine Fahrkartenkontrolle statt. Bei der Einfahrt des Shinkansen merkt man, dass er keine Zeit zu verlieren hat. Er rast mit solcher Geschwindigkeit in den Bahnhof, dass man die Sorge haben könnte, er würde nicht rechtzeitig zum Stehen kommen. Was fatal wäre. Denn für den Tōkaidō-Shinkansen Richtung Kyoto und Osaka ist der Tokioter Hauptbahnhof Endhaltestelle. Die Gleise enden hier.

Er hält mit den Zugtüren exakt an den Bahnsteigtüren, die sich nur dann öffnen, wenn der Zug eingefahren ist, und die da-

für sorgen, dass niemand ins Gleis fällt. Auch in Stoßzeiten herrscht kaum Gedränge. Die neuen Fahrgäste müssen ohnehin warten, bis alle ausgestiegen sind, der Zug gereinigt ist und die Sitze vom Zugpersonal um 180 Grad gedreht sind.

Niemand soll entgegen der Fahrtrichtung sitzen. „Falsche Wagenreihung“ wie bei der Deutschen Bahn? Gibt's hier nicht.

Nach zehn Minuten ist die Prozedur an dem fast einen 500 Meter langen Zug beendet. Die Schiebetüren am Bahnsteig

öffnen sich wieder, die neuen Gäste, die sich diszipliniert hintereinander in der Schlange eingereiht haben, dürfen einsteigen. Man gelangt prompt und ohne Drängerei zum reservierten Sitzplatz, auch weil der Mittelgang breit genug ist für zwei Personen. Überhaupt ist der Shinkansen breiter als der deutsche ICE, bietet er doch Platz für fünf Fahrgäste pro Reihe, drei links, zwei rechts vom Mittelgang. Richtung Osaka sitzen die meisten rechts, können sie hier doch bei guter Sicht auf den Vulkanberg Fuji blicken.

Auch bei der Abfahrt hält sich der Shinkansen nicht lange auf. Der Zugführer drückt sofort so auf die Tube, dass es einen wie beim startenden Flugzeug in den Sitz presst. Mit bis zu 270 Stundenkilometern rast der schnellste Zugtyp, der Nozomi, an der dicht besiedelten Ostküste entlang. Kurze Stopps gibt es nur in den Millionenstädten Yokohama und Nagoya. Alle zehn Minuten kommt hier pro Richtung ein Shinkansen vorbei, in Stoßzeiten

sogar alle dreieinhalb Minuten. Das funktioniert nur, weil anders als in Deutschland kein Regional- oder Güterverkehr die Gleise der Schnellzüge blockiert.

Im Zug selbst ist es ruhig und sauber. Japaner reden nicht laut, telefonieren im Waggon ist verpönt. Dort findet man auch keine Abfallbehälter. Verpackungsmaterial für eine Brotzeit oder leere Getränke-dosen stecken nämlich alle wieder ein und entsorgen den Unrat zu Hause. Ab und an schaut eine Zugbegleiterin nach dem Rechten. Viel zu tun hat sie bei diesen vorbildlichen Fahrgästen nicht. Bevor sie zum nächsten Waggon schreitet, verabschiedet sie sich mit einer tiefen Verbeugung.

In Kyoto und Osaka kommt der Zug auf die Minute genau an. Die notorische Unpünktlichkeit deutscher ICE kennt man hier nicht und wäre für die Zugführer ein Grund zur Scham. Muss man noch darauf hinweisen, dass es seit Betriebsbeginn der Shinkansen im Jahr 1964 keine Unfälle mit Todesfolge gab? Harald Tews



Kommt auf die Minute genau: Im Hauptbahnhof von Tokio fährt ein Shinkansen ein

● FÜR SIE GELESEN

Slowenien
für die Tasche

Altbewährt und doch neu. In der aktualisierten Ausgabe des „Marco Polo Slowenien“ finden Urlauber alles Wissenswerte im kleinen Format, bequem in der Handtasche oder im Rucksack mitzuführen, über das kleine Land in Zentraleuropa.

Ob Rafting auf wilden Flüssen, Braunbären in den Wäldern beobachten, Kutschfahrten, SUP-Paddeln, mit Fahrrad oder Kajak unterwegs zu Bergstollen, durch die Altstadt von Pettau (Ptuj) schlendern oder in Ljubljana gemütlich einen Kaffee trinken – das Land lässt kaum Wünsche offen.

Nach allgemeinen Informationen folgt eine detaillierte, kurze Beschreibung der Landesteile von Nord nach Süd mit ihren Sehenswürdigkeiten, aufgelockert durch praktische Tipps und Anregungen. In einem weiteren Teil werden außergewöhnliche Touren vorgeschlagen. Im Buchumschlag befindet sich eine herausnehmbare Landkarte. **MRK**



Marco Polo: „Slowenien“, MairDumont Verlag, 11. überarbeitete und aktualisierte Auflage 2025, Klappenbroschur, 143 Seiten, 17,95 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE

Eine perfekte Mischung

Slowenien hat neben kleinen und feinen Städten wilde Natur und Kulinarisches zu bieten



BILD: SHUTTERSTOCK

Slowenien entdecken – ob mit dem Auto, dem Wohnmobil, per pedes oder hoch zu Ross: das kleine Land zwischen Alpen und Adria lässt sich auf vielfältige Weise erleben. In ihrem Reiseführer „Bildatlas Slowenien“ zeigen die Reisejournalisten Daniela Schetar und

Friedrich Köthe die Schönheiten des Landes auch außerhalb der Touristenrouten. Dass Schetar gebürtig aus Maribor stammt, hat ihr dabei sicher viele Türen geöffnet. Zahlreiche Fotos und Kartenausschnitte machen Lust auf mehr. **MRK**



Daniela Schetar/Friedrich Köthe: „Bildatlas Slowenien“, DuMont Verlag, Ostfildern 2025, broschiert, 122 Seiten, 12,95 Euro

JAHRBUCH POLEN 2025

Wie unsere Nachbarn das
Thema Energie behandeln

Das Deutsche Polen-Institut widmet seine Publikationen unterschiedlichen Themenschwerpunkten – Hochschullehrer, Journalisten, Künstler und Ethnologen kommen im aktuellen Band zu Wort

VON KARLHEINZ LAU

Das „Jahrbuch Polen“ erscheint zu wechselnden Themen, wie 2020 „Polnische Wirtschaft“ oder 2021 „Oberschlesien“. 2025 wird der Schwerpunkt „Energie“ behandelt. Das „Jahrbuch Polen 2025. Energie“ ist in zwei Blöcke mit Unterkapiteln eingeteilt: „Der polnische Energiemix“ und „Politik/Gesellschaft“. Die Autoren bearbeiten einzelne Themenfelder, etwa „Warten auf den Reaktor“, „Die Vergangenheit erschürfen: Steinkohle als Identitätsstiftung“ oder „Zarnowiec. Der Traum von einem polnischen Atomkraftwerk“. Die Beispiele zeigen, dass einzelne Kapitel gesondert gelesen werden können.

Es sind insgesamt 13 Autoren, darunter ein deutscher Journalist, ansonsten sind es Hochschullehrer, Journalisten, Künstler und Ethnologen. Diese sind sicher in der Republik Polen bekannter als in Deutschland. Der Leser muss bei den meisten Beiträgen den Eindruck gewinnen, er lese ein Jahrbuch für Polen und nicht für Deutsche. Zahlreiche Bilder und Statistiken begleiten die Texte, generelle Beschriftungen wären wünschenswert.

Der erste Block vermittelt unter verschiedenen Aspekten das gegenwärtige polnische Klimaproblem, das mit dem Dreiklang „Kohle – Erneuerbare Energien – Kernenergie“ beschrieben werden kann. Es wird von einer schwungvollen Energiewirtschaft gesprochen, wobei der Anteil der Kohle beträchtlich bleiben wird. Der wirtschaftliche Aufschwung des Landes

seit der Wende ist demnach eine Folge der Energiepolitik.

Alle Beiträge verraten ein hohes Maß an Fachwissen der Verfasser und setzen Vorkenntnisse beim Leser voraus. Befürchtungen in Deutschland über negative Auswirkungen von Tschernobyl waren und sind im Nachbarland nicht so ausgeprägt, obwohl es Proteste gab. Heute, nach über 40 Jahren seit der Katastrophe, wird die Vorstellung verbreitet, dass durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse Kernkraft sicherer geworden sei.

Kernkraft ist sicherer geworden

Die Meinung in der Bevölkerung änderte sich 2022 mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine. Ein erstes polnisches Atomkraftwerk soll an der pommerischen Ostseeküste entstehen, verschiedene Standorte sind im Gespräch: Zarnowitz [Zarnowiec], Lübtow [Lubiatowo] – Koppalin [Kopalino], Raum Danzig. Der Baubeginn ist offensichtlich noch nicht erfolgt. Deutsche Einwände gegen Standorte an der Ostsee werden nicht erwähnt, allerdings das Unverständnis in Polen über die deutsche Energiewende.

Im zweiten Block behandeln Beiträge, welche Auswirkungen der allmählich wachsende Wohlstand in Polen auf die Gesellschaft hat, zumindest in den urbanen Zentren. Als Beispiel wird die elektronische Musik aus Deutschland beschrieben. Es überrascht nicht, dass beim Thema Energie Oberschlesien und die Steinkohle einen identitätsstiftenden Stellenwert haben. In einem der Beiträge heißt

es: „Für die Oberschlesier und Oberschlesierinnen war die Beziehung zu ihrem Boden als konkretem Ort schon immer stärker als die Bindung an eine Nation oder einen Staat.“ Hiermit soll offensichtlich auf die Autonomiebestrebungen der ober-schlesischen Bevölkerung hingewiesen werden, die bis heute zu beobachten sind.

Die Aussagen über Oberschlesien in einzelnen Beiträgen vermitteln für den deutschen Leser den Eindruck einer ungebrochenen Zugehörigkeit dieses Landstrichs über die Jahrhunderte zu Polen. Das ist eindeutig, mindestens seit Beginn der Industrialisierung im 19. Jahrhundert nicht richtig. Man denke nur an die Konflikte um die Abstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg. Antideutsche Töne liest man aus den entsprechenden Beiträgen nicht, sondern durchaus positive Einschätzungen trotz der unterschiedlichen Positionen zur Kernenergie.

Die Lektüre stellt hohe Ansprüche an deutsche oder polnische Leser. Das Impressum spricht von einer Chronik der politischen und kulturellen Ereignisse sowie der deutsch-polnischen Beziehungen. Diese wäre hilfreich, fehlt aber.



Deutsches Polen-Institut: „Jahrbuch Polen 2025. Energie“, Otto Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 2025, Taschenbuch, 162 Seiten, 19,90 Euro

BELLETRISTIK

Überleben mit
dem Unsagbaren

In seinem autobiographischen Roman „Vergiss mich“ setzt Alex Schulman sich mit der Alkoholsucht seiner Mutter auseinander

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Wie muss ein Kind sich fühlen, wenn die Mutter, die einmal schillernd und liebevoll gewesen ist, allmählich das Interesse an ihren Söhnen verliert, weil sie dem Alkohol verfallen ist?

In seinem Roman „Vergiss mich“ schildert Alex Schulman genau das, indem er sich erinnert. Da sind die unbeschweren Ferien mit den Eltern und den Brüdern im schwedischen Sommerhaus, die verrückten Einfälle, die Abenteuerlust und Neckereien der Mutter oder das Alltagsleben der Familie in Stockholm. Doch mit der Zeit verändert sich alles. Plötzlich wirkt der Blick der Mutter ausdruckslos, ihre Reaktionen sind für den Heranwachsenden unverständlich. Ein Erlebnis ist dem Romanhelden Alex besonders im Gedächtnis haften geblieben: Als seine Mutter später als die Familie ins Sommerhaus kommt, weil sie länger arbeiten musste, läuft der Sohn ihr auf der Landstraße entgegen, ein Ritual, das sie öfter vollzogen hatten. An diesem Tag fährt die Mutter jedoch mit ihrem Auto an ihm vorbei, ohne anzuhalten. Den Sohn verletzt dieser Vorfall schwer, aber er kann seine Mutter nicht darauf ansprechen.

Für die anhaltende Sprachlosigkeit sorgt der Vater. Im Gegensatz zur Mutter ist er ein pedantischer Mensch, der stets nach einem strikten Zeitplan lebt, der unbedingt von allen eingehalten werden muss. Aus Alex' Schilderungen wird deut-

lich, dass die Mutter zunehmend unter der Pedanterie des viel älteren Ehemanns leidet. Sie beginnt, sich aus dem Familienleben und der Verantwortung davonzustehlen, indem sie trinkt. Dieser schleichende Prozess bleibt den Kindern zunächst verborgen. Immer öfter bedeutet der Vater ihnen, auf die „kranke“ Mutter Rücksicht zu nehmen, die tagelang das Bett hütet. Eine Erklärung, woran die Mutter erkrankt sei, bekommen Alex und seine Brüder Calle und Martin nicht. Der Vater deckt die Alkoholsucht seiner Frau. Fragen danach sind tabu.

Erst als Erwachsener und Familienvater wagt Alex es, seine inzwischen arbeitslose und völlig chaotische Mutter auf ihr Alkoholproblem anzusprechen. Nach anfänglicher Abwehr stimmt sie am Ende doch einem Entzug zu. Eine Aussprache mit dem Sohn oder eine Entschuldigung für ihr Verhalten lehnt sie bis zu ihrem Lebensende ab.

Schulmans sehr persönlich geschriebener Versuch der Aussöhnung mit seiner Mutter war in Schweden ein Bestseller. Auch hierzulande fand seine Schilderung des Überlebens mit dem Unsagbaren guten Anklang.



Alex Schulman: „Vergiss mich“, dtv, München 2025, gebunden, 253 Seiten, 23 Euro

KOLBERG

Internationales Bäderrennen in Pommern

Auf spektakulären Rennkursen wurde dem begeisterten Publikum der großartigste Motorsport seiner Zeit geboten

VON JÜRGEN EHMANN

Erstmalig fand am 29. Juli 1923 in Swinemünde das vom Motorrad Club Deutschland im Auftrag des Deutschen Motorradfahrer-Verbandes (D.M.V.), der seinen Sitz in Berlin hatte, ausgerichtete Motorrad-Bäderrennen statt. Ein Ereignis, das sich im Laufe der kommenden Jahre zu einem gesellschaftlichen und sportlichen Großereignis ersten Ranges entwickelte.

In diesem mit internationaler Beteiligung veranstalteten Rennsportspektakel setzten sich in den vier größten Klassen Motorräder deutscher Firmen wie NSU und Wanderer durch und errangen jeweils die ersten drei Plätze sowie den großen Motorrad-Wanderpreis von Deutschland. Zwei englische Maschinen (Zenithwagen und Triumph) und eine italienische (Garelli) waren parallel dazu in der Amateurklasse siegreich.

Nach dem großen Erfolg des Vorjahres meldeten für den 12. und 13. Juli 1924 weit über 100 Teilnehmer, darunter auch viele im Motorradsport bekannte Namen. Da die Bahnstrecke Swinemünde-Ahlbeck die ausgewählte Rennstrecke kreuzte, war die für die Rennen vorgesehene Strecke auf sechs Runden – insgesamt 117,6 Kilometer – beschränkt worden.

Die Veranstaltung am 28. und 29. Juni 1925 sah dann schon tatsächlich 136 Fahrer aus sieben Nationen und hervorragende Einzelleistungen. Für damalige Verhältnisse saßen wahre Rennvirtuosen in den Sätteln, der nicht immer leicht zu handhabenden Maschinen, die alles andere als leicht durchs anspruchsvolle Streckengelände knatterten. Bei diesem Rennereignis musste der deutsche Top-Rennfahrer Bleckert sich mit einem undankbaren vierten Platz in der Kategorie II (175 ccm, 156,8 Kilometer) zufriedengeben. Der Vorjahressieger Hans Przybyski in der 150-ccm-Klasse gewann diesmal in der 125-ccm-Klasse.

Verlegung nach Kolberg

Die Motorradrennen des D.M.V. entwickelten sich dank ihrer vorbildlichen Durchführung, ihrer hervorragenden Organisation und ebenso aufgrund des begeisterten Publikums sowie großartiger Leistungen in motorsportlicher Hinsicht zu den größten Landstraßenwettbewerben Deutschlands und waren fortan generell eines der größten Ereignisse im deutschen Motorsport.

Der D.M.V. veranstaltete ab 1926 die Rennereignisse weiter im östlichen Teil Pommerns – in Kolberg, die ab sofort als Internationale Bäderrennen veranstaltet wurden. Am 3. und 4. Juli fiel der erste Rennstartschuss, zugleich der Start eines der drei für Deutschland seitens der Féd-



Toni Bauhofer auf BMW übergücklich nach seinem Sieg beim Kolberger Bäderrennen 1929, bei dem er ohne Sturz und unverseht ins Ziel kam *Bilder (2): Wikimedia*

ration Internationale des Clubs Motocyclistes freigegebenen Rennen.

Die Start-Ziel-Rundstrecke an der Hohen Bergschanze auf der Chaussee Kolberg-Belgard führte mitten durch Kolberg vorbei an der Körliner Straße, Kummertstraße, Neumarktstraße, Baustraße, Neustadt, Mühlenpost, Treptower Straße, weiter durch die Orte Karlsberg, Selnnow, Kautzenberg, Semmerow, Pustar, Damgard sowie Zernin – und von dort aus wieder zurück nach Kolberg. Es wurden exakt 193,41 Kilometer absolviert, was sieben Runden von jeweils 27,63 Kilometer Streckenlänge entsprach.

In der 175-ccm-Klasse dominierten auf den ersten drei Plätze Friedrich, Sprung und Müller aus Zschoppau – die alle auf einer DKW-Maschine fuhren – und verwiesen den Swinemünder Borkenhagen auf den vierten Platz. Den Großen Motorrad-Wanderpreis von Deutschland gewann der Münchener Bauhofer auf seiner

499-ccm-BMW mit der schnellsten Zeit des Tages. Dabei erreichte er zeitweilig eine Spitzengeschwindigkeit von weit über 100 Kilometern in der Stunde.

Wie wichtig das Bäderrennen für Kolberg letztendlich war, zeigte die Zeichnung einer Garantiesumme von immerhin 7000 Reichsmark für das am 30. und 31. Juli 1927 stattfindende Ereignis. Eine Summe, die damals gewaltig erschien.

Auf Felgen ins Ziel gerettet

Für einen noch besseren Rennverlauf hatte die Stadt Kolberg zusätzlich ein im Jahr zuvor an der Kautzenberger Ecke die Sicht behinderndes Gehöft aufgekauft und umgehend niedergelegt, um die Rennstrecke zu entschärfen. Trotzdem stürzte Titelverteidiger Bauhofer zwei Tage vor der eigentlichen Veranstaltung beim Training schwer und musste mit einem komplizierten Armbruch und anderen Verletzungen ausscheiden.

Ein Kunststück gelang wiederum dem Engländer Ashby in der 250-ccm-Klasse, der in einer fabelhaften Zeit von nur 20 Sekunden sein Motorrad auftankte und trotz einer späteren Schlauchpanne sich auf den Felgen Funken schlagend über die Ziellinie rettete und somit überlegen siegte. Wie anspruchsvoll das Rennen für Fahrer und Motorräder war, beweist die große Anzahl an Fahrern, die wegen Maschinendefekten das Wettrennen aufgeben mussten.

Einsamer Sieger

Ernst Jakob Henne aus München siegte auf seiner BMW mit einer damals schier unglaublichen Durchschnittsgeschwindigkeit von 105,5 Kilometern und erhielt dafür den Wanderpreis von Deutschland nebst dem silbernen Schild der Stadt Kolberg sowie ein Preisgeld von immerhin 1000 Reichsmark.

Im Gegensatz zu früheren Veranstaltungen starteten die Teilnehmer am 12. August 1928 in vier Kategorien: die

250-ccm-Klasse musste eine Gesamtstrecke von 276,98 Kilometern bewältigen; die 350-, 500- und 1000-ccm-Klassen hingegen knatterten 332,38 Kilometer Gesamtstrecke an einem Tag entlang.

Start und Ziel wurden nach Kautzenberg verlegt, wo ein besserer Überblick über einen großen Teil der Rennstrecke vorhanden war – sowohl für die Rennleitung als auch für die Fahrer sowie für das begeisterte Publikum. Von 54 Meldungen starteten zu guter Letzt 40 qualifizierte Fahrer und von diesen kamen wiederum nur elf ins Ziel.

Pech hatte – wie schon im Vorjahr – auch diesmal wieder der Rennfahrer Bauhofer, den es mit einem Sturz wegen des Bruchs der Federgabel aus dem Rennen katapultierte. Der Engländer Ashby gewann in der 500-ccm-Klasse mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 105,45 Kilometern in der Stunde den Wanderpreis vor Henne, der wegen eines Reifendefekts ausschied. Kurios: In der schweren und daher extrem anspruchsvollen 1000-ccm-Klasse beendete der Berliner Erich Tennigkeit aus dem Rennstall Rudge-Whitworth wegen des vorzeitigen Ausscheidens der anderen Teilnehmer allein das Rennen.

Im Juni 1929 verstarb der bei der Tourist-Trophy auf der Insel Man gestürzte Ashby an den Folgen eines Schädelbruchs. Er gewann in Kolberg 1925 und 1928 den

Großen Wanderpreis und siegte dort 1927 in der 250-ccm-Klasse. Er ging als großartiger Motorsportler und als ein phantastischer Sportsmann in die Geschichte ein. Seine spektakulären Siege bei den Bäderrennen von Kolberg bleiben unvergessen.

Aus wegen Sicherheitsgründen

Wegen schwerer Unfälle mit Todesopfern im Frühjahr 1929 wurden alle Automobil- und Motorradrennen auf öffentlichen Straßen, darunter am 12. Juni 1929 auch das für den 23. Juni 1929 angekündigte Kolberger Bäderrennen, vom preußischen Innenminister Albert Karl Wilhelm Grzesinski verboten. Jedoch erhielt Kolberg vom Innenministerium kurzfristig eine Sondergenehmigung. In diesem Jahr wurden gleichzeitig die ursprünglich für die Avus in Berlin vorgesehenen Meisterschaftsläufe der Klassen 500 bis 1000 ccm neben dem Internationalen Rennen auf der geänderten Kolberger Rennstrecke abgehalten. Eine wegen schmaler Straßenbreite von den Fahrern beanstandete und ebenso gefürchtete Nebenstraße, die das Überholen erschwerte, wurde durch die Verbindungschausee Pustan-Bogenthin-Wobrow-Necknin-Kolberg ersetzt. Die um 25,75 Kilometer verkürzte Strecke gewann dadurch aber zugleich an interessanten Kurven und fahrtechnischen Schwierigkeiten.

Wegen einer hervorragenden Organisation und trotz starkem Regen blieb das Rennen dennoch von schweren Unglücksfällen verschont. Schnellster Mann des Tages war diesmal der Münchner Bauhofer mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 104 Kilometern in der Stunde, der endlich einmal unbeschadet und sturzfrei ins Ziel kam.

Ende des Jahres 1929 legte der D.M.V. den Termin für Kolberg auf den 7. Juni 1930 fest. Der Ausbau einer behelfsmäßigen Rennstrecke konnte zum vorgesehenen Termin nicht abgeschlossen werden, sodass die Stadt Kolberg dem Verband vorschlug, die Veranstaltung auf der Avus durchführen zu lassen. Zugleich wurde vorgeschlagen, sollte das Bäderrennen in den nächsten fünf Jahren in Kolberg ausgetragen werden, die Rennstrecke den Behördenvorschriften entsprechend auszubauen. So wurde im Jahr 1930 das Rennen von Kolberg nach Berlin auf die berühmte Avus verlegt. Sportlich verständlich, aber die einzigartige, spektakuläre Atmosphäre aus Kolberg fehlte dennoch.

Von der Avus auf die Hilfsstrecke

Bei starker internationaler Besetzung waren am 28. September 1930 die beiden Deutschen Werner Huth und Eduard Kratz, beide auf BMW, die schnellsten Fahrer. Beim Hauptrennen, dem Großen Bäderpreis von Deutschland, mit 68 Teilnehmern erreichte der Engländer Handley in der ersten Runde zwar eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 160 Kilometer, was ihm aber nichts nutzte, denn er schied schon in der zweiten Runde aus.

Am 2. August 1931 fand das Internationale Bäderrennen auf dem von Carl von Halfern, Oberpräsident der Provinz Pommern, als Hilfsrennstrecke genehmigten Ostseering Misdroy-Neuendorf-Warow-Misdroy statt. Die 19,6 Kilometer lange Streckenrunde führte durch den hiesigen Wald und war mit Steigungen, Gefällen und 67 Kurven anspruchsvoll ausgestattet. Von 71 gemeldeten Fahrern fehlten bereits 26 am Start. Der Wiener Kuntsch auf NSU errang über die gesamten 314,56 Kilometer den begehrten Bäder-Preis.

Im Jahr 1932 wurde das Misdroyer Bäderrennen wegen der extrem ungünstigen Wirtschaftslage abgesagt, ebenfalls die für August 1933 geplante Veranstaltung.



Start zum Rennen im Jahr 1928: Die Neuerung bei dem Rennereignis in Kolberg war, dass diesmal gleich vier ccm-Klassen an den Start gingen *Foto: Anno / Das Motorrad*



Die Sieger von 1928 in Kränzen: Handley auf AJS 350; Geiß auf DKW 250, Tennigkeit auf Rudge und Ashby auf Ardie-Jap 500 (v.l.) *Foto: Anno / Das Motorrad*

● AUFGESCHNAPPT

Wäre es ein Boxkampf gewesen, man hätte von schweren linken und rechten Haken sprechen können. Doch so wurde die erste Sommer-Pressekonferenz für Bundeskanzler Friedrich Merz ein Schattenboxen-Spektakel, bei dem „Mutti Merkel“ und „Tante von der Leyen“ ordentlich eins auf die imaginäre Mütze bekamen. Der Kanzler forderte in markigen Worten, dass die EU endlich handlungsfähiger werden müsse. Es gehe ihm alles zu langsam, sei zu regelintensiv und zu bürokratisch. Und bei der Ukrainepolitik sei alles zu mühsam. Klatsch – eine schallende Ohrfeige für Parteikollegin und EU-Kommissarin Ursula von der Leyen, die sich ordentlich die Wange reiben dürfte. Und dann wäre da noch Merz' Intimfeindin Merkel. Vor zehn Jahren hatte die an gleicher Stelle noch uckermärkisch gegluckt: „Wir schaffen das“ (also das mit der Asylkrise). Das Fazit von Merz war hingegen eindeutig: „Wir haben es offensichtlich nicht geschafft!“ Seine Lösung: eine spürbare Verschärfung der Migrationspolitik. Ach ja? Dann mal los! J.E.



● STIMMEN ZUR ZEIT

In der „Berliner Zeitung“ vom 18. Juli trauert Autor Immo von Fallois seiner früheren, geliebten SPD nach, die er heute nicht mehr wiedererkennt:

„Wenn wir auf das Schicksal der sozialistischen Partei in Frankreich schauen, dann müsste den hiesigen Genossen klar sein, wohin die Reise gehen kann: in die Bedeutungslosigkeit. Dabei zeigt sich beim Blick auf die dänische Sozialdemokratie, wie es anders laufen kann: Eine klare und wirkungsreiche Migrationspolitik, und schon kamen dort Wähler und Überzeugung zurück.“

Harald Martenstein mahnt in seiner Kolumne in der „Welt“ vom 19. Juli vor einem links besetzten Verfassungsgericht:

„Der Kulturkampf wird aus Sicht der Linken und ihrer Medienbataillone erst dann beendet sein, wenn kein Zipfelchen Macht mehr in anderen Händen als den ihren ist. Das neue Deutschland wird eine sonderbare Mischung aus Quoten und Islam, aus sensiblem Gendern und unsensiblen Hausdurchsuchungen bei allen, die frech sind. Das Ganze heißt dann nicht mehr Demokratie, sondern, völlig zu Recht, „unsere Demokratie“.“

Nach dem ersten Abschiebeflug nach Afghanistan, bei dem 81 Straftäter zurück zu den Taliban geflogen wurden, fordert Nikolaus Harbusch in „Bild“ vom 21. Juli:

„Dobrindts Abschiebeflug darf keine Eintagsfliege sein. Und auch andere Herkunftsländer, wie Syrien, müssen in den Blick genommen werden ... Österreichischen Behörden gelang Anfang Juli die erste Abschiebung seit 15 Jahren nach Syrien. Mehr als 1000 Syrer leben in Deutschland ohne behördliche Duldung. Herr Innenminister, bitte weitermachen!“

„NZZ“-Chefredakteur Eric Gujer hält Deutschland inzwischen für eine betreute Demokratie, die seine Bürger wie kleine Kinder an die Hand nimmt – auch in Sachen des drohenden AfD-Verbots:

„Ein Verbot der Partei hieße, einem substantiellen Teil des Volkes die politische Teilhabe zu verweigern. Von der Volksherrschaft bliebe eine Schwundform ohne echte Legitimität übrig. Wahlen verkämen zur Farce. Es wäre das Ende der Bundesrepublik, wie wir sie kennen. Selbst im Kalten Krieg wurde die Splittergruppe DKP nicht verboten.“

Dass Experten in Deutschland mittlerweile einen Status der gottähnlichen Unantastbarkeit erhalten haben, stößt Max Mannhart am 20. Juli auf apollo-new.net ziemlich sauer auf:

„Das ideologisch getriebene radikale Überschätzen der Experten hat immer dramatischere Auswirkungen. Die Expertokratie muss heute ganz grundsätzlich zurückgewiesen werden. Es braucht im Gegenteil regelrecht eine emotionale Befreiungsbewegung in der Bevölkerung – ein neues Selbstbewusstsein zur eigenen Meinung.“

● WORT DER WOCHE

„Merz will der SPD nicht auf den Schlips treten – während die SPD auf seiner Krawatte Purzelbäume schlägt“

Alexander Kissler ist auf nius.de davon überzeugt, das Bundeskanzler Merz linke Weltbilder liebt, allein schon um nur seinen kleinen Koalitionspartner SPD nicht zu verärgern

DER WOCHENRÜCKBLICK

Die Vernunft kommt auf leisen Sohlen

Wie die Erderwärmung die Köpfe der Verwaltung erreicht – und dennoch Hoffnung auf Besserung besteht

VON REINHARD MOHR

Die Los Wochos Ferias haben einen klaren Sieger hervorgebracht: Im Sommer 2025 heißt das gewöhnlich die Nachrichtenleere füllende Ungeheuer von Loch Ness Frauke Brosius-Gersdorf. Sie ist Opfer „rechter Hetzkampagnen“ und Märtyrerin des gesellschaftlichen Fortschritts, wie nicht nur „Spiegel“, „taz“ und „Monitor“ glauben. Eine geschlagene halbe Stunde drehen sich sämtliche Fragen der Journalisten in der ersten „Sommerpressekonferenz“ von Friedrich Merz um das schier endlose öffentliche Gezerre nach der gescheiterten Wahl von drei neuen Richtern am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Inzwischen ist die Potsdamer Staatsrechtsprofessorin Brosius-Gersdorf zum Postergirl des rot-grünen Milieus avanciert. Sie selbst sieht sich freilich in der politischen Mitte, im „Mainstream“ auch der verfassungsrechtlichen Debatte. Jenseits davon beginnt er allerdings schon, der „kampagnengestützte Rechtsextremismus mit Hass und Hetze“.

Mit Unfug gegen den Klimawandel

In dieser aufgeheizten Stimmung des Kulturkampfes – 80 Tage nach Antritt des neuen Bundeskanzlers Merz und pünktlich zum Beginn der parlamentarischen Sommerpause – täte uns allen eine Abkühlung gut. Und ja, sie kommt. In Berlin Prenzlauer Berg, im „Mauerpark“ entlang des einstigen Todesstreifens der DDR, wurde für 45.000 Euro ein erster „Cooling Point“ eingerichtet, um ein „Zeichen“ gegen die Hitze zu setzen. Motto: „Beat the Heat!“ Die „temporäre Infrastrukturmaßnahme“ ist „25 Quadratmeter groß, barrierearm und kostenfrei nutzbar“, wie die zuständige Behörde mitteilt.

Versteht sich von selbst, dass sie auch weltoffen, nachhaltig, gendergerecht und vielfältig ist. Es handelt sich um ein „Pilotprojekt, Teil des Modellvorhabens Urban Heat Labs – Hitzevorsorge in Stadtquartieren und Gebäuden“ im Rahmen des „Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus“. Gefördert wird es vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.

Das überwiegend hölzerne Ensemble besteht im Wesentlichen aus ein paar beklagenswert ärmlichen Pflanzenkästen, Sitzmöglichkeiten und einem kleinen Sonnenschutzdach. Locker verstreut stehen grüne Plastik-Gießkannen herum, die barrierefrei

und vollautonom genutzt werden können. 2026 soll dann noch eine innovative „Sprühnebel-Installation“ folgen.

Man muss kein passionierter Kleingärtner sein, um zu sehen, dass jeder beliebige Wilmersdorfer Schrebergarten mit Gemüsebeeten, Brombeersträuchern und Obstbäumen zehnmal mehr kühlt als dieser Eulenspiegelhafte Witz auf fünf mal fünf Metern. In jedem Fall ist dieser Schildbürgerstreich im Namen des Klimaschutzes tatsächlich ein Beleg für die fortschreitende Erderwärmung, die nun schon in den Köpfen Dutzender Planungs- und Verwaltungsbeamter angekommen ist und dort offenbar gravierende Schäden angerichtet hat.

Man soll nicht vorschnell urteilen – schließlich ist es ein „Pilotprojekt“ –, aber einige Therapieplätze sollten vorsorglich mitgekühlt werden, um Personen, die von diesem Irrsinn befallen sind, möglichst rasch, barrierefrei und kostenlos psychologisch betreuen zu können. Dass gleichzeitig geplant ist, im Berliner Grunewald riesige neue Windräder aufzustellen, wozu hektarweise Bäume gefällt werden müssten, gehört zu dieser ideologisch getriebenen politischen Geistesverwirrung, die zwangsneurotische Züge trägt, bislang aber noch keine genaue wissenschaftliche Bezeichnung erhalten hat.

Aussicht auf einen Sinneswandel

Allein, auch wenn man es kaum glauben mag: Vernunft und Pragmatismus haben trotzdem wieder eine Chance in Deutschland. Die aktuellen Umfragezahlen zeigen zwar, dass Skepsis und Zweifel auch gegenüber der neuen Regierung groß sind, aber es gibt Hoffnungsschimmer. Etwa in der Migrationspolitik. Zehn Jahre nach Ausrufung der „Willkommenskultur“ hat sich der Wind völlig gedreht. Da dieser Sinneswandel für ganz Europa gilt, stehen die Aussichten nicht schlecht, Schluss zu machen mit einer massiven illegalen Einwanderung, über die kriminelle Schleuserbanden bestimmen. Das ist freilich nur ein Anfang. Die längst eingetretenen Integrationsprobleme bleiben bis auf Weiteres bestehen. Dass Deutschland wenige Wochen nach Amtsantritt der neuen Bundesregierung wieder aktiv ist auf der internationalen Bühne, wird selbst von eingefeischten Merz-Kritikern nicht bestritten.

Was auf uns nach der Sommerpause wartet, ist nicht nur das hoffentlich endgültige Verschwinden des Ungeheuers von Loch

Einige Therapieplätze sollten vorsorglich mitgekühlt werden, um Personen, die von diesem Irrsinn befallen sind, möglichst rasch, barrierefrei und kostenlos psychologisch betreuen zu können



Alle Beiträge von Reinhard Mohr finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Ness, das auf den Namen Brosius-Gersdorf hört, sondern ein zäher Kampf um die Reform des Sozialstaats, insbesondere um die Begrenzung der ausufernden Kosten bei Rente, Pflege, Bürgergeld und Gesundheitsversorgung. Da ist Streit mit der SPD vorprogrammiert, während die Schuldenberge weiterwachsen. Springt die Wirtschaft nicht an, drohen explodierende Kosten, nicht nur bei den staatlichen Zinszahlungen, die in Frankreich schon mehr als 60 Milliarden Euro ausmachen – jährlich.

Andererseits scheint sich trotz alledem die allgemeine Stimmung im Land etwas gebessert zu haben, und da „Wirtschaft zu 50 Prozent Psychologie“ ist, wie Ludwig Erhard sagte, besteht die Hoffnung, dass die Talsohle der seit Jahren andauernden Stagnationsphase erreicht ist. Freilich bleibt Trumps erratische Zollpolitik ein großes Risiko für den Wirtschaftsaufschwung. Womöglich aber ist die marode 13-Prozent-SPD das größte Risiko für eine erfolgreiche Regierungspolitik, die den versprochenen „Politikwechsel“ tatsächlich in die Tat umsetzt.

Neo-sozialistische Anwandlungen

Die Versuchung könnte allzu groß sein, das sozialdemokratische Erpressungspotential – nicht zuletzt dank der „Brandmauer“ zur AfD – voll auszureizen, wirksame Sozialreformen mit Spareffekt zu torpedieren und gleichzeitig Grünen und Linken zu signalisieren, im Notfall könne man sich ja auch ganz anders orientieren. In Berlin droht die SPD schon mal mit einem Gesetzentwurf, der die Möglichkeit umfassender Enteignungen und der „Vergesellschaftung“ von privatem Eigentum und Produktionsmitteln vorsieht: abstruser Neo-Sozialismus 36 Jahre nach dem Mauerfall. Die Gefahr, dass der SPD-Schwanz immer häufiger mit dem CDU/CSU-Hund wedelt, ist jedenfalls offenkundig. Das aber würde zu harten Gegenreaktionen in der Unions-Fraktion führen, und schon wäre man tief im Schlamassel einer gegenseitigen Blockade.

Vielleicht ergibt sich ja in den Ferienwochen für alle Beteiligten die Möglichkeit, einmal tief Luft zu holen und das mögliche Ende zu bedenken – am besten an einem ausgewiesenen Cooling Point, Motto: „Beat the Heat!“ Wichtiger als die geschundenen Partei-Seelen, Funktionärseitelkeit und Rachegeleüste für erlittene Schmach sind doch wohl die Interessen des Landes und seiner Bürger, die eines ganz bestimmt nicht wollen: ein „Weiter so“ mit Hängen und Würgen.